



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

STATISTIKEN

Daten & Analysen

Stabilität und Sicherheit.

Q2/15

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

Medieninhaber und Herausgeber	Oesterreichische Nationalbank Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien Postfach 61, 1011 Wien www.oenb.at statistik.hotline@oenb.at Tel. (+43-1) 40420-5555 Fax (+43-1) 40420-04-5499
Schriftleitung	Johannes Turner, Gerhard Winkler, Michael Pfeiffer
Koordination	Patrick Thienel
Redaktion	Brigitte Alizadeh-Gruber
Grafische Gestaltung	Abteilung Informationsmanagement und -services
Layout und Satz	Walter Grosser, Birgit Jank
Druck und Herstellung	Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

ISSN 2310-5356 (Druck)

ISSN 2310-5364 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2015. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/28/024



Inhalt

Editorial

Kurzberichte

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich tätigen Banken im Jahr 2014 8

Birgit Hebesberger, Stefan Kinschner

Kein transaktionsbedingtes Realwachstum des Geldvermögens der Haushalte
im vierten Jahr in Folge – Geldvermögensbildung und Finanzierung der Haushalte 2014
laut Gesamtwirtschaftlicher Finanzierungsrechnung 11

Michael Andreasch

Der inländische Unternehmenssektor baut 2014 verstärkt auf Kredit- sowie
Beteiligungsfinanzierung – Geldvermögensbildung und Finanzierung nichtfinanzieller
Unternehmen in Österreich 2014 16

Stefan Wiesinger

Analysen

Executive Summaries/Übersicht 20

Kreditinstitute: Anstieg des Kreditwachstums bei Unternehmen –
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im Jahr 2014 22

Patrick Thienel

Banken registrieren geringfügige Belebung der Kreditnachfrage der Unternehmen –
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft
vom April 2015 28

Walter Waschiczek

Entwicklung der europäischen börsennotierten Konzerne 2013 33

Sabine Wukovits

Tourismus stabilisiert Österreichs Leistungsbilanz – Zahlungsbilanz 2014 38

Michael Andreasch, René Dell'mour, Patricia Walter, Bianca Ullly

Varianten der Messung von Haushaltsvermögen im HFCS in Österreich 52

Peter Lindner, Martin Schürz

Daten	
Tabellenübersicht	72
1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	73
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	74
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	75
4 Konsolidierte Bilanz der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	76
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	77
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	78
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	79
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	80
9 Sonstige Finanzintermediäre	81
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	82
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	83
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	84
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	85
14 Direktinvestitionen	86
Hinweise	
Übersicht zu Statistiken – Daten & Analysen	88
Periodische Publikationen	91
Adressen	93

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

In der Ihnen vorliegenden Ausgabe von *Statistiken – Daten & Analysen*, der statistischen Quartalspublikation der Oesterreichischen Nationalbank, finden Sie wieder Beiträge zu ausgewählten Themenbereichen der Finanzstatistik.

Im einleitenden Analyseartikel stellt Patrick Thienel auf Basis von OeNB-Statistiken die wichtigsten Entwicklungen auf dem österreichischen Finanzmarkt im Jahr 2014 dar. Hier dominieren themenmäßig natürlich die niedrigen EZB-Leitzinssätze bzw. korrespondierend damit die niedrigen Kundenzinssätze. Gestützt durch das niedrige Zinsumfeld erholte sich das Jahreswachstum von Unternehmenskrediten und das Kreditvolumen inländischer privater Haushalte entwickelte sich weiterhin sehr stabil.

Wie gewohnt werden Ihnen die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft von Walter Waschiczek präsentiert. Auch aus dieser Quelle lässt sich herleiten, dass Österreichs Banken eine Belebung der Kreditnachfrage der Unternehmen registrieren.

Sabine Wukovits beschäftigt sich in einer Analyse mit der Entwicklung der europäischen börsennotierten Konzerne 2013 und kommt zum Schluss, dass sich deren Rentabilität (gemessen an EBIT/Umsatz) zum dritten Mal in Folge leicht reduzierte. Anders als in den Vorjahren stand die Entwicklung 2013 auch vor dem Hintergrund sinkender Umsätze und reflektierte damit das negative Umfeld, welches sowohl organisches als auch akquisitionsbedingtes Wachstum hemmte.

Michael Andreasch, René Dell'mour, Patricia Walter und Bianca Ully berichten über die österreichische Zahlungsbilanz im Jahr 2014. Hier wurde im Umfeld geringen Wachstums sowie einer schwachen Entwicklung des Welthandels ein Plus erzielt. Der Überschuss zeigt jedoch im Verlauf der Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise einen rückläufigen Trend. Einem gestiegenen Güterdefizit und einem rückläufigen Überschuss aus unternehmensbezogenen Dienstleistungen stand neuerlich ein hervorragendes Reiseverkehrsergebnis gegenüber.

Peter Lindner und Martin Schürz analysieren in einer Studie das umfangreiche Paradata-Set des HFCS Austria 2010 zur Evaluierung von Messfehlern. Im Detail wird untersucht, ob sich das Antwortverhalten bezüglich des Werts einer abgefragten Variable ändert, wenn unterschiedlich danach gefragt wird.

Kurzberichte sowie eine Auswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft. Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Standardisierte Tabellen: <http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html>

Benutzerdefinierte Tabellen: <http://www.oenb.at/isaweb/dynal.do?lang=DE&go=initHierarchie>

Veröffentlichungskalender: <http://www.oenb.at/isaweb/releasehierarchie.do?lang=DE>

Seit November 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die App wird auf der OeNB-Website unter <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, +43-1-40420-5555 oder statistik.hotline@oenb.at.

Das nächste Heft in der Reihe *Statistiken – Daten & Analysen*, Q3/15, erscheint Mitte August 2015.

Johannes Turner
Gerhard Winkler
Michael Pfeiffer

Kurzberichte

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich tätigen Banken im Jahr 2014

Birgit Hebesberger
Stefan Kinschner¹

Inhalt der Meldung

Im Rahmen einer regelmäßig erstellten Spezialauswertung nach dem Konzept der Consolidated Banking Data (CBD) werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (restliche Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen zusammengeführt.

Bei der Aggregation von Melde-
daten nach International Financial Reporting Standards (IFRS) und UGB/BWG wurde eine Struktur gewählt, welche die Unterschiede der jeweils zugrunde liegenden Bilanzierungsvorschriften bestmöglich berücksichtigt. Es sei jedoch angemerkt, dass aufgrund der divergierenden Darstellung und Bewertung von Aktiva und Passiva inhaltliche Inkonsistenzen bei der Überleitung der Bilanz- und Erfolgspositionen von Bankkonzernen nach IFRS und UGB/BWG nicht gänzlich eliminiert werden konnten.

Entwicklung der Ertragslage im Jahr 2014

Im Jahr 2014 erzielten die österreichischen Kreditinstitute wieder ein positives Ergebnis in Höhe von 1,4 Mrd EUR, nachdem das konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen im Jahr 2013 in Höhe von –1,0 Mrd EUR erstmalig negativ

ausgefallen war. Die Verbesserung um 2,4 Mrd EUR im Vergleich zum Jahr 2013 liegt einerseits am Wegfall der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe Adria AG,² die im Jahr 2013 noch einen Verlust von 1,9 Mrd EUR gemeldet hatte; andererseits konnte eine Großbank, die im Vorjahr hohe Firmenwertabschreibungen vorgenommen hatte, ihr Ergebnis 2014 deutlich verbessern.

Das Betriebsergebnis ohne Risikovorsorge stieg im Vergleich zum Jahr 2013 um 16,8 % bzw. um 1,3 Mrd EUR auf 9,3 Mrd EUR. Ausschlaggebend hierfür waren, neben einem leicht gestiegenen Nettozinsergebnis, vor allem gesunkene Verwaltungsaufwendungen und deutlich geringere Aufwendungen aus Abschreibungen.

Haupttreiber der Ergebnisentwicklung im Detail

Im Jahr 2014 erzielten die österreichischen Kreditinstitute Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen) in Höhe von 28,7 Mrd EUR. Dies entspricht im Vergleich zum Jahr 2013 einem Rückgang in Höhe von 2,8 %.

Begründen lässt sich dies zum einen mit dem Rückgang des Handelserfolgs³, der sich im Jahr 2014 um 36,1 % auf 1,5 Mrd EUR reduzierte; zum anderen mit der Entwicklung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses. Im Jahr 2013 war aus dem sonstigen betrieblichen Bereich noch ein positiver Beitrag in Höhe von 302,0 Mio EUR erzielt wor-

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, birgit.hebesberger@oenb.at, stefan.kinschner@oenb.at.

² Die Hypo Alpe Adria AG firmiert seit 3. November 2014 als Heta Asset Resolution AG; Ende der Konzession zum Betrieb von Bankgeschäften per 30. Oktober 2014; FMA-Bescheid zur Abwicklung der Bank gemäß Bundesgesetz zur Abwicklung und Sanierung von Banken (BaSAG) per 1. März 2015.

³ Handelserfolg = Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) + realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften.

den. Aufgrund geänderter aufsichtsrechtlicher Meldebestimmungen,⁴ wonach im sonstigen betrieblichen Ergebnis im Jahr 2014 keine Erträge und Aufwendungen seitens vollkonsolidierter Industriebeteiligungen mehr enthalten sind, verschlechterte sich dieses im Vergleich zu 2013 auf –716,3 Mio EUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge fielen in Höhe von –2,9 Mrd EUR stärker als die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die um 1,9 Mrd EUR zurückgingen.

Dem entgegen wirkte das Nettozinsergebnis, das im Jahr 2014, verglichen mit dem Jahr 2013, etwas besser ausfiel. Da die Zinserträge einen geringeren Rückgang als die Zinsaufwendungen auswiesen, konnte bei der wichtigsten Ertragskomponente der österreichischen Kreditinstitute eine Steigerung um 3,9% auf 19,3 Mrd EUR gegenüber dem Jahr 2013 festgestellt werden. Auch das Provisionsgeschäft fiel besser aus: Es stieg um 2,0% auf 7,7 Mrd EUR an.

Trotz der geringeren Betriebserträge konnten die österreichischen Kreditinstitute ihr konsolidiertes Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorge) um 16,8% auf 9,3 Mrd EUR verbessern. Dies ist zum Teil auf die gegenüber dem Jahr 2013 um 4,9% auf 16,2 Mrd EUR gesunkenen Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen, wobei sich vor allem die Reduktion der Personalaufwendungen um 8,0% auf 9,5 Mrd EUR auswirkte. Die Sachaufwendungen in Höhe von 6,6 Mrd EUR blieben hingegen nahezu konstant.

Des Weiteren kam es 2014, trotz der Wertminderungen immaterieller Vermögenswerte zweier Großbanken

in wesentlicher Höhe, bei den Abschreibungen insgesamt zu einer deutlichen Reduktion in Höhe von 29,6% auf 3,2 Mrd EUR. Allerdings waren 2013 die Abschreibungen aufgrund einer hohen Sonderbelastung einer weiteren Großbank im Zusammenhang mit der Wertminderung von Firmenwerten geprägt.

Insgesamt erzielten die österreichischen Kreditinstitute nach dem Verlust im Jahr 2013 in Höhe von –1,0 Mrd EUR wieder ein positives konsolidiertes Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen in Höhe von 1,4 Mrd EUR. Dies entspricht einer Verbesserung zum Vorjahr in Höhe von 2,4 Mrd EUR, wobei die im Rahmen des SSM⁵ direkt von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute in Summe keinen Beitrag zum positiven konsolidierten Jahresergebnis leisteten.

Maßgeblichen Einfluss auf den Anstieg des Betriebsergebnisses und insbesondere des konsolidierten Jahresergebnisses hatte die nun nicht mehr zu berücksichtigende Hypo Alpe Adria AG. Dies wirkte sich vor allem auf die Aufwendungen für Risikovorsorgen aus, die um 11,8% auf 6,2 Mrd EUR zurückgingen, obwohl zwei Großbanken 2014 aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine und Rumänien höhere Risikovorsorgen bilden hatten müssen.

Demgegenüber standen gestiegene Ertragssteuern in Höhe von 1,8 Mrd EUR, die sich auf das Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen belastend auswirkten. Aufgrund aktueller Entwicklungen seitens der Landes-Hypothekenbanken sind zusätzliche Wertberichtigungen im Zusammen-

⁴ Der wesentliche Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert daraus, dass ab Stichtag 30. September 2014 für die FINREP-Meldung der aufsichtsrechtliche CRR-Konsolidierungskreis (CRR-KI-Gruppe) herangezogen wird.

⁵ SSM (Single Supervisory Mechanism): Bedeutende Banken werden seit 4. November 2014 direkt von der Europäischen Zentralbank – unter Mitwirkung der nationalen Aufsichtsbehörden – beaufsichtigt.

hang mit der HETA Asset Resolution AG für das Jahr 2014 zu erwarten. Daraus können sich Abweichungen zu den angeführten aufsichtsstatistischen Melddaten und somit zum genannten Jahresergebnis in Höhe von 1,4 Mrd EUR ergeben. Allerdings geht die OeNB aus

heutiger Sicht davon aus, dass das konsolidierte Jahresergebnis der österreichischen Kreditinstitute auch nach Berücksichtigung etwaiger zusätzlicher Wertberichtigungen seitens der Landes-Hypothekenbanken positiv sein wird.

Tabelle 1

Konsolidierte Ertragslage der Bankkonzerne und Einzelinstitute

	2014	2013	Differenz zu 2013	
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	in %
Zinsergebnis	19.325,2	18.597,9	727,3	3,9
+ Provisionsergebnis	7.740,0	7.589,6	150,4	2,0
+ Handelserfolg ¹	1.495,1	2.341,2	-846,1	-36,1
+ Dividenderträge, Erträge aus Beteiligungen	812,2	661,2	151,0	22,8
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	-716,3	302,0	-1.018,3	-337,2
= Betriebserträge netto	28.656,2	29.491,9	-835,7	-2,8
- Verwaltungsaufwendungen	16.175,4	17.006,8	-831,3	-4,9
- Abschreibungen von immateriellem und materiellem Vermögen, Wertminderungen nicht finanzieller Vermögenswerte und Beteiligungen	3.191,3	4.532,3	-1.341,1	-29,6
= Betriebsergebnis	9.289,5	7.952,8	1.336,7	16,8
- Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	6.179,2	7.004,4	-825,2	-11,8
- Sonstige Rückstellungen ²	247,3	229,8	17,5	7,6
- Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen	96,9	335,8	-238,9	-71,1
+ Gewinn oder (-) Verlust aus Beteiligungen ²	284,3	553,0	-268,7	-48,6
+ Sonstiger Saldo in Summe	-21,1	339,8	-360,9	-106,2
= Jahresergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	3.029,3	1.275,5	1.753,8	137,5
- Ertragssteuern	1.772,7	1.280,8	491,9	38,4
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ²	-178,9	-473,5	294,6	62,2
- Minderheitenanteile ²	-345,8	556,6	-902,3	-162,1
= Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	1.423,5	-1.035,3	2.458,8	237,5

Quelle: OeNB.

¹ Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS + realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften.

² Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

Kein transaktionsbedingtes Realwachstum des Geldvermögens der Haushalte im vierten Jahr in Folge

Geldvermögensbildung und Finanzierung der Haushalte 2014 laut Gesamtwirtschaftlicher Finanzierungsrechnung

1 Geldvermögenszuwachs durch Neuveranlagungen im Jahr 2014 real -0,1 %

Das Geldvermögen der privaten Haushalte betrug Ende 2014 572,4 Mrd EUR² und entsprach damit dem rund Dreifachen des netto verfügbaren Einkommens des Jahres 2014. Gegenüber dem Jahresendstand 2013 stieg das Geldvermögen um 15,1 Mrd EUR (+2,7%), wovon auf Nettotransaktionen zwei Drittel (9,7 Mrd EUR) entfielen. Das nominelle transaktionsbedingte Jahreswachstum betrug 1,7%. Auf realer Basis ergab sich allerdings ein marginaler Rückgang des Geldvermögens von 0,1%.³ Haushalte konnten daher das vierte Jahr in Folge ihr Geldvermögen aus Nettoneuinvestitionen auf realer Basis nicht steigern.⁴

Die finanziellen Vermögenswerte setzten sich im Wesentlichen aus Einlagen (218 Mrd EUR; 38%), handelbaren Wertpapieren⁵ (106,5 Mrd EUR; 19%), Beteiligungen⁶ (90 Mrd EUR; 16%) sowie Lebensversicherungsansprüchen (72 Mrd EUR; 13%) zusam-

men. Die verbleibenden Vermögenswerte bestanden aus Bargeldbeständen, kapitalgedeckten Pensionsansprüchen, Ansprüchen gegenüber betrieblichen Vorsorgekassen sowie sonstigen Forderungen einschließlich der offenen Ansprüche aus Nicht-Lebensversicherungsleistungen. Gegenüber dem Jahresende 2013 kam es zu keiner signifikanten Veränderung in der Struktur des Geldvermögens. Ein Fünftel des gesamten Geldvermögens bestand zum Ultimo 2014 aus unmittelbar verfügbaren Bargeld- und täglich fälligen Einlagenbeständen. Mehr als 40% des Geldvermögens bestand aus Finanzaktiva gegenüber inländischen Banken.

Haushalte⁷ erhielten im Jahr 2014 für ihr Geldvermögen ein Vermögens-einkommen in Höhe von rund 24 Mrd EUR, wobei der größte Anteil auf Ausschüttungen und Gewinnentnahmen (einschließlich Dividendenzahlungen) entfiel. Das Einkommen aus zinstragenden Vermögenswerten⁸ (Jahresdurchschnittswert: 262,6 Mrd EUR) betrug im Jahr 2014 2,8 Mrd EUR, woraus sich eine durchschnittliche Verzinsung

Michael Andreasch¹

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, michael.andreasch@oenb.at; Redaktionsschluss: 10. April 2015.

² Das Geldvermögen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck betrug zum Jahresultimo 2014 7,8 Mrd EUR.

³ Konsumdeflator 2014: 1,8 %.

⁴ In den drei davor liegenden Jahren lag der reale Rückgang zwischen 0,3 % und 1,3 %.

⁵ Verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate.

⁶ Einschließlich der „imputierten“ Beteiligungen an Privatstiftungen.

⁷ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck, da in den nichtfinanziellen Konten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) Haushalte im Sinne des Haushaltssektors betrachtet werden.

⁸ Das zinstragende Vermögen setzt sich zusammen aus Einlagen, Krediten und verzinslichen Wertpapieren. Die Betrachtung erfolgt vor Bereinigung um die in der VGR berechnete sogenannte indirekt anfallende Finanzdienstleistungskomponente (FISIM).

von knapp mehr als 1%⁹ (vor Abzug der Kapitalertragsteuer) errechnet.

Neben dem Nettoerwerb von Finanztiteln erhöhte sich das Geldvermögen der Haushalte auch preisbedingt. Es stiegen im Jahr 2014 die Marktwerte der Investmentzertifikate und der Anleihen, während die Aktienwerte – insbesondere inländischer Emittenten – zurückgingen. Per saldo erhöhte sich im Jahr 2014 das Portfolio der privaten Wertpapierinvestoren preisbedingt um 1,9 Mrd EUR. Die Ansprüche der Haushalte aus Lebensversicherungen und gegenüber Pensionskassen stiegen um 1,8 Mrd EUR. Über alle Finanzkategorien wuchs das Geldvermögen im Jahr 2014 preisbedingt insgesamt um 0,8%.

Das durch Nettoneuinvestitionen hervorgerufene Jahreswachstum des Geldvermögens stieg von 1,4% im Jahr 2013 auf 1,7% (9,7 Mrd EUR) im Jahr 2014 leicht an. Die Jahreswachstumsrate (sowohl in einer nominellen als auch in einer realen Betrachtung) blieb damit aber weiterhin deutlich unter den langjährigen Durchschnittswerten.

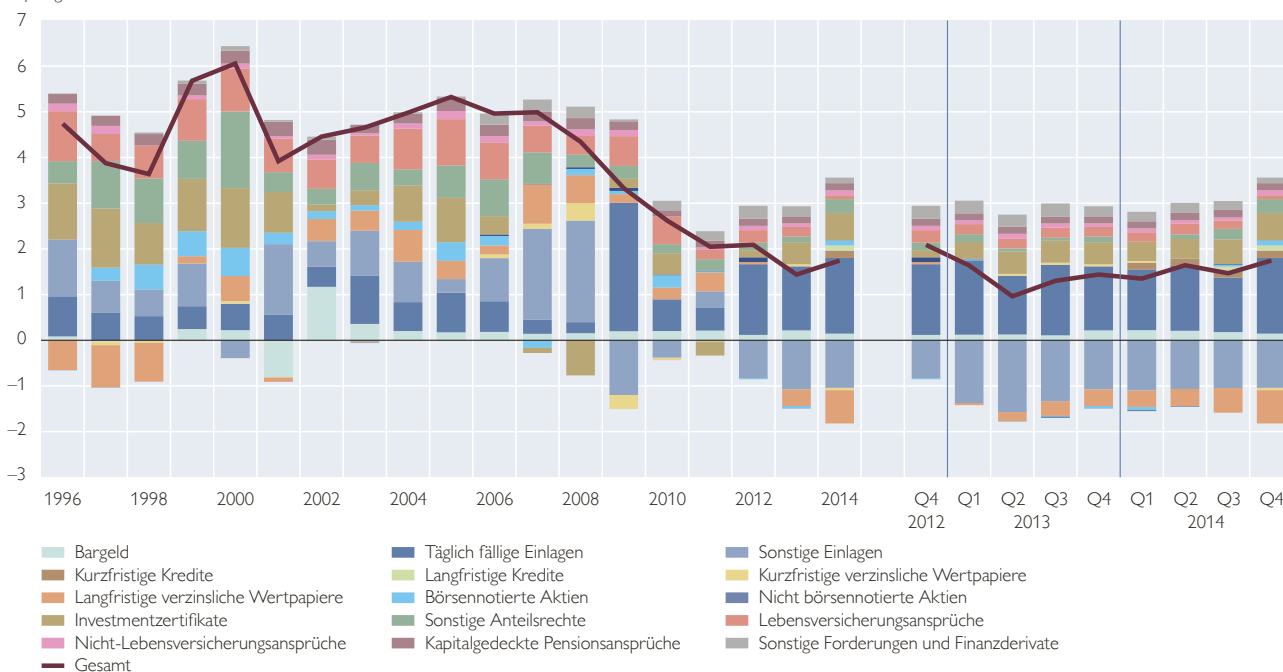
Die Geldvermögensbildung im Jahr 2014 folgte im Wesentlichen dem Muster des Jahres 2013 und war insbesondere von zwei gegenläufigen Entwicklungen geprägt:

- Haushalte reduzierten auf der einen Seite sowohl gebundene Einlagen in Höhe von 5,8 Mrd EUR als auch langfristige, verzinsliche Wertpapiere (insbesondere inländische Bankanlei-

Grafik 1

Transaktionsbedingtes Jahreswachstum des Geldvermögens der Haushalte

kapitalgewichtete Anteile in %



Quelle: OeNB.

⁹ Die Bestandszinsen der inländischen Banken für Einlagen von Haushalten gingen im Jahresverlauf 2014 von 0,77% auf 0,61% zurück. Höher verzinst waren die Bank- und Unternehmensanleihen im Besitz von Haushalten.

hen aufgrund der laufenden Nettotilgungen) in Höhe von 4,0 Mrd EUR und

- erhöhten transaktionsbedingt auf der anderen Seite ihre Bestände an täglich fälligen Einlagen im Ausmaß von 9,2 Mrd EUR¹⁰ sowie an Investmentzertifikaten, insbesondere von Renten- und Immobilienfonds sowie gemischten Fonds, in Höhe von 3,3 Mrd EUR¹¹ und sonstigen Beteiligungen (einschließlich der Erhöhung der imputierten Anteile an Privatstiftungen) um 1,7 Mrd EUR. Die Ansprüche aus Lebensversicherungen und aus kapitalgedeckten Pensionssystemen (der Arbeitgeber, der Pensionskassen und der betrieblichen Kollektivversicherungen) stiegen um insgesamt 1,5 Mrd EUR, die Abfertigungsansprüche gegenüber den betrieblichen Vorsorgekassen um 1,0 Mrd EUR. Darüber hinaus erhöhten die Haushalte auch ihren Bargeldbestand um rund 800 Mio EUR und erwarben Aktien in der Größenordnung von 600 Mio EUR.

Diese Entwicklung fand vor dem Hintergrund eines moderaten Einkommenszuwachses statt, der keine starke Expansion der Ersparnisbildung erlaubte. Im Jahr 2014 erhöhte sich das netto verfügbare Einkommen des Haushaltssektors¹² um 2,2%, inflationsbereinigt allerdings nur um 0,4%. Die geringe nominelle Steigerung der Ersparnisbildung im Jahresabstand führte dazu, dass die Sparquote mit 7,5% nur

leicht über dem Vergleichswert für das Jahr 2013 in Höhe von 7,3% lag.

2 Belebung der Wohnbaufinanzierung im zweiten und dritten Quartal 2014

Sowohl im zweiten als auch im dritten Quartal 2014 kam es zu moderaten Ausweitungen der Kreditfinanzierung durch private Haushalte (0,7 Mrd EUR bzw. 1 Mrd EUR), während sowohl das erste als auch das vierte Quartal keine substantielle Kreditausweitung zeigte. Diese Entwicklung wurde vorwiegend durch den Anstieg der langfristigen Wohnbaukredite bestimmt, während Konsumkredite weiterhin netto zurückgingen und die sonstigen Kredite stagnierten. Das transaktionsbedingte Jahreswachstum der aushaftenden Kredite (einschließlich sonstiger kreditbezogener Verbindlichkeiten) betrug im Jahr 2014 0,9% (1,5 Mrd EUR). Die gesamten Verbindlichkeiten erreichten Ende 2014 einen Aushaftungsstand von rund 166,4 Mrd EUR (88% des netto verfügbaren Einkommens). Rund 68% entfielen auf Wohnbaukredite bzw. 16% auf Fremdwährungskredite.¹³

Haushalte leisteten auf die ausstehenden Kredite Zinszahlungen in Höhe von 4 Mrd EUR, das entspricht einer durchschnittlichen Verzinsung von 2,4%.¹⁴ Die Haushalte hatten zu diesem Zeitpunkt somit ein Nettogeldvermögen in Höhe von rund 406 Mrd EUR.

¹⁰ Zusätzlich erhöhten die Haushalte ihre Einlagen bei Banken, die nicht als MFIs klassifiziert sind und daher im Sinne der VGR als Kredite zu zeigen sind, um rund 1,5 Mrd EUR.

¹¹ Mit einem Nettoerwerb von 2,3 Mrd EUR bei inländischen Fonds trugen die Haushalte als wesentlichste Investorengruppe auch zum – gegenüber den Vorjahren wieder – deutlichen Anstieg der inländischen Fondsbranche bei.

¹² Einschließlich der Einkommensteile, die auf private Organisationen ohne Erwerbszweck entfallen.

¹³ Von den insgesamt aushaftenden Fremdwährungskrediten entfielen 2014 rund 97% auf Kredite in Schweizer Franken, die zu 80% endfällig sind.

¹⁴ Die Bestandszinsen von inländischen Banken für Kredite an private Haushalte gingen im Jahresverlauf von 2,96% auf 2,8% zurück. Darüber hinaus hatten Haushalte auch niedrig verzinsten Wohnbaudarlehen vom Staat.

3 Finanzverflechtungen mit anderen volkswirtschaftlichen Sektoren 2014

Der größte Anteil des Finanzvermögens entfiel auf Forderungen an und Beteiligungen bei inländischen monetären Finanzinstituten (MFIs)¹⁵ in Höhe von 247 Mrd EUR bzw. 43%. Damit waren zum Jahresende 2014 je rund 30% der Gesamtverpflichtungen der MFIs sowohl in der Hand privater Haushalte als auch ausländischer Gläubiger. Vom gesamten Finanzvermögen der MFIs in Höhe von 857 Mrd EUR entfielen zum gleichen Stichtag rund 17% auf Kredite gegenüber Haushalten.

Haushalte hatten gegenüber inländischen Versicherungen zum Jahresultimo 2014 ein Finanzvermögen in Höhe von 82,5 Mrd EUR, das sind 14,4% des gesamten Finanzvermögens. Von den gesamten Verpflichtungen der inländischen Versicherungen entfielen – vor allem durch die Deckungsrückstellungen in Zusammenhang mit Ansprüchen aus Lebensversicherungen und

Abrechnungsforderungen aus Schaden- und Unfallversicherungen – 71% auf inländische Haushalte.

Darüber hinaus waren Haushalte bei inländischen Unternehmen in Höhe von 57 Mrd EUR engagiert, wobei sie hier mehrheitlich (78%) als Eigentümer von Aktien bzw. GmbH-Anteilen¹⁶ auftraten. Zusätzlich betrug der imputierten Anteil an Privatstiftungen rund 51 Mrd EUR.

Zertifikate von inländischen Investmentfonds erreichten zum Jahresultimo einen Marktwert von rund 37,3 Mrd EUR und damit rund 23% des gesamten Fondsvermögens (inklusive Fonds-in-Fonds-Anteilen, bereinigt 27%). Haushalte sind somit die größte Anlegergruppe bei inländischen Fonds.

Das direkt im Ausland gehaltene gesamte Finanzvermögen betrug zum Jahresultimo 2014 rund 38 Mrd EUR. Dieser Wert lässt allerdings die über inländische Zertifikate gehaltenen Auslandswerte unberücksichtigt.¹⁷

¹⁵ Ohne OeNB.

¹⁶ Die verbleibenden Forderungen entfielen vorwiegend auf gehaltene Unternehmensanleihen und kapitalgedeckte Pensionsrückstellungen.

¹⁷ Dazu zählen die von Haushalten selbst gehaltenen Investmentzertifikate sowie die im Deckungsstock von Lebensversicherungen und Pensionskassen befindlichen Investmentzertifikate. Unter Berücksichtigung dieser indirekt gehaltenen ausländischen Vermögenswerte erhöht sich das Auslandsengagement auf rund das Doppelte des direkt gehaltenen Auslandsvermögens.

Tabelle 1

Geldvermögen und Verbindlichkeiten der Haushalte

	Ultimo 2013		Ultimo 2014		2014	
	Bestände		Bestände		Trans- aktionen	Jahreswach- tumsrate
	Mrd EUR	Anteil in %	Mrd EUR	Anteil in %	Mrd EUR	Anteil in %
Bargeld	19,8	20,6	3,6	0,8	0,1	
Täglich fällige Einlagen	82,4	91,6	16,0	9,2	1,7	
Sonstige Einlagen	132,0	126,2	22,0	-5,8	-1,0	
Kurzfristige Kredite	0,0	0,9	0,2	0,9	0,2	
Langfristige Kredite	0,0	0,7	0,1	0,7	0,1	
Handelskredite	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	1,1	0,8	0,1	-0,3	-0,1	
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	42,9	39,5	6,9	-4,0	-0,7	
Börsennotierte Aktien	18,3	18,5	3,2	0,6	0,1	
Nicht-börsennotierte Aktien	3,3	3,0	0,5	0,0	0,0	
Investmentzertifikate	42,6	47,8	8,4	3,3	0,6	
Sonstige Anteilsrechte	86,8	89,8	15,7	1,7	0,3	
Lebensversicherungsansprüche	70,5	72,0	12,6	0,5	0,1	
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	11,2	11,8	2,1	0,6	0,1	
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	35,1	37,0	6,5	0,9	0,2	
Sonstige Forderungen und Finanzderivate	11,5	12,4	2,2	0,7	0,1	
Geldvermögen (Finanzvermögen)	557,3	572,4	x	9,7	1,7	
Wohnbaukredite, kurzfristig	2,4	2,3	1,4	-0,1	-0,1	
Wohnbaukredite, langfristig	110,9	112,1	67,4	2,7	1,6	
Konsumkredite, kurzfristig	5,2	5,0	3,0	-0,2	-0,1	
Konsumkredite, langfristig	15,9	15,2	9,1	-0,7	-0,4	
Sonstige Kredite, kurzfristig	5,4	5,2	3,1	-0,3	-0,2	
Sonstige Kredite, langfristig	24,7	25,9	15,6	0,1	0,1	
Handelskredite	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	
Sonstige Verbindlichkeiten und Finanzderivate	0,7	0,7	0,4	0,0	0,0	
Verpflichtungen	165,3	166,4	x	1,5	0,9	

Quelle: OeNB. Redaktionsschluss 10. 4. 2015

Der inländische Unternehmenssektor baut 2014 verstärkt auf Kredit- sowie Beteiligungsfinanzierung

Geldvermögensbildung und Finanzierung nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich 2014

Stefan Wiesinger¹

Das Geldvermögen nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich betrug Ende 2014 knapp 449,2 Mrd EUR. Verglichen mit dem Vorjahreswert (427,3 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von über 5,1 %. Wie auch in den Jahren davor dominierten auf der Aktivseite die Kreditvergabe mit 113 Mrd EUR sowie gehaltene Beteiligungen mit 210,7 Mrd EUR. Letztere unterteilen sich weiter in börsennotierte Aktien (26,5 Mrd EUR), nicht börsennotierte Aktien (40,1 Mrd EUR) sowie sonstige Anteilsrechte (144,1 Mrd EUR). Kredite wurden hauptsächlich mit 57,5 Mrd EUR dem heimischen nichtfinanziellen Unternehmenssektor sowie mit 53,5 Mrd EUR dem Ausland vergeben. Der nicht-

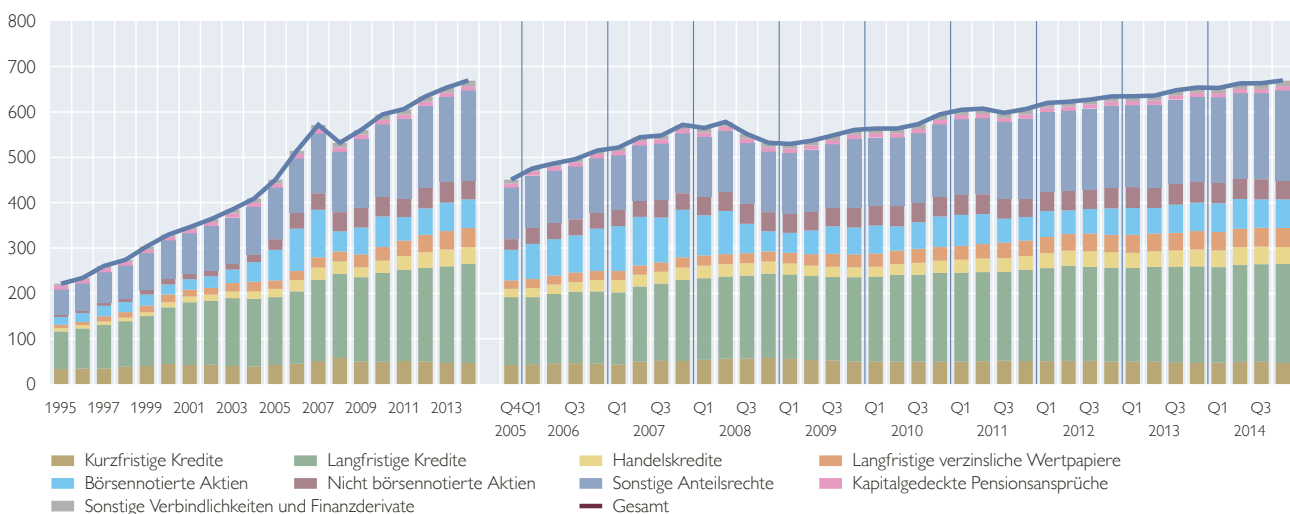
finanzielle Unternehmenssektor ist hauptsächlich an österreichischen Kreditinstituten ohne Zentralbank (13,2 Mrd EUR), an nichtfinanziellen Unternehmen (56,8 Mrd EUR) und an ausländischen Einheiten (126,5 Mrd EUR) beteiligt.

Die Geldvermögensbildung inländischer Unternehmen verringerte sich 2014 von 18,7 Mrd EUR (2013) auf 9,0 Mrd EUR. Grund dieses Rückgangs waren hauptsächlich niedrigere Kreditgewährungen (4,7 Mrd EUR) und sonstige Anteilsrechte (2,5 Mrd EUR) wie auch Desinvestitionen bei nicht börsennotierten Aktien (-3,2 Mrd EUR), nachdem in den Jahren 2011 bis 2013 in Summe noch 5,8 Mrd EUR in diese Titel inves-

Grafik 1

Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung, Monetärstatistiken, stefan.wiesinger@oebn.at.

tiert worden waren. Gegenläufig war die Entwicklung bei den börsennotierten Aktien: 2014 wurde erstmals seit 2011 deutlich positiv mit 1,2 Mrd EUR in börsennotierte Aktien des heimischen Unternehmenssektors investiert. Auf Grund von nichttransaktionsbedingten Vermögensänderungen (hauptsächlich auf Grund von Preiseffekten) verringerte sich der Bestand von börsennotierten Aktien allerdings um 1,8 Mrd EUR. Somit ergibt sich eine Nettoveränderung der Geldvermögensposition börsennotierter Aktien von –0,6 Mrd EUR.

Nichtfinanzielle Unternehmen hatten mit Ende 2014 Verpflichtungen in Höhe von 669,4 Mrd EUR. Verglichen mit dem Jahr 2013 (653,5 Mrd EUR) bedeutet dies eine Steigerung von 2,4%. Klassische Kreditfinanzierung (264,5 Mrd EUR) sowie Verpflichtungen durch sonstige Anteilsrechte (198,9 Mrd EUR) bilden wie auch in den Jahren zuvor den Löwenanteil (69%) der unternehmerischen Finanzierungspolitik. Börsennotierte und nicht börsennotierte Aktien (103,7 Mrd EUR), verzinsliche Wertpapiere (42,7 Mrd EUR), Handelskredite (37,6 Mrd EUR) sowie Verpflichtungen aus Pensionsansprüchen (9,6 Mrd EUR) und sonstige Verbindlichkeiten inklusive Finanzderivaten (12,4 Mrd EUR) machten in Summe die restlichen 31% der Gesamtverbindlichkeiten inländischer Unternehmen aus.

Auch bei der Finanzierung gab es im Jahr 2014 einen Rückgang in Höhe von 9 Mrd EUR (2013: 12 Mrd EUR), der allerdings bei Weitem nicht so stark ausfiel wie bei der Geldvermögensbil-

dung, wodurch der Finanzierungssaldo im Jahr 2014 ausgeglichen war. Erstmals seit 2002 tilgte der Unternehmenssektor mehr Anleihen als er emittierte (–0,4 Mrd EUR). Der Trend der letzten Jahre, sich frisches Kapital durch Aufnahme langfristiger Kredite zu beschaffen, setzte sich auch im Berichtsjahr 2014 fort. Die Nettofinanzierung machte 2,8 Mrd EUR aus. Zusätzlich gingen Unternehmen kurzfristige Kreditvereinbarungen in Höhe von 1,2 Mrd EUR ein. Von der gesamten Kreditfinanzierung entfielen 2,2 Mrd EUR auf inländische Bankkredite. Handelskredite verzeichneten eine Nettoveränderung von knapp 0,4 Mrd EUR. Trotz einer im Jahr 2014 durch intrasektorale Handelskredite wachsenden Finanzierung in Höhe von 2,0 Mrd EUR wurden gleichzeitig Verpflichtungen gegenüber dem Sektor Staat² (0,5 Mrd EUR) sowie dem Ausland (1,5 Mrd EUR) getilgt.

Österreichische nichtfinanzielle Unternehmen hatten Ende 2014 eine Verschuldungsquote³ von 121%, die annähernd dem Durchschnitt der fünf Vorjahre entspricht. Der konsolidierte Verschuldungsgrad⁴ nichtfinanzieller Unternehmen im Vergleich zum BIP lag 2014 bei 75,5%. Diese Kennzahl ist Teil eines Indikators des Macroeconomic Imbalance Procedure Scoreboard, der sich aus den konsolidierten Verschuldungsquoten von nichtfinanziellen Unternehmen (75,5%), den privaten Haushalten (50,4%) und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (0,3%) zusammensetzt. Der Indikator ergibt somit für Österreich einen Wert von 126,2% des BIP. Der von der europäi-

² Dies betrifft hauptsächlich die mit ESVG 2010 in den Staat reklassifizierten Einheiten des Unternehmenssektors.

³ Die Verschuldungsquote ist die Relation von Fremdkapital (inklusive Finanzderivate) zu Eigenkapital.

⁴ Der konsolidierte Verschuldungsgrad beinhaltet keine intrasektoralen Verpflichtungen und wird anhand der Relation von Verpflichtungen aus verzinslichen Wertpapieren und Krediten zum Bruttoinlandsprodukt berechnet.

schen Kommission vorgegebene Grenzwert von 133 % wird somit nicht überschritten. Die Kapitalmarktfinanzierungsquote⁵ verringerte sich 2014 im Vergleich zum Vorjahr (15,9%) auf 15,7%; das entspricht nahezu dem Durchschnittswert der Jahre 2009 bis 2013.

⁵ Die Kapitalmarktfinanzierungsquote errechnet sich aus der Relation von verzinslichen Wertpapieren und börsennotierten Aktien zu den Gesamtverpflichtungen inländischer Unternehmen.

Analysen

Executive Summaries

Banks: growth of loans to companies gathers pace Key financial developments in Austria in 2014

Following the restructuring of Hypo Alpe Adria, which resulted in the institution exiting the Austrian banking sector, the unconsolidated total assets of Austrian credit institutions went down year on year in 2014; at the same time, the sector's consolidated net result for the year was back in positive territory. Historically low key interest rates pushed down lending and deposit rates to new lows. In the low interest rate environment and fueled by the

ECB's targeted longer-term refinancing operations, the annual growth rate of corporate lending recovered, and lending to households remained very robust. Despite near-zero deposit rates, household deposits continued to grow at a steady pace, which was exclusively attributable to the increase in overnight deposits.

Banks see slight increase in corporate loan demand

Twelve years after the launch of the euro area bank lending survey, its questionnaire has undergone a major overhaul. The new questionnaire, which was used for the first time in the April 2015 survey, includes questions about the factors influencing the change in credit conditions and the change in the share of credit refused in loan applications. At the same time, the number of Austrian participants in the survey was raised from 7 to 8. The results of the most recent bank lending survey show that in the first quarter of 2015, Austrian banks tightened their credit standards for loans to enterprises as well as for consumer loans to households marginally, whereas standards for housing loans

remained stable. Looking ahead, the banks surveyed expect a further slight tightening of standards for corporate loans and consumer loans to households in the second quarter of 2015 as well as unchanged standards for housing loans. Corporate loan demand increased slightly in the first quarter of 2015, according to the respondents, as did demand of households for housing loans, whereas demand for consumer loans fell somewhat. For the second quarter of 2015, the banks anticipate no change in the demand for corporate loans (but a slight increase by SMEs) and slight decrease in the demand of households for housing loans and consumer loans.

Tourism keeps Austrian current account in surplus – Balance of payments 2014

Despite slow domestic economic growth and weak world trade, Austria's current account remained in surplus in 2014, reaching EUR 2.6 billion or close to 1% of GDP. The current account surplus has been trending down since the onset of the financial, economic and fiscal crisis, however. In 2014, the deficit on the goods account increased and the surplus in business services shrank, whereas the travel account once again posted very good results, proving a veritable anchor of stability for Austria's external sector. At 25 million in 2014, arrivals from abroad reached a new record high for the fifth time in a row, and the net surplus on the travel account totaled EUR 7.4 billion, the second-highest figure ever recorded. Remarkably, exports of business services to China and other emerging economies exceeded those to Austria's traditional overseas markets. Especially the transfer of technological

know-how was a success, reaching a volume of EUR 10 billion (OECD definition). External financial transactions continued to stagnate at a low level in 2014. International financial claims and liabilities even indicated a slow withdrawal of investors. Austrian direct investment abroad came to EUR 5.8 billion in 2014, which is the lowest level recorded since 2001. For the first time ever there was a net withdrawal of equity from international investment, mirroring Austrian direct investors' current consolidation efforts. Despite historically low yields, Austrian government bonds were in demand, especially by nonresident investors. International creditors held claims of some EUR 180 billion (nominal value), with euro area investors accounting for more than half of this amount.

Performance of European listed corporations in 2013

The profitability of European listed nonfinancial corporations (in terms of EBIT as a percentage of sales) edged down for the third time in a row in 2013 (-0.3 percentage points) to stand at an average 7.4%. In contrast to previous years, 2013 also saw declining sales (-2.6%) in a negative business environment hampering both organic and acquisition-driven growth. Despite a

slight decrease in equity capital, the average equity ratio inched up to 32.2%, as total assets had also contracted. This analysis is based on annual accounts data of listed nonfinancial corporations in eight countries (Austria, Belgium, Germany, Spain, France, Greece, Italy and Portugal).

Alternative methods of household wealth measurement in the HFCS for Austria

This study analyzes the importance of the way data on income, wealth and consumption are collected in the Household Finance and Consumption Survey (HFCS) in Austria. In the HFCS 2010 for Austria, various questioning techniques were used to gather responses from survey participants, which resulted in varying results. Employing various forms of questions and survey methods facilitates better data quality control and makes it easier to

perform multiple imputations. Our analysis of response behavior illustrates the importance of detailed questioning. Furthermore, the final multiply imputed dataset reveals that the level of inequality is lower when it is computed using the sum components of net wealth instead of total net wealth based on one single question.

Kreditinstitute: Anstieg des Kreditwachstums bei Unternehmen Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im Jahr 2014

Der Wegfall der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe Adria ließ die unkonsolidierte Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute im Jahresabstand sinken, bewirkte aber auch, dass das konsolidierte Jahresergebnis wieder ins Plus drehte. Der historisch niedrige Leitzinssatz führte zu neuen Tiefstständen bei Kredit- und Einlagenzinssätzen. Gestützt von den niedrigen Zinssätzen und zielgerichteten langfristigen Geldmitteln der EZB

erholte sich das Jahreswachstum von Unternehmenskrediten. Das Kreditvolumen inländischer privater Haushalte entwickelte sich in Österreich weiterhin sehr stabil. Trotz niedriger Einlagenzinssätze verzeichneten private Haushalte weiterhin konstant ein positives Einlagenwachstum, was aber ausschließlich auf den Anstieg bei täglich fälligen Einlagen zurückzuführen war.

Banken registrieren geringfügige Belebung der Kreditnachfrage der Unternehmen

Nach zwölf Jahren wurde mit dem Befragungstermin April 2015 der reguläre Fragebogen für die Umfrage über das Kreditgeschäft erstmals in größerem Umfang adaptiert. Der Fragebogen enthält nun auch Fragen zu den Einflussfaktoren der Veränderung der Kreditbedingungen und zur Veränderung des Anteils von Kreditablehnungen an den Kreditanträgen. Gleichzeitig wurde die Anzahl der österreichischen Teilnehmer an der Umfrage von sieben auf acht Institute ausgeweitet. Im ersten Quartal 2015 haben die Banken ihre Richtlinien für Kredite an Unternehmen sowie für Konsumkredite an private Haushalte marginal verschärft, die Standards für Wohnbaufinanzierungen blieben konstant. Für das zweite Quartal 2015 erwarten die Umfrageteilnehmer

eine weitere geringfügige Straffung der Kreditrichtlinien für Ausleihungen an Unternehmen und Konsumkredite sowie unveränderte Standards für Wohnbaukredite. Die Kreditnachfrage der Unternehmen erhöhte sich nach Einschätzung der Umfrageteilnehmer im ersten Quartal 2015 per Saldo leicht, auch nahm die Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnbaukrediten minimal zu, während jene nach Konsumkrediten etwas sank. Für das laufende Quartal erwarten die Banken eine unveränderte Kreditnachfrage der Unternehmen insgesamt (jedoch eine leichte Belebung seitens KMUs) und einen geringfügigen Rückgang der Nachfrage der Haushalte nach Wohnbau- und Konsumkrediten.

Tourismus stabilisiert Österreichs Leistungsbilanz – Zahlungsbilanz 2014

Trotz geringen Wachstums sowie einer schwachen Entwicklung des Welthandels war Österreichs Leistungsbilanz im Jahr 2014 weiterhin mit 2,6 Mrd EUR oder knapp einem Prozent des BIP im Plus. Der Überschuss zeigt jedoch im Verlauf der Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise einen rückläufigen Trend. Einem gestiegenen Güterdefizit sowie einem gesunkenen Überschuss aus unternehmensbezogenen Dienstleistungen stand 2014 neuerlich ein sehr gutes Ergebnis der Reiseverkehrsbilanz gegenüber. Der Reiseverkehr erwies sich für die heimische Außenwirtschaft als ausgesprochener Stabilitätsanker: 25 Millionen Gästeankünfte aus dem Ausland bedeuteten zum fünften Mal in Folge einen neuen Rekordwert; die Reiseverkehrsbilanz verzeichnete mit 7,4 Mrd EUR die zweithöchsten jemals registrierten Nettoeinnahmen. Der Export unternehmensbezogener Dienstleistungen nach China und in andere Schwellenländer übertraf bemerkenswerterweise jenen in klassische

Überseemärkte. Besonders erfolgreich ist der Transfer von technologischem Know-how, der laut OECD-Definition ein Volumen von 10 Mrd EUR erreichte. Der Kapitalverkehr mit dem Ausland stagnierte 2014 weiterhin auf geringem Niveau. Internationale Finanzforderungen wie auch Verpflichtungen zeigten sogar einen geringfügigen Rückzug der Investoren. Österreichs Direktinvestoren veranlagten mit 5,8 Mrd EUR das geringste Volumen im Ausland, das seit 2001 verzeichnet wurde. Erstmals wurde netto Eigenkapital aus internationalen Beteiligungen abgezogen, woraus zu schließen ist, dass Österreichs Direktinvestoren ihre Beteiligungen derzeit konsolidieren. Heimische Staatsanleihen waren – vor allem im Ausland – trotz historisch geringer Verzinsung gefragt. Internationale Gläubiger hielten zu Jahresende Forderungen von rund 180 Mrd EUR (Nominalwert). Mehr als die Hälfte davon entfiel auf den Euroraum.

Entwicklung der europäischen börsennotierten Konzerne 2013

Die Rentabilität (gemessen an EBIT/Umsatz) der europäischen nichtfinanziellen börsennotierten Konzerne hat sich zum dritten Mal in Folge leicht reduziert (2013: –0,3 Prozentpunkte auf 7,4% im Durchschnitt). Anders als in den Vorjahren stand die Entwicklung 2013 auch vor dem Hintergrund sinkender Umsätze (–2,6%) und reflektierte damit das negative Umfeld, das sowohl organisches als auch akquisitionsbedingtes Wachstum hemmte.

Die Eigenkapitalquote ist im europäischen Durchschnitt, trotz leichtem Rückgang des Eigenkapitals, geringfügig auf 32,2% gestiegen, da auch die Bilanzsumme rückläufig war. Die Analyse basiert auf den Jahresabschlussdaten von nichtfinanziellen börsennotierten Konzernen von insgesamt acht Ländern (AT, BE, DE, ES, FR, GR, IT und PT).

Varianten der Messung von Haushaltsvermögen im HFCS-Austria

In dieser Studie wird die Bedeutung der Form der Datenabfrage im HFCS zu Einkommen, Vermögen und Konsum analysiert. Im HFCS-Austria 2010 wurden verschiedene Fragetechniken angewandt; daraus resultieren voneinander abweichende Ergebnisse. Variationen in der Form des Fragens ermöglichen eine bessere Kontrolle der Datenqualität und erleichtern die Durchführung

von multiplen Imputationen. Die Analyse des Antwortverhaltens zeigt die Notwendigkeit einer detaillierten Abfrage. Ebenso stellt sich im finalen multiplen imputierten Datensatz heraus, dass die auf Basis der Komponenten des Nettovermögens errechnete Ungleichheit im Vergleich zur Erhebung des Gesamtvermögens eine niedrigere Ungleichheit ausweist.

Kreditinstitute: Anstieg des Kreditwachstums bei Unternehmen

Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im Jahr 2014

Patrick Thienel¹

Der Wegfall der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe Adria ließ die unkonsolidierte Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute im Jahresabstand sinken, bewirkte aber auch, dass das konsolidierte Jahresergebnis wieder ins Plus drehte. Der historisch niedrige Leitzinssatz führte zu neuen Tiefstständen bei Kredit- und Einlagenzinssätzen. Gestützt von den niedrigen Zinssätzen und zielgerichteten langfristigen Geldmitteln der EZB erholte sich das Jahreswachstum von Unternehmenskrediten. Das Kreditvolumen inländischer privater Haushalte entwickelte sich in Österreich weiterhin sehr stabil. Trotz niedriger Einlagenzinssätze verzeichneten private Haushalte weiterhin konstant ein positives Einlagenwachstum, was aber ausschließlich auf den Anstieg bei täglich fälligen Einlagen zurückzuführen war.

Bankenbilanzsumme sank 2014 um 3,3 %

Die unkonsolidierte Bilanzsumme aller österreichischen Banken betrug zum 31. Dezember 2014 896,4 Mrd EUR und lag damit um 30,7 Mrd EUR (−3,3%) unter dem Stand zum Ende des Vorjahres. Die Veränderung der Bilanzsumme wurde allerdings wesentlich von der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe Adria² beeinflusst, die Ende Dezember 2013 noch eine Bilanzsumme von 20,0 Mrd EUR meldete und Ende Dezember 2014 keine Bank und damit nicht mehr im Melderkreis enthalten war.

Wesentliche Veränderungen auf der Aktivseite waren vor allem der Anstieg der Schuldtitel gegenüber öffentlichen Stellen um 9,0 Mrd EUR auf 48,1 Mrd EUR (+22,9%), der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute um 24,0 Mrd EUR auf 223,0 Mrd EUR (−9,7%) sowie der Rückgang der Anteile an verbundenen Unternehmen um 11,1 Mrd EUR auf 43,3 Mrd EUR

(−20,4%). Die Passivseite war geprägt durch den Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 18,2 Mrd EUR auf 203,0 Mrd EUR (−8,2%), die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 11,2 Mrd EUR auf 373,9 Mrd EUR (+3,1%) und die Abnahme der verbrieften Verbindlichkeiten um 23,7 Mrd EUR auf 166,6 Mrd EUR (−12,5%).

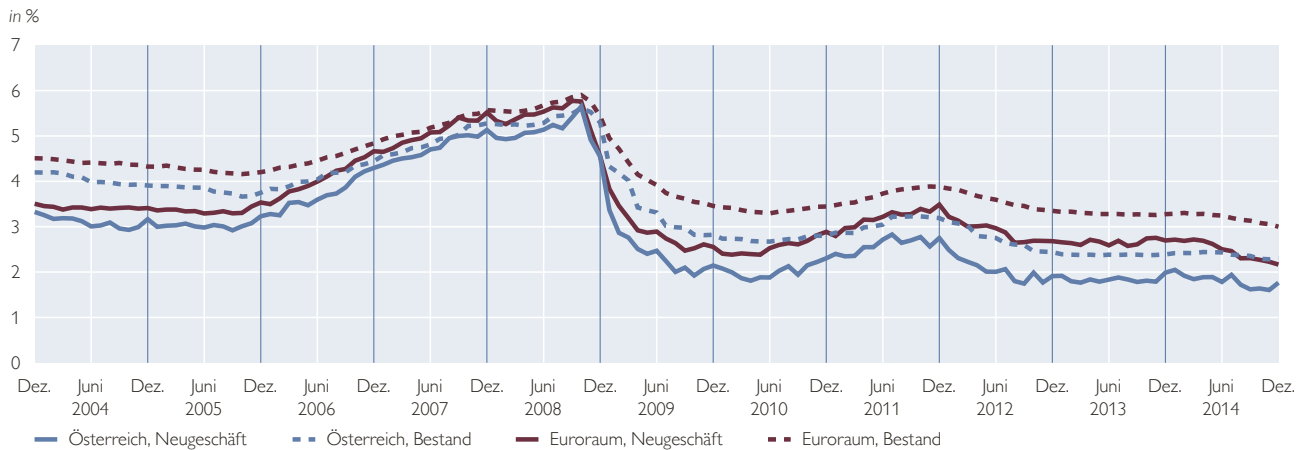
Kreditinstitute verzeichneten 2014 wieder positives Jahresergebnis

Im Jahr 2014 erzielten die österreichischen Kreditinstitute auf konsolidierter Basis wieder ein positives Ergebnis in Höhe von 1,4 Mrd EUR, nachdem das konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen im Jahr 2013 in Höhe von −1,0 Mrd EUR erstmalig negativ ausgefallen war. Die Verbesserung um 2,4 Mrd EUR im Vergleich zum Jahr 2013 liegt einerseits am Wegfall der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe Adria AG, die im Jahr

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, patrick.thienel@oenb.at. Der Autor dankt den Mitarbeitern der Abteilungen „Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen“ und „Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken“ für wertvolle Vorarbeiten.

² Seit 3.11.2014 Firmierung als Heta Asset Resolution AG; Ende der Konzession zum Betrieb von Bankgeschäften per 30.10.2014; FMA-Bescheid zur Abwicklung der Bank gemäß Bundesgesetz zur Abwicklung und Sanierung von Banken (BaSAG) per 01.03.2015.

Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen



Quelle: OeNB, EZB.

2013 noch einen Verlust von 1,9 Mrd EUR gemeldet hatte; andererseits konnte eine Großbank, die im Vorjahr hohe Firmenwertabschreibungen vorgenommen hatte, ihr Ergebnis 2014 deutlich verbessern. Eine eingehende Darstellung bietet der Kurzaufsatz von Birgit Hebesberger und Stefan Kinchner in diesem Heft.

Historische Tiefststände bei Kreditzinssätzen für private Haushalte

Die EZB-Leitzinssatzsenkungen vom 5. Juni und vom 4. September 2014 auf 0,15 % bzw. 0,05 % ließen die Geldmarktzinssätze und die Kundenzinssätze auf neue Tiefststände fallen. Der Drei-Monats-Euribor – ein wichtiger Referenzzinssatz bei neu vergebenen Krediten – reduzierte sich von 0,27 % im Dezember 2013 auf 0,08 % im Dezember 2015. Während die EZB-Leitzinssatzsenkung vom September 2014 bei Krediten an private Haushalte bis Ende Dezember 2014 bereits mehr als weitergegeben wurde, kam es bei Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen im Dezember wieder zu einem Anstieg der Zinssätze.

Der Zinssatz für neu vergebene Kredite an private Haushalte erreichte mit 2,44 % einen neuen historischen Tiefststand und ging seit der Leitzinssatzsenkung um 29 Basispunkte zurück, damit aber doch etwas schwächer als im Euroraum-Durchschnitt (43 Basispunkte). Private Haushalte konnten dabei über alle Verwendungszwecke hinweg (Konsum-, Wohnbau- und sonstige Kredite) von den attraktiven Kreditkonditionen profitieren. Bei Wohnbaukrediten wurde mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,11 % im November der Tiefpunkt erreicht. Der geringfügig höhere Wert von Dezember (2,14 %) lag noch immer deutlich unter dem Euroraum-Vergleichswert (2,58 %). Noch deutlicher war der Zinsvorteil für österreichische Kunden bei Konsumkrediten (Österreich: 4,66 %, Euroraum: 5,95 %).

Von August 2014 bis November 2014 ging der Zinssatz neu vergebener Unternehmenskredite um 11 Basispunkte (bei Krediten bis 1 Mio EUR) bzw. um 13 Basispunkte (bei Großkrediten über 1 Mio EUR) zurück. Im Dezember stiegen die Zinssätze dann allerdings wieder um 4 bzw. 19 Basis-

punkte auf 2,15 % bzw. 1,72 %, wobei der Dezember aufgrund eines hohen Anteils von Neuvereinbarungen von Altverträgen traditionell einen etwas höheren Zinssatz aufweist. Durch den hohen Anteil an variabel verzinsten Krediten schlug sich das geringere Zinsniveau im Neugeschäft bereits deutlich auf die Zinssätze des aushaftenden Kreditbestands durch. Mit 2,31 % wurde auch bei den Bestandszinssätzen von nichtfinanziellen Unternehmen ein neuer historischer Tiefststand erreicht.

Einlagenzinssätze weiterhin unter dem Euroraum-Durchschnitt

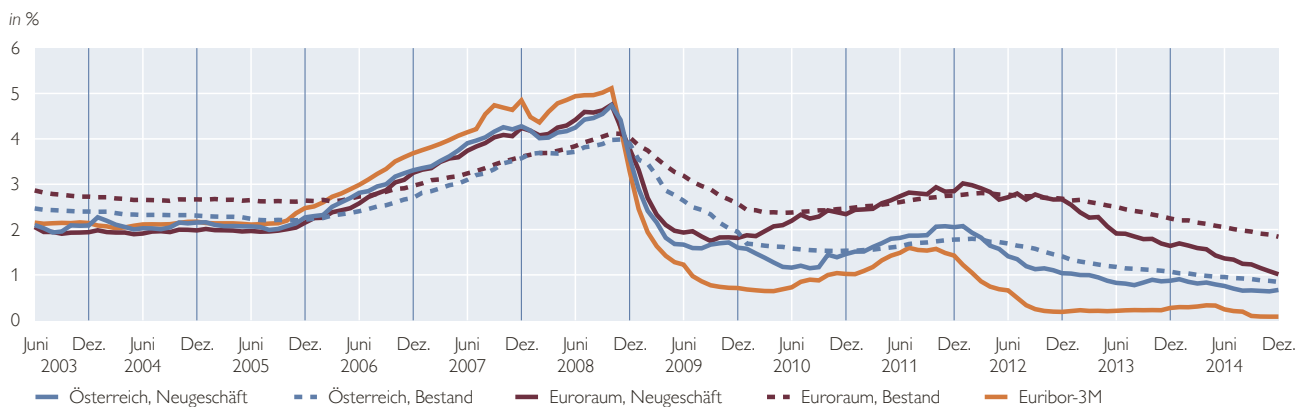
Die Zinssätze neu vergebener Einlagen an private Haushalte reagierten nur im kurzfristigen Bereich auf die Leitzinssatzsenkungen der EZB. So war im Dezember bei neu vergebenen kurzfristigen Einlagen (bis 1 Jahr) mit 0,46 % ein Rückgang von 8 Basispunkten im Vergleich zu August erkennbar. Der entsprechende Euroraum-Vergleichswert lag mit 0,98 % noch deutlich über dem Zinssatz in Österreich, obwohl er im entsprechenden Zeitraum mit –25 Basispunkten deutlich stärker als jener Öster-

reichs zurückging. Während der Zinssatz neu vergebener Einlagen mit Bindungsfristen zwischen 1 und 2 Jahren mit –3 Basispunkten die Leitzinssatzsenkung zumindest geringfügig widerspiegelten, stieg der Zinssatz neu vergebener Einlagen mit Bindungsfristen über zwei Jahre sogar um 24 Basispunkte an. Mit 0,66 % bzw. 1,53 % lag Österreich auch in diesen beiden Kategorien unter den Euroraum-Vergleichswerten von 0,85 % bzw. 1,58 %.

Auch die Bestandszinssätze gebundener Einlagen privater Haushalte erreichten im November in Österreich mit 0,85 % und im Euroraum-Durchschnitt mit 1,84 % ihr historisch niedrigstes Niveau. Deutlich geringer ist der Zinsunterschied zwischen Österreich und dem Euroraum-Durchschnitt bei Betrachtung des gesamten durchschnittlichen Einlagenzinssatzes³ privater Haushalte (Österreich: 0,61 %, Euroraum: 0,83 %). Dieser Umstand ergibt sich vor allem daraus, dass täglich fällige Einlagen in Österreich mit 0,31 % – vor allem bedingt durch Direktbanken – höher verzinst waren als im Euroraum-Durchschnitt (0,22 %).

Grafik 2

Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Einlagen privater Haushalte mit Bindungsfrist



Quelle: OeNB, EZB.

³ Inklusive täglich fälliger Einlagen und Einlagen mit Kündigungsfrist.

EZB-Refinanzierungsgeschäfte werden von Banken in Anspruch genommen

Neben der Senkung des Leitzinssatzes legte die EZB auch neue längerfristige Refinanzierungsgeschäfte für die im Euroraum ansässigen Banken auf. Diese zielgerichteten langfristigen Geldmittel (TLTROs, Laufzeit bis 2018) sollen die Kreditentwicklung unterstützen und sind an eine entsprechende Kreditvergabe an Unternehmen und an private Haushalte gebunden.

Insgesamt verdoppelte sich das aushaftende Volumen an geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute in Österreich in den letzten 12 Monaten und erreichte im Jänner 2015 12,2 Mrd EUR. Langfristige Refinanzierungsgeschäfte – zu denen auch die TLTROs zählen – waren dabei im Ausmaß von 8,1 Mrd EUR aushaftend.

Aufgrund der längerfristigen Versorgung mit Zentralbankgeld und wei-

terhin positiven Wachstumsraten im Einlagenbereich konnten österreichische Kreditinstitute die vergleichsweise teure Refinanzierung über die Anleihenmärkte im Jahr 2014 (im Durchschnitt bezahlten österreichische Kreditinstitute im Jahr 2014 2,1 %) weiter zurückführen. Das Umlaufvolumen der ausgegebenen Bankanleihen ging im Jahr 2014 um rund 8 % auf 176 Mrd EUR zurück.

Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen erholt sich⁴

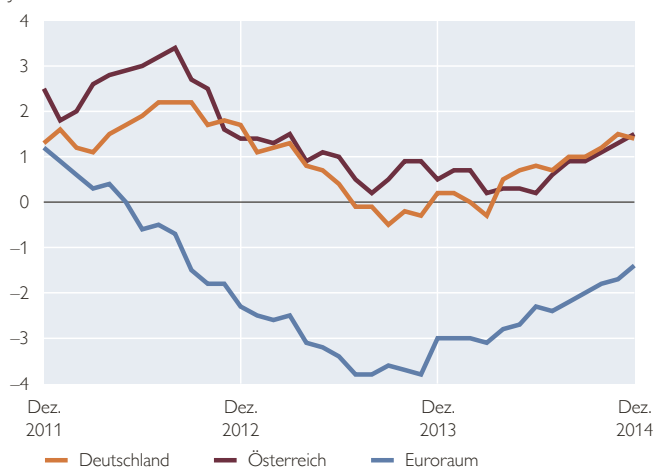
Gestützt von den niedrigen Zinssätzen und den TLTROs erholte sich das Kreditwachstum. Der um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und Reklassifikationen bereinigte Jahresveränderungswert des Kreditvolumens österreichischer Monetärer Finanzinstitute (MFI) an inländische Nichtbanken stieg im Dezember 2014 um 0,8 % und betrug zum 31. Dezember 2014 328,3 Mrd

Grafik 3

Jahreswachstum von Krediten

an nichtfinanzielle Unternehmen

Jahreswachstum in %



Quelle: OeNB, EZB.

an private Haushalte

Jahreswachstum in %



⁴ Im Folgenden werden Daten der Monetärstatistik benützt, da die Standveränderungen um nicht transaktionsbedingte Veränderungen bereinigt werden können.

EUR. Im Euroraum betrug die Jahreswachstumsrate hingegen $-0,2\%$.

Nichtfinanzielle Unternehmen hatten im November 2014 ein Kreditvolumen von insgesamt 137,3 Mrd EUR bei österreichischen MFIs aushaftend. Das Jahreswachstum von Unternehmenskrediten wies im November in Österreich mit einem Wert von $1,5\%$ den höchsten Wert seit März 2013 auf. Der entsprechende Wert im Euroraum-Durchschnitt lag mit $-1,3\%$ im negativen Bereich.

Das Volumen der an private Haushalte vergebenen Kredite entwickelte sich im Dezember 2014 mit $1,0\%$ (auf 141,0 Mrd EUR) weiterhin stabil und lag damit deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt von $-0,3\%$. Getragen wurde es in Österreich ausschließlich von Wohnbaukrediten, deren Jahreswachstum mit $3,1\%$ zum bereits neunten Mal in Folge über der 3-Prozent-Marke lag. Diese Kredite hatten mit 88,5 Mrd EUR auch den höchsten Anteil am gesamten Kreditvolumen privater Haushalte. Konsumkredite und sonstige Kredite entwickelten sich in Österreich mit $-2,7\%$ (auf 20,2 Mrd EUR) bzw. $-2,3\%$ (auf 32,3 Mrd EUR) hingegen rückläufig. Im Euroraum waren bei den Krediten an private Haushalte in drei Kreditkategorien Rückgänge zu verzeichnen (Wohnbaukredite $-0,1\%$, Konsumkredite $-0,9\%$ und sonstige Kredite $-1,4\%$).

Stabil positives Einlagenwachstum trotz historisch tiefer Zinssätze

Trotz des weiter anhaltenden historisch geringen Zinsniveaus erhöhte sich das aushaftende Einlagenvolumen österreichischer Nichtbanken im Dezember 2014 im Jahresvergleich um $3,2\%$ auf 312,05 Mrd EUR. Aufgrund des historisch geringen Zinsniveaus und der flachen Zinsstrukturkurve kam es bei

privaten Haushalten weiterhin zu Umschichtungen von gebundenen Einlagen zu täglich fälligen Einlagen. Diese stiegen im Jahresabstand um $12,1\%$ bzw. 10,3 Mrd EUR, während Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist um $-4,5\%$ bzw. $-5,9$ Mrd EUR zurückgingen. Dies kann vor allem mit den gesunkenen Opportunitätskosten für täglich fällige Einlagen begründet werden. So lag der Zinsunterschied (Bestand) im Dezember 2014 zwischen täglich fälligen Einlagen ($0,31\%$) und neu vergebenen Einlagen mit Bindungsfrist bis ein Jahr ($0,46\%$) nur noch bei 15 Basispunkten. Zusätzlich erlaubt dies den privaten Haushalten flexibel auf Änderungen der Veranlagungschancen zu reagieren.

Bauspareinlagen wiesen im Jahr 2014 ein positives Wachstum von $1,5\%$ auf. Ein Grund dafür dürfte neben der Bausparprämie der Zinsvorteil gegenüber langfristig gebundenen Einlagen von anderen Banken sein.

Diesen Entwicklungen steht eine negative Wachstumsrate bei Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen ($-0,6\%$) gegenüber. Anders als private Haushalte bauten Unternehmen vor allem täglich verfügbare Mittel im Ausmaß von 1,5 Mrd EUR ($-3,9\%$) ab, während gebundene Einlagen ($+0,3$ Mrd EUR bzw. $2,4\%$) und Einlagen mit Kündigungsfrist ($+0,8$ Mrd EUR) aufgebaut wurden.

Vergleicht man die Entwicklung mit dem Euroraum, so war wie in Österreich auch dort mit $1,5\%$ ein ähnlicher Anstieg des Einlagenniveaus von Nichtbanken zu verzeichnen. Treiber des Einlagenwachstums im Euroraum waren neben privaten Haushalten ($+2,1\%$) anders als in Österreich allerdings die nichtfinanziellen Unternehmen ($+3,7\%$). Im Vergleich dazu sanken im Euroraum die Einlagen von sonstigen Finanzintermediären um $-2,7\%$.

Ungebrochenes Interesse von privaten Haushalten an Investmentfonds

Das Interesse von privaten Haushalten an Investmentfonds – als alternative Veranlagungsform zu Einlagen – war 2014 ungebrochen und stieg in der zweiten Jahreshälfte noch stark an. Nachdem bereits im Jahr 2013 netto 2,6 Mrd EUR in Investmentzertifikate flossen, haben private Haushalte im Jahr 2014 mit netto 3,3 Mrd EUR noch mehr investiert.

Ein Grund für das nach wie vor große Interesse privater Haushalte an Investmentfonds dürfte die gute Performance, die diese im Jahr 2014 erreichten, sein. Im Schnitt lag die Performance bei 6,7% – besonders hoch

war sie bei Aktienfonds (7,8%) und Rentenfonds (7,0%).

Über 80% aller begebenen Investmentfondsanteile sind den Kategorien Rentenfonds und Mischfonds zu nahezu gleichen Teilen zuzuordnen, nur 14% sind Aktienfonds. Rentenfonds sind zu 89% in festverzinsliche Wertpapiere investiert, während Mischfonds zu 51% Investmentfonds-Anteile und zu 33% Wertpapiere halten.

Im Gegensatz zu Investmentfonds haben die Veranlagungen privater Haushalte in verzinsliche Wertpapiere im Rahmen des Niedrigzinsumfelds an Attraktivität verloren und wurden 2014 im Ausmaß von netto 4,3 Mrd EUR abgebaut.

Banken registrieren geringfügige Belebung der Kreditnachfrage der Unternehmen

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom April 2015

Walter Waschiczek¹

Nach zwölf Jahren wurde mit dem Befragungstermin April 2015 der reguläre Fragebogen für die Umfrage über das Kreditgeschäft erstmals in größerem Umfang adaptiert. Der Fragebogen enthält nun auch Fragen zu den Einflussfaktoren der Veränderung der Kreditbedingungen und zur Veränderung des Anteils von Kreditablehnungen an den Kreditanträgen. Gleichzeitig wurde die Anzahl der österreichischen Teilnehmer an der Umfrage von sieben auf acht Institute ausgeweitet.

Im ersten Quartal 2015 haben die Banken ihre Richtlinien für Kredite an Unternehmen sowie für Konsumkredite an private Haushalte marginal verschärft, die Standards für Wohnbaufinanzierungen blieben konstant. Für das zweite Quartal 2015 erwarten die Umfrageteilnehmer eine weitere geringfügige Straffung der Kreditrichtlinien für Ausleihungen an Unternehmen und Konsumkredite sowie unveränderte Standards für Wohnbaukredite. Die Kreditnachfrage der Unternehmen erhöhte sich nach Einschätzung der Umfrageteilnehmer im ersten Quartal 2015 per saldo leicht; auch nahm die Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnbaukrediten minimal zu, während jene nach Konsumkrediten etwas sank. Für das laufende Quartal erwarten die Banken eine unveränderte Kreditnachfrage der Unternehmen insgesamt (jedoch eine leichte Belebung seitens der kleinen und mittleren Unternehmen, KMUs) und einen geringfügigen Rückgang der Nachfrage der Haushalte nach Wohnbau- und Konsumkrediten.

Im ersten Quartal 2015 blieb die Kreditvergabepolitik der österreichischen Banken gegenüber Unternehmen und privaten Haushalten zurückhaltend, während die Kreditnachfrage der Unternehmen – erstmals seit 2007 – nach Einschätzung der befragten Kreditmanager wieder minimal anzog. Das zeigen die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft vom April 2015.

Nach zwölf Jahren wurde mit dem Befragungstermin April 2015 der Fragebogen für die Umfrage über das Kreditgeschäft erstmals in größerem Umfang adaptiert. Die Änderungen umfassen zusätzliche Fragen zu den Einflussfaktoren der Veränderung der Kreditbedingungen und zur Veränderung des Verhältnisses von Kreditablehnungen zu Kreditanträgen. Darüber hinaus wurde

in den Erläuterungen zum Fragebogen eine Reihe von Begriffen und Definitionen neu gefasst, um mögliche Unklarheiten bei der Beantwortung des Fragebogens sowie bei der Interpretation der Umfrageergebnisse zu reduzieren. Gleichzeitig wurde die Anzahl der österreichischen Teilnehmer an der Umfrage von sieben auf acht Institute ausgeweitet.

Im ersten Quartal 2015 verschärften die Banken ihre *Kreditrichtlinien*² im *Firmenkundengeschäft* marginal, nachdem die Standards in der vorangegangenen Befragungsrunde stabil geblieben waren. Die marginale Verschärfung betraf Ausleihungen an Großbetriebe und Finanzierungen von KMUs gleichermaßen. Als Gründe nannten die befragten Banken neben der Wirtschaftslage und den allgemeinen Konjunkturaussichten so-

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, walter.waschiczek@oenb.at

² Kreditrichtlinien sind die internen Kriterien, die festlegen, welche Art von Krediten eine Bank als wünschenswert erachtet. Sie umfassen sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen Regelungen oder sonstigen Gepflogenheiten in Zusammenhang mit dieser Politik.

wie firmenspezifischen Aspekten (einschließlich Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer) zum einen höhere Eigenkapitalkosten, zum anderen eine geänderte Risikotoleranz. Für das zweite Quartal 2015 erwarten die Umfrageteilnehmer eine weitere geringfügige Straffung der Kreditrichtlinien.

Gleichzeitig wurden im abgelaufenen Quartal auch die *Kreditbedingungen*³ für Unternehmensfinanzierungen insgesamt⁴ minimal verschärft. Sowohl für Kreditnehmer durchschnittlicher Bonität als auch für risikoreichere Engagements wurden die Margen leicht angehoben, zudem wurden die Fristigkeit, Kreditnebenkosten, Sicherheitserfordernisse und Kredithöhe restriktiver gehandhabt; die Zusatz- oder Nebenvereinbarungen blieben unverändert. Erstmals wurden die Banken nach den Einflussfaktoren für die Kreditbedingungen gefragt. Dabei nannten die Interviewpartner vor allem die Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen, in geringerem Umfang auch die Risikotoleranz als Ursache für die leichte Verschärfung.

Neu im Fragebogen war auch die Frage nach der Entwicklung der Relation von Kreditlehnungen und Kreditanträgen (bezogen auf das Volumen der Kreditanträge in der betreffenden Kreditkategorie). Dabei ergab sich im ersten Quartal 2015 per saldo keine Veränderung in Bezug auf Kredite an Unternehmen.

Zum ersten Mal seit 2007 konstatierten die Umfrageteilnehmer im ersten Quartal 2015 per saldo eine – wenn auch sehr geringe – Zunahme der *Kreditnachfrage* der Unternehmen, nachdem in den beiden vorangegangenen Quar-

talen noch ein geringfügiger Nachfragerückgang verzeichnet worden war. Weiterhin kreditnachfragedämpfend wirkte ein geringerer Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen, während der Mittelbedarf für Betriebsmittelfinanzierungen und Unternehmensumstrukturierungen sich positiv auf die Kreditnachfrage auswirkte. Für das laufende Quartal erwarten die Banken insgesamt eine unveränderte Kreditnachfrage der Unternehmen, wobei sie in Bezug auf KMUs von einer geringfügigen Zunahme der Nachfrage ausgehen.

Im *Privatkundengeschäft* blieben die *Kreditrichtlinien* für Wohnbaufinanzierungen im ersten Quartal 2015 konstant, jene für Konsumkredite wurden minimal verschärft. Für das zweite Quartal werden weiterhin stabile Standards für Wohnbaukredite und eine leichte Verschärfung bei den Konsumkrediten erwartet.

Die *Kreditbedingungen* für Wohnbaufinanzierungen wurden insgesamt marginal verschärft. Dies betraf Margen für risikoreichere Engagements sowie die Anforderungen an die Sicherheiten, während die Margen für Kreditnehmer durchschnittlicher Bonität unverändert blieben. Als Einflussfaktoren nannten die Umfrageteilnehmer – ähnlich wie bei den Unternehmenskrediten – Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen sowie die Risikotoleranz. Bei Konsumkrediten wurden die Kreditbedingungen im ersten Quartal 2015 leicht gelockert – sowohl insgesamt als auch die Margen und alle anderen abgefragten Bedingungen, wofür die Banken die Wettbewerbssituation als Ursache nannten.

³ Unter *Kreditbedingungen* sind die speziellen Verpflichtungen zu verstehen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben.

⁴ Erstmals wurden die Umfrageteilnehmer auch um eine Einschätzung der Veränderung der Kreditbedingungen insgesamt ersucht.

Der Anteil der abgelehnten Anträge sank bei Wohnbaukrediten im ersten Quartal 2015 leicht, bei Konsumkrediten stieg er hingegen etwas an.

Wie in der Vorperiode nahm die Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnbaukrediten in der Berichtsperiode minimal zu, während jene nach Konsumkrediten leicht sank. Für das zweite Quartal wird ein geringfügiger Rückgang der Nachfrage sowohl nach Wohnbau- als auch nach Konsumkrediten erwartet.

Die Antworten auf die Zusatzfragen zur Refinanzierungssituation der Banken, die der Fragebogen beim aktuellen Befragungstermin wieder enthielt, deuten auf eine geringfügige Verschlechterung im ersten Quartal 2015 hin. Angesichts des niedrigen Zinsniveaus verschlechterte sich das Aufkommen von längerfristigen Kundeneinlagen geringfügig, aber auch bei der Mittelaufnahme auf dem Geld- und Anleihemarkt berichteten die befragten Institute vereinzelt über Verschlechterungen, während bei

der Verbriefung von Unternehmenskrediten sogar eine leichte Verbesserung registriert wurde.

Schließlich wurden die teilnehmenden Institute über die Effekte des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten⁵ der EZB befragt. Erfragt wurden neben den direkten Effekten auch die indirekten Auswirkungen auf die Finanzlage und die Portfoliostruktur in den letzten sechs Monaten. Einige der befragten Banken gaben an, dass sie ihre Bestände an Staatsanleihen von Euroraumländern in diesem Zeitraum etwas aufgestockt hätten. Auf die Liquidität, Finanzierungsbedingungen (im Wesentlichen im Bereich unbesicherter Bankanleihen) und Ertragslage der befragten Institute hat sich das Programm nur vereinzelt geringfügig ausgewirkt. Auf die Kreditgewährung der befragten Banken hatte, den Angaben der Umfrageteilnehmer zufolge, das erweiterte Ankaufsprogramm bislang keinen Einfluss.

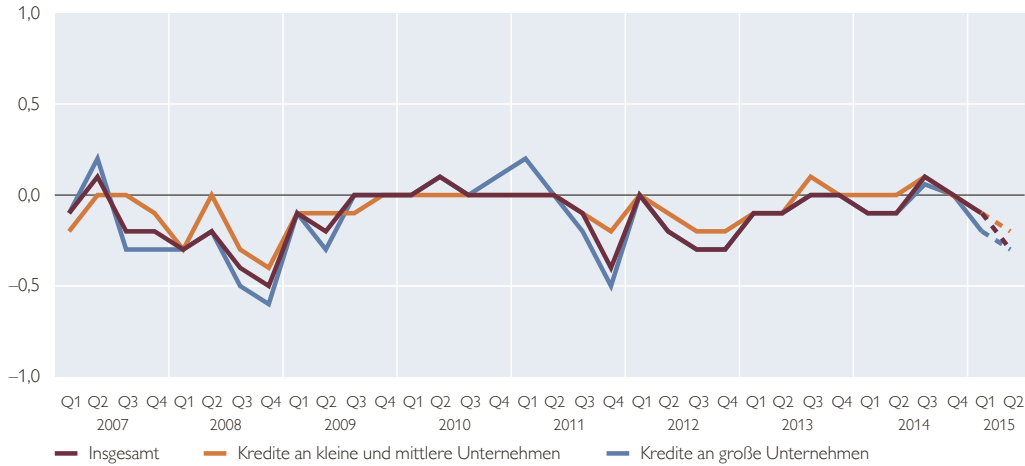
⁵ Dieses Programm umfasst die im September 2014 vom EZB-Rat beschlossenen Ankaufprogramme für Asset-Backed Securities (ABSPP) und gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3) sowie die im Jänner 2015 beschlossenen Ankäufe auf dem Sekundärmarkt von auf Euro lautenden Anleihen, die von Zentralstaaten des Euroraums, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben werden.

Grafik 1

Richtlinien für die Gewährung von Krediten an Unternehmen

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich verschärft / -0,5 = leicht verschärft / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gelockert / 1 = deutlich gelockert



Quelle: OeNB.

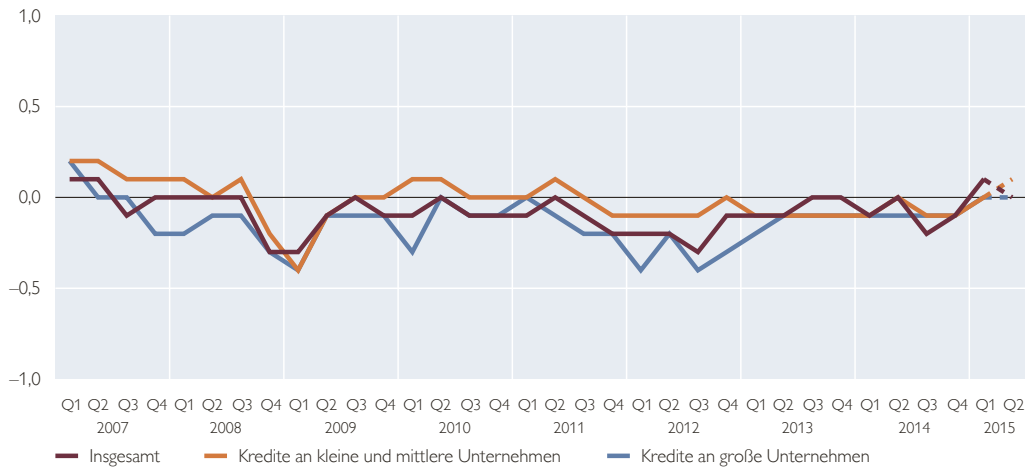
¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Grafik 2

Nachfrage nach Krediten durch Unternehmen

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich verschärft / -0,5 = leicht verschärft / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gelockert / 1 = deutlich gelockert



Quelle: OeNB.

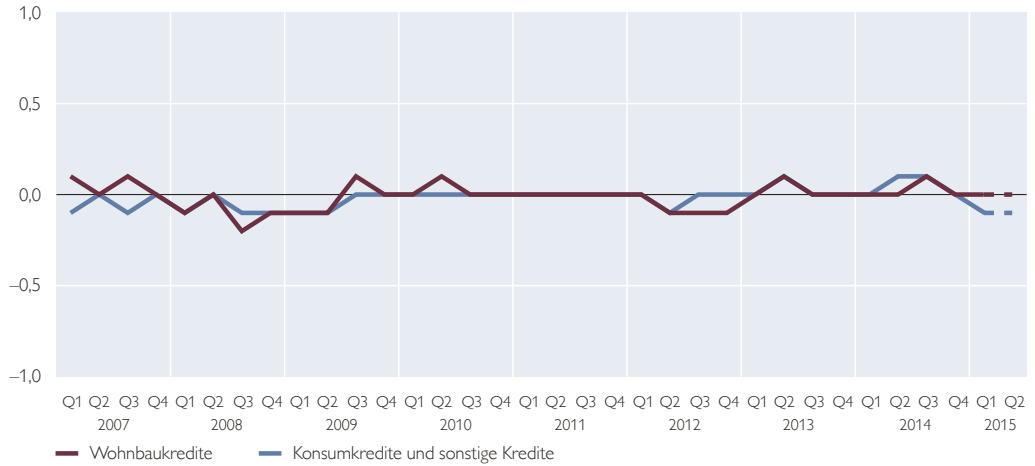
¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Grafik 3

Richtlinien für die Gewährung von Krediten an private Haushalte

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich verschärft / -0,5 = leicht verschärft / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gelockert / 1 = deutlich gelockert



Quelle: OeNB.

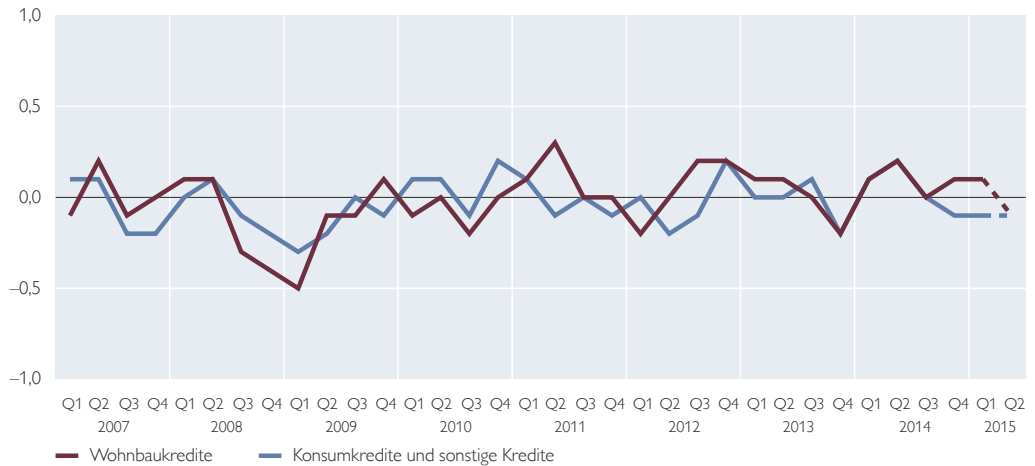
¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Grafik 4

Nachfrage nach Krediten durch private Haushalte

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich verschärft / -0,5 = leicht verschärft / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gelockert / 1 = deutlich gelockert



Quelle: OeNB.

¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Entwicklung der europäischen börsennotierten Konzerne 2013

Die Rentabilität (gemessen an EBIT/ Umsatz) der europäischen nichtfinanziellen börsennotierten Konzerne hat sich zum dritten Mal in Folge leicht reduziert (2013: –0,3 Prozentpunkte auf 7,4% im Durchschnitt). Anders als in den Vorjahren stand die Entwicklung 2013 auch vor dem Hintergrund sinkender Umsätze (–2,6%) und reflektierte damit das negative Umfeld, das sowohl organisches als auch akquisitionsbedingtes Wachstum hemmte. Die Eigenkapitalquote ist im europäischen Durchschnitt, trotz leichtem Rückgang des Eigenkapitals, geringfügig auf 32,2% gestiegen, da auch die Bilanzsumme rückläufig war. Die Analyse basiert auf den Jahresabschlussdaten von nichtfinanziellen börsennotierten Konzernen von insgesamt 8 Ländern (AT, BE, DE, ES, FR, GR, IT und PT).¹

1 Hintergrund und Datenbasis

Die Analyse basiert auf dem Bericht „European non-financial listed groups: analyses of 2013 data“, welcher von der Arbeitsgruppe ERICA (European Records of IFRS Consolidated Accounts) erstellt wurde und auf der

Website der Arbeitsgruppe (www.eccbso.org) abrufbar ist. Mit Hilfe eines einheitlichen IFRS-Bilanzerfassungsschemas werden von den einzelnen Mitgliedsländern (AT, BE, DE, ES, FR, GR, IT und PT) die Jahresabschlussdaten nichtfinanzieller börsennotierter Konzerne erfasst und anschließend Analysen u. a. zu den Themenbereichen Profitabilität und Finanzierungsstruktur aufbereitet.

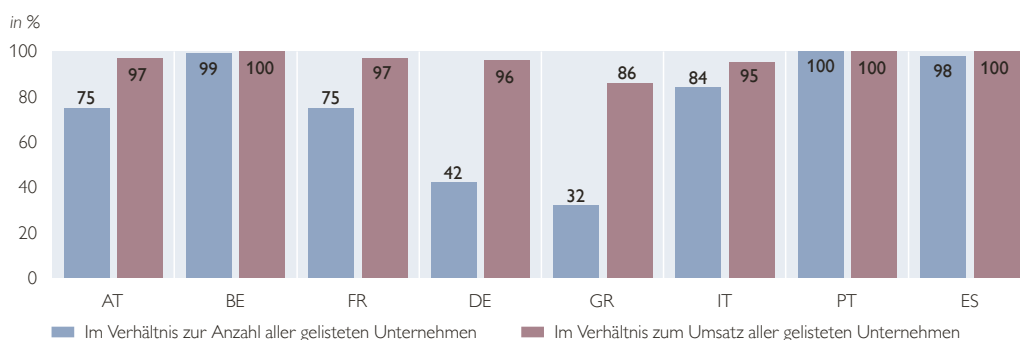
Die ERICA-Datenbank umfasst für das Geschäftsjahr 2013 insgesamt 960 Konzerne mit einem Gesamtumsatz von knapp 4 Billionen EUR und einer addierten Bilanzsumme von 5,8 Billionen EUR.

Der Abdeckungsgrad der in ERICA erfassten Konzerne, gemessen an der Gesamtzahl der gelisteten nichtfinanziellen Konzerne in den jeweiligen Ländern, variiert zwischen 100% (Portugal) und 32% (Griechenland). Zieht man den Umsatz als Vergleichsgröße heran, so liegt der Abdeckungsgrad zwischen 86% und 100%, sodass man von einer soliden Repräsentativität des Samples sprechen kann.

Sabine Wukovits¹

Grafik 1

Abdeckungsgrad ERICA-Datenbank nach Ländern



Quelle: ERICA-Datenbank 2013.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, sabine.wukovits@oenb.at

Tabelle 1

Überblick ERICA-Daten 2013

	Anzahl Konzerne	in %	Umsatz in Mrd EUR	in %	Bilanz- summe in Mrd EUR	in %
Länder						
Österreich	44	4,6	110,2	2,8	137,8	2,4
Belgien	76	7,9	131,6	3,3	211,2	3,6
Frankreich	315	32,8	1.400,1	35,3	2.134,4	36,8
Deutschland	202	21,0	1.424,4	35,9	1.807,3	31,1
Griechenland	49	5,1	47,4	1,2	67,6	1,2
Italien	134	14,0	320,5	8,1	529,0	9,1
Portugal	37	3,9	72,5	1,8	115,9	2,0
Spanien	106	11,0	385,9	9,7	720,3	12,4
Sektoren						
1. Industrie	434	45,2	2.017,0	50,8	2.718,6	46,8
2. Energie	48	5,0	748,3	18,8	1.366,3	23,5
3. Bausektor	50	5,2	187,7	4,7	295,5	5,1
4. Dienstleistungen	422	44,0	1.014,0	25,5	1.418,9	24,4
5. Nicht klassifiziert	6	0,6	2,8	0,1	4,3	0,1
Unternehmensgröße (Umsatz)						
1. Keine Gruppen (<250 Mio)	437	45,5	42,4	1,1	106,3	1,8
2. Mittlere Gruppen (250 Mio–1,5 Mrd)	282	29,4	193,3	4,9	324,0	5,6
3. Große Gruppen (>1,5 Mrd)	241	25,1	3.734,1	94,1	5.373,4	92,6
Total	960	100,0	3.969,8	100,0	5.803,6	100,0

Quelle: ERICA-Datenbank 2013.

Die Verteilung auf die partizipierenden Mitgliedsländer, gegliedert nach Branchen und Betriebsgrößen, zeigt folgendes Bild:

Der Einfluss von Deutschland und Frankreich auf den aggregierten Datensatz ist sehr stark; rund 54 % der Konzerne bzw. rund 70 % des aggregierten Umsatzes entfallen auf die beiden Länder. Dominant ist der Einfluss von großen Konzernen, die über 90 % von Umsatz und Bilanzsumme beherrschen. Nach Branchen segmentiert ist der industrielle Sektor am stärksten vertreten (rund 50 % des Umsatzes).

Hinsichtlich sektoraler Verteilung zeigt sich für die partizipierenden Länder ein unterschiedliches Bild, wobei

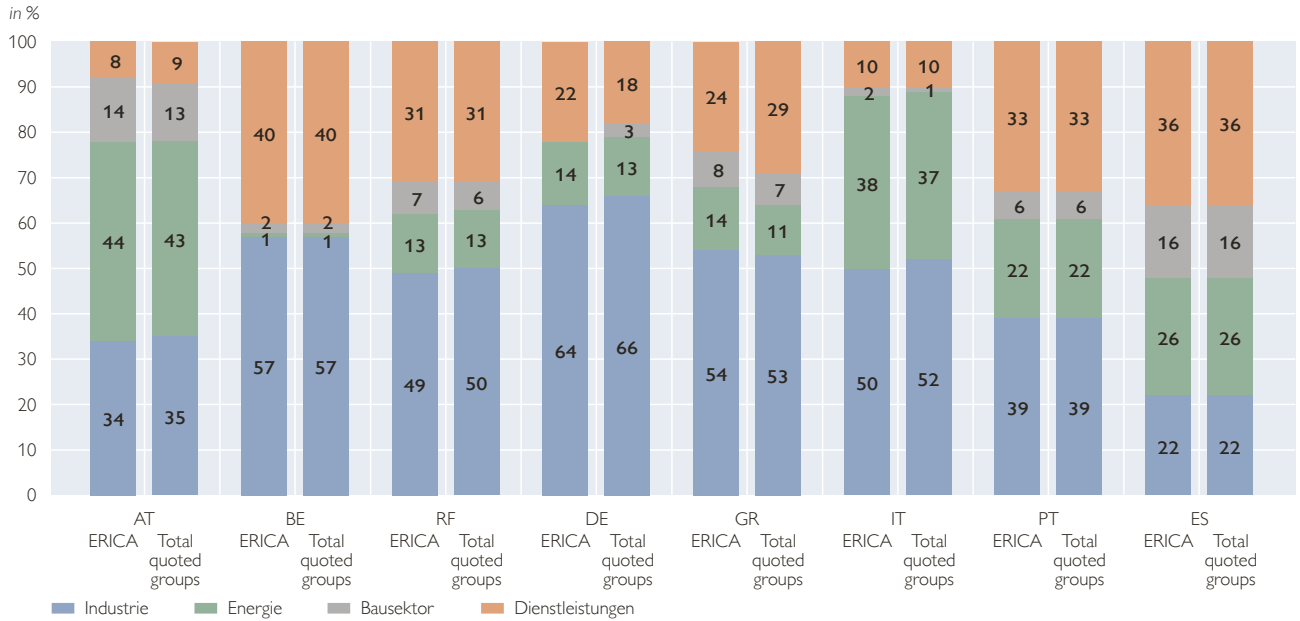
bei den meisten Ländern der industrielle Sektor am stärksten ausgeprägt ist.

Im Datensatz der österreichischen börsennotierten Konzerne ist durch die OMV AG, die mit 42,4 Mrd EUR Umsatz 2013 alleine 38 % des Gesamtsamples ausmacht, eine starke Konzentration auf den Energiesektor² gegeben. Auch der Bausektor ist durch die Dominanz der STRABAG (12,5 Mrd EUR Umsatz im Jahr 2013) vergleichsweise stark ausgeprägt. Die größten Player im industriellen Sektor sind Andritz AG, AGRANA, Lenzing AG und Wienerberger. Im Sektor Dienstleistungen sind v. a. die Telekom Austria und die Österreichische Post zu nennen.

² Gemäß Sektorzuteilung der ERICA-Arbeitsgruppe ist die Branche mit dem NACE 06100 (Gewinnung von Erdöl und Erdgas) dem Sektor Energie zugeordnet.

Grafik 2

Sektorale Verteilung nach Ländern



Quelle: ERICA-Datenbank 2013.

2 Wirtschaftliche Entwicklung der börsennotierten Konzerne 2013

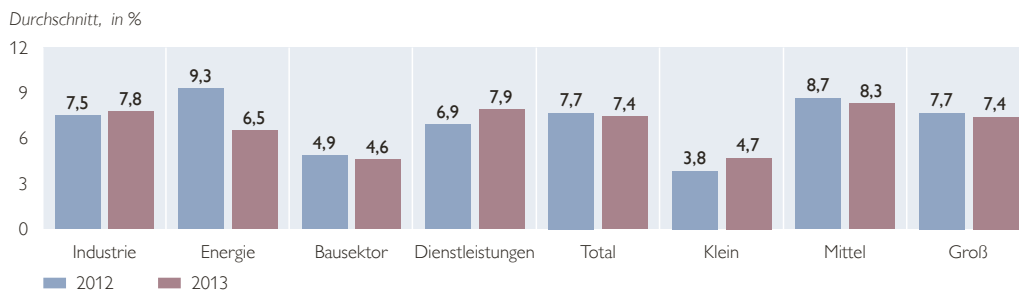
2.1 Entwicklung der Ertragskraft der börsennotierten Konzerne

Sowohl Betriebsergebnis als auch Vorsteuerergebnis zeigten 2013 nochmals einen deutlichen Rückgang (-7% bzw. -9%) und dämpften weiter die Profitabilität der europäischen Konzerne.

Während in den Vorjahren noch stets Umsatzzuwächse generiert werden konnten, waren die europäischen Konzerne 2013 zusätzlich auch mit sinkenden Umsätzen konfrontiert (-2,6%). Diese Entwicklung reflektiert das negative Umfeld, das sowohl organisches als auch akquisitionsbedingtes Wachstum hemmte.

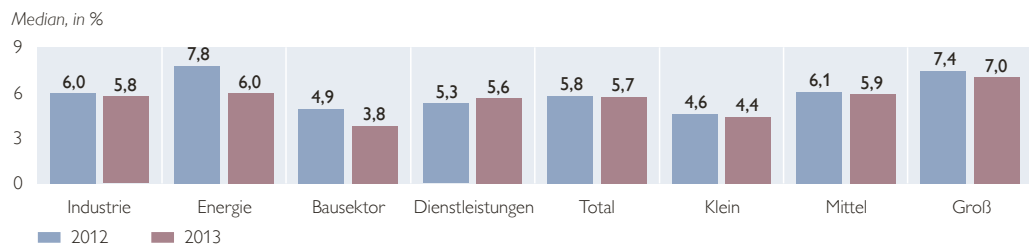
Grafik 3

Betriebsrenditen¹ nach Sektoren und Größe



Quelle: ERICA-Datenbank 2013.

¹ EBIT/Umsatz.

Betriebsrenditen¹ nach Sektoren und Größe

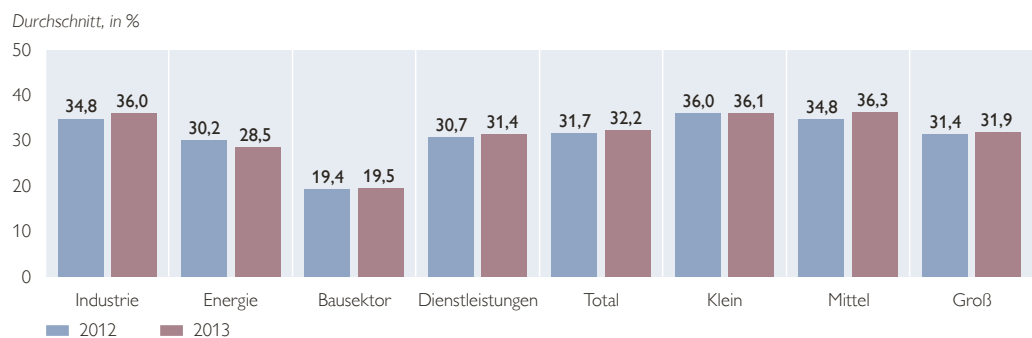
Quelle: ERICA-Datenbank 2013.

¹ EBIT/Umsatz.

Die Betriebsrenditen der beobachteten Konzerne reduzierten sich somit vor dem Hintergrund sinkender Umsätze und sinkender Ergebnisse leicht von durchschnittlich 7,7% auf 7,4%. Der Median (d. h. der von der Größe und Relevanz einzelner Gruppen nicht verzerrte Wert) lag bei 5,7% (-0,1 Prozentpunkte). Betroffen waren alle Branchen mit Ausnahme des Sektors Dienstleistungen, insbesondere jedoch der Energiesektor. In Letzterem ist die Abweichung zwischen gewichtetem Durchschnitt und Median besonders stark ausgeprägt, da einzelne große Energiekonzerne 2013 eine sehr schwache Performance aufwiesen und den gewichteten Durchschnitt entsprechend beeinflussten.

2.2 Entwicklung des Eigenkapitals der börsennotierten Konzerne

Während in den Vorjahren das Eigenkapital der europäischen Konzerne stets absolute Zuwächse verzeichnen konnte – wenn 2012 auch nur mehr in geringem Ausmaß von unter 1% – so war das Jahr 2013 von einem leichten Rückgang des Eigenkapitals i. H. v. -0,8% gekennzeichnet. Den stärksten Rückgang musste einmal mehr der Bausektor hinnehmen (-6,5%), während einzig im Industriesektor ein leichter Anstieg von 1,6% zu beobachten war. Bezogen auf die Unternehmensgröße waren entgegen dem Vorjahr auch die großen Konzerne von einem leichten Rückgang des Eigenkapitals betroffen.

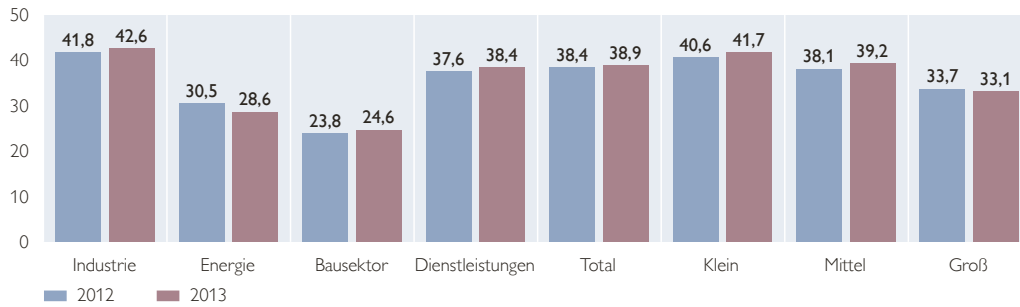
Eigenkapitalquoten nach Sektoren und Größe

Quelle: ERICA-Datenbank 2013.

Grafik 6

Eigenkapitalquoten nach Sektoren und Größe

Median, in %



Quelle: ERICA-Datenbank 2013.

Die Eigenkapitalquote stieg vor dem Hintergrund einer ebenfalls gesunkenen Bilanzsumme um 0,5 % auf durchschnittlich 32,2%. Lediglich der Sektor Energie verlor gegenüber dem Vorjahr 1,7 Prozentpunkte. Der Unterschied der Eigenkapitalquoten zwischen den Sektoren war signifikant.

Während im Industriebereich die durchschnittliche Eigenkapitalquote bei 36% lag, betrug sie im Sektor Baugewerbe nur 19,5%. Zudem wiesen die großen Konzerne im Vergleich zu den kleinen und mittleren Gruppen deutlich niedrigere Eigenkapitalquoten auf.

Tourismus stabilisiert Österreichs Leistungsbilanz – Zahlungsbilanz 2014

Michael Andreasch,
René Dell'mour,
Patricia Walter,
Bianca Ullly¹

Trotz geringen Wachstums sowie einer schwachen Entwicklung des Welthandels war Österreichs Leistungsbilanz im Jahr 2014 weiterhin mit 2,6 Mrd EUR oder knapp 1% des BIP im Plus. Der Überschuss zeigt jedoch im Verlauf der Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise einen rückläufigen Trend. Einem gestiegenen Güterdefizit und einem gesunkenen Überschuss aus unternehmensbezogenen Dienstleistungen stand 2014 neuerlich ein sehr gutes Ergebnis der Reiseverkehrsbilanz gegenüber. Der Reiseverkehr erwies sich für die heimische Außenwirtschaft als ausgesprochener Stabilitätsanker: 25 Millionen Gästeankünfte aus dem Ausland bedeuteten zum fünften Mal in Folge einen neuen Rekordwert; die Reiseverkehrsbilanz verzeichnete mit 7,4 Mrd EUR die zweithöchsten jemals registrierten Nettoeinnahmen. Der Export unternehmensbezogener Dienstleistungen nach China und in andere Schwellenländer übertraf bemerkenswerterweise jenen in klassische Überseemärkte. Besonders erfolgreich ist der Transfer von technologischem Know-how, der laut OECD-Definition ein Volumen von 10 Mrd EUR erreichte. Der Kapitalverkehr mit dem Ausland stagnierte 2014 weiterhin auf geringem Niveau. Internationale Finanzforderungen wie auch Verpflichtungen zeigten sogar einen geringfügigen Rückzug der Investoren. Österreichs Direktinvestoren veranlagten mit 5,8 Mrd EUR das geringste Volumen im Ausland, das seit 2001 verzeichnet wurde. Erstmals wurde netto Eigenkapital aus internationalen Beteiligungen abgezogen, woraus zu schließen ist, dass Österreichs Direktinvestoren ihre Beteiligungen derzeit konsolidieren. Heimische Staatsanleihen waren – vor allem im Ausland – trotz historisch geringer Verzinsung gefragt. Internationale Gläubiger hielten zu Jahresende Forderungen von rund 180 Mrd EUR (Nominalwert). Mehr als die Hälfte davon entfiel auf den Euroraum.

Leistungsbilanz auch 2014 positiv

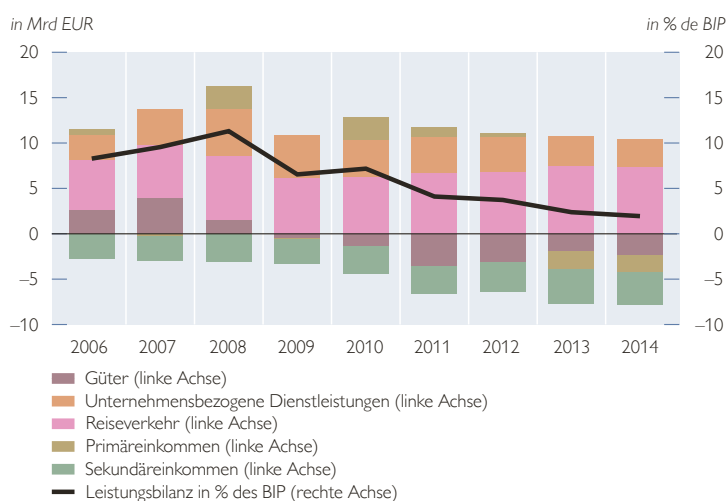
Das Jahr 2014 stand unter dem Eindruck einer nur mäßigen Expansion der Weltwirtschaft wie auch des Welthandelsvolumens. Unter diesen Rahmen-

bedingungen erzielte die heimische Außenwirtschaft dennoch ein positives Ergebnis: Die Leistungsbilanz verzeichnete ein Plus von 2,6 Mrd EUR oder knapp 1% des BIP. Das ist nur geringfügig weniger als im Jahr davor. Das Defizit aus dem Güterhandel erhöhte sich (-2,3 Mrd EUR) und der Überschuss aus den begleitenden, unternehmensbezogenen Dienstleistungen nahm ab (3 Mrd EUR). Stabilisierender Faktor war der Reiseverkehr, dessen Einnahmenüberschuss über der Marke von 7 Mrd EUR blieb. Das gesamte Defizit aus Einkommen und Transfers blieb annähernd unverändert (-6 Mrd EUR).

Österreich ist eines von zehn EU-Ländern, das nach Auffassung der EU-Kommission keine wirtschaftlichen Ungleichgewichte aufweist. Die Entwicklung der Leistungsbilanz mit einem moderaten Plus und einer entsprechend ausgeglichenen Nettovermögensposition wird als stabil eingestuft.

Grafik 1

Zusammensetzung der Leistungsbilanz



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Montärstatistiken, michael.andreasch@oenb.at, rene.dellmour@oenb.at, patricia.walter@oenb.at, bianca.ully@oenb.at

Jedoch gibt der Verlust von Weltmarktanteilen im Export Anlass, die bestehenden Strukturen im Außenhandel zu prüfen. Da Österreich über eine ausgeprägte internationale Handelsverflechtung verfügt, ist es besonders von den aktuellen geopolitischen Spannungen betroffen. Profitiert werden kann von den engen Lieferverflechtungen mit Deutschland und Zentraleuropa sowie von der hohen Qualität und dem Servicegehalt der heimischen Produkte. Im internationalen Vergleich (Innovationsranking von Bloomberg) wird Österreich eine gute Position im Innovationsgehalt der Fertigungs- bzw. Produktionsprozesse (Rang 5) und in den staatlichen F&E-Ausgaben (Rang 9) bestätigt. Damit liegt Österreich nur hinter Ländern wie der Schweiz und Deutschland und noch vor den USA. Aufholpotenzial hat Österreich beim Anteil von Hightech-Firmen (Rang 36), bei der Forscherdichte (Rang 12) und bei der Bildung (Rang 26).

Anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse ermöglichten Österreich den

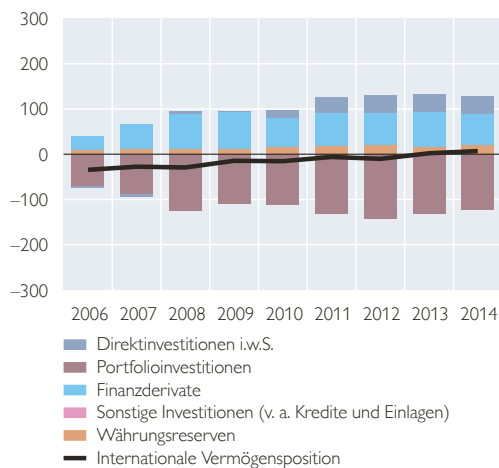
fortlaufenden Abbau seiner Nettoverpflichtungen im Ausland. Im Jahr 2013 konnte erstmals ein geringer Überschuss der Internationale Vermögensposition (IVP) erzielt werden. Im Jahr 2014 lag das Nettovermögen bereits bei +7 Mrd EUR oder 2% des BIP. Auf beiden Seiten der Bilanz – Aktiva und Passiva – betragen die Finanzbestände mehr als 850 Mrd EUR. Österreichs internationale Finanzanlagen zeigen Überschüsse im Kredit- und Einlagengeschäft (+69 Mrd EUR) sowie bei Direktinvestitionen (+40 Mrd EUR). Nettoverpflichtungen ergeben sich im internationalen Wertpapiergeschäft (–123 Mrd EUR). Der Staat finanziert sich überwiegend im Ausland und bestimmt daher die Entwicklung der österreichischen Finanzpassiva. Auch die nichtfinanziellen Unternehmen sind per saldo im Ausland verschuldet, die Nettoverpflichtungen sinken jedoch. Investmentfonds, Versicherungen und Pensionskassen („Sonstige Finanzinstitute“) halten die höchsten Auslandsforderungen.

Grafik 2

Entwicklung der Internationalen Vermögensposition

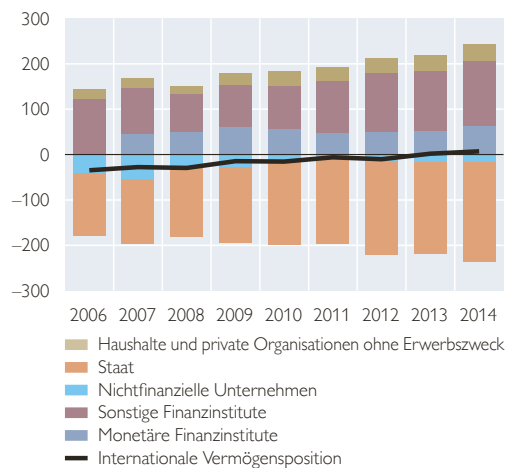
Instrumente

Salden in Mrd EUR



Sektoren

Salden in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Bis 2012 verfügbare Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

Exportaufschwung lässt noch auf sich warten

Kasten 1

Außenwirtschaft erfassen heißt Wertschöpfung messen

Der Güterhandel wird in der Zahlungsbilanz anders dargestellt als in der konventionellen Außenhandelsstatistik: In der Zahlungsbilanz geht es um den Eigentumsübergang, nicht um den Grenzübertritt. Die Ein- und Ausfuhr von Waren wird nur mehr dann erfasst, wenn der

Eigentümer wechselt und deshalb in Österreich Erlöse (Export) oder Aufwendungen (Import) daraus anfallen. Ein- und Ausfuhr nur zum Zweck der Weiterverarbeitung im Ausland (ohne Eigentumswechsel) werden nicht mehr als Güterhandel, sondern als Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland erfasst. Güter, die durch diese Globalisierung der Produktion weltweit erworben (Import), im Ausland weiterverarbeitet und von dort verkauft werden (Export), ohne die österreichische Grenze zu passieren, werden zusätzlich berücksichtigt. Ein Beispiel: Ein österreichisches Unternehmen in der Keramikindustrie lässt Produkte in Rumänien verarbeiten (Dienstleistungsimport). Dazu kauft es Rohstoffe in Ungarn ein (Güterimport), die nach Rumänien verbracht werden. Nach der Weiterverarbeitung werden die Waren in das Vereinigte Königreich geliefert, wo die österreichische Firma eine Zweigstelle hat. Dort erhält das Produkt das firmentypische Logo und wird um ein Vielfaches des ursprünglichen Werts an die Kunden verkauft (Güterexport).

Konzeptionelle Unterschiede zwischen Außenhandelsstatistik und Zahlungsbilanz

- Warenverkehr im engeren Sinn
- + Lohnveredelung im Ausland
- + Lohnveredelung im Inland
- + Hafendienste
- Warenverkehr gemäß Außenhandelsstatistik
- Lohnveredelung im Ausland
- Lohnveredelung im Inland
- Cif/fob Korrektur
- Korrektur um EU-Zollgebühren
- Korrektur um ausländische Unternehmenseinheiten
- +/- Korrektur im Rahmen der Input/Output-Analyse
- + Warenverkehr ohne Grenzübertritt
- + Illegaler Warenverkehr
- + Hilfslieferungen
- + Wertvolle Güter im Reiseverkehr
- + Transithandelsströme
- + Nichtmonetäres Gold
- Güterbilanz gemäß Zahlungsbilanzstatistik

Quelle: OeNB.

Tabelle 1

Die wichtigsten Ziel- und Herkunftsländer im Güterhandel 2014

Export				Import			
Rang	Land	in Mio EUR	Anteil in %	Rang	Land	in Mio EUR	Anteil in %
1	Deutschland	36.994	29,9	1	Deutschland	47.888	38,0
2	Italien	7.932	6,4	2	Italien	7.837	6,2
3	USA	6.923	5,6	3	China	6.262	5,0
4	Schweiz	5.264	4,3	4	Tschechische Republik	4.990	4,0
5	Frankreich	4.638	3,7	5	Schweiz	4.746	3,8
6	Tschechische Republik	3.937	3,2	6	Ungarn	3.606	2,9
7	Vereinigtes Königreich	3.937	3,2	7	Frankreich	3.543	2,8
8	Ungarn	3.936	3,2	8	Niederlande	3.439	2,7
9	Schweden	3.386	2,7	9	USA	3.102	2,5
10	Polen	3.281	2,7	10	Belgien	3.071	2,4
11	China	3.218	2,6	17	Russische Föderation	1.871	1,5
12	Russische Föderation	2.865	2,3				
	Insgesamt	123.723			Insgesamt	126.070	

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Provisorische Daten. Pfeile zeigen die Entwicklung seit 2007, wenn die Veränderung mehr als drei Ränge betrifft.

Im Jahr 2014 exportierten österreichische Unternehmen in Summe Güter im Wert von 123,7 Mrd EUR. Das ist nur ein schwaches Plus von einem halben Prozent gegenüber dem Jahr davor, in dem die Exporte zurückgegangen waren und wovon sie sich nur geringfügig erholt haben. Die Exportquote fiel auf rund 37½ % und damit auf das Niveau des Jahres 2010 zurück. Während die Güterexporte in die übrigen Mitgliedstaaten der EU die Einbußen des Jahres 2013 wieder wettmachen konnten, waren jene in Drittstaaten das zweite Jahr in Folge rückläufig. Das betraf vor allem die Wirtschaftsbeziehungen mit der Russischen Föderation, aber auch die Exporte in Schwellenländer, allen voran die Türkei. China – dessen Expansion weiter voranschritt – rückte auf Rang 11 der Zielländer vor und überholte somit die Russische Föderation, die aus den Top-10-Destina-

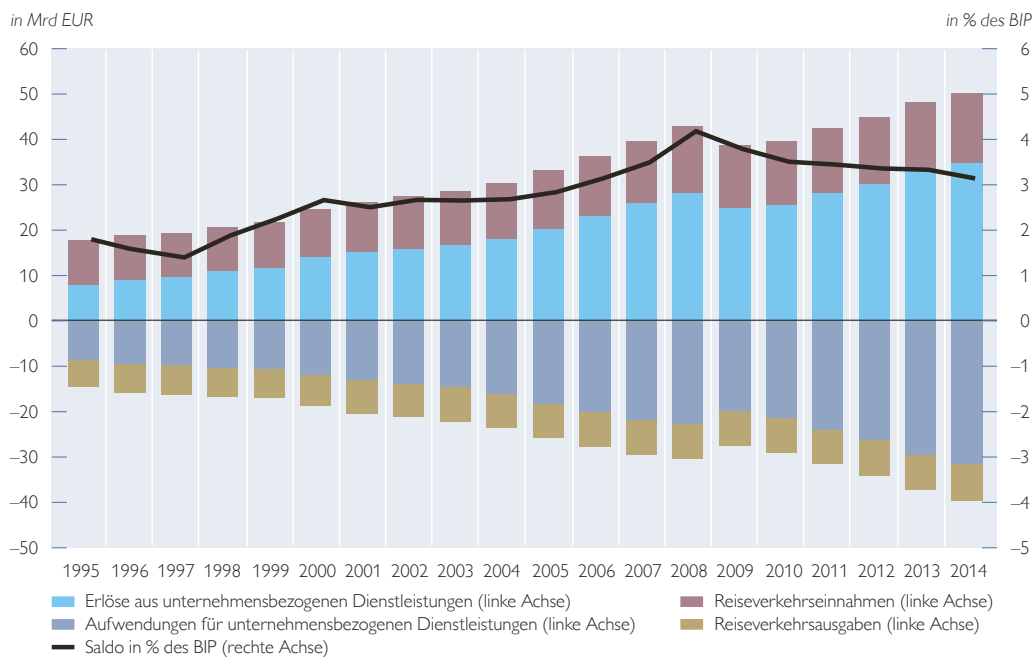
tionen auf den 12. Rang zurückfiel. Die Güterimporte entwickelten sich ähnlich mäßig wie die Exporte, da viele Vorleistungen für den Export im Ausland bezogen werden (+0,8%). Außerdem schlugen die aktuellen geopolitischen Spannungen wie auch der niedrige Erdölpreis in rückläufigen Einfuhren aus Russland zu Buche. Im Vergleich zu den Ausfuhren sanken die Einfuhren aus dem Partnerland um rund das Dreifache.

Dienstleistungsbilanz neuerlich über der Marke von 10 Mrd EUR

Die Expansionsrate des Dienstleistungsexports hat sich im Jahr 2014 ebenfalls verlangsamt, blieb aber im Vergleich zu den Gütern mit einem Plus von 4,6% auf 50,5 Mrd EUR robust. Das geht vor allem auf das breite Spektrum unternehmensbezogener Dienstleistungen zurück – Transport, technische Dienst-

Grafik 3

Erlöse und Aufwendungen aus dem Dienstleistungsverkehr



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

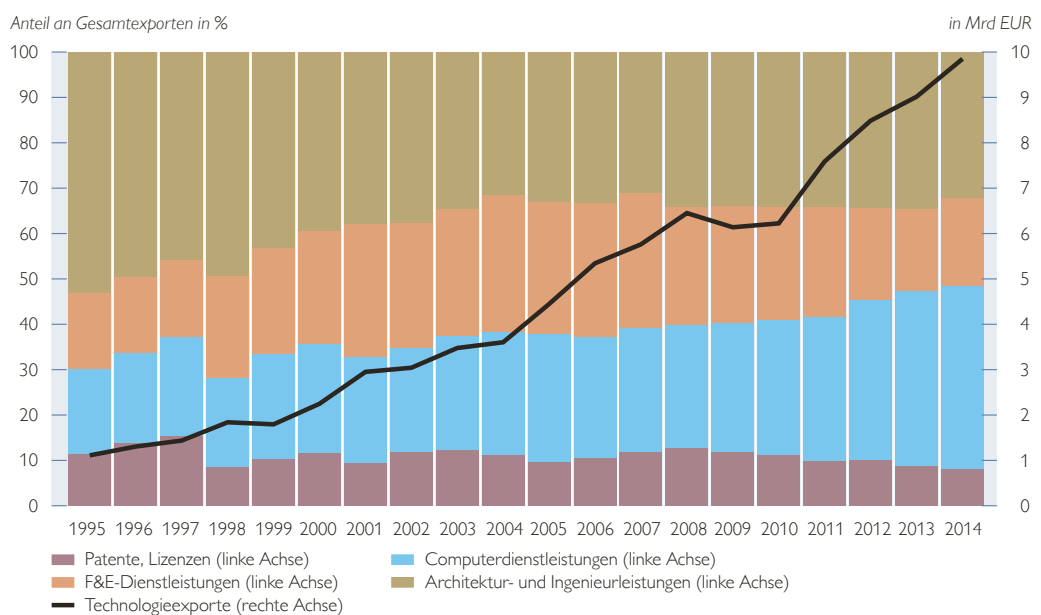
leistungen, Beratungsleistungen, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen, traditionelle Dienstleistungsarten (Lohnveredelung, Bau, Handel). Setzt man das Jahr 2008, in dem die Außenwirtschaft einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte, als Vergleichsmaßstab, haben die Exporte von Gütern seitdem nicht mehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückgefunden (+1,1% pro Jahr). Demgegenüber wuchsen die Exporte von unternehmensbezogenen Dienstleistungen deutlich (+4,3%) und auch die Reiseverkehrseinnahmen entwickelten sich trotz weltweiter Konkurrenz kräftiger (+1,8%). Die gesamte Dienstleistungsbilanz erbrachte im Jahr 2014 einen markanten Einnahmenüberschuss in Höhe von 10,4 Mrd EUR oder 3,1% des BIP. Dennoch ist der Trend mittelfristig rückläufig. Vor allem die Importe ausländischer Anbieter unternehmensbezogener Dienstleistungen erhöhen sich, was die Wettbewerbssituation der heimischen Anbie-

ter verschlechtert. Im Jahr 2014 war zudem zu beobachten, dass die Nachfrage nach ausländischen Feriendestinationen zugenommen hat.

Die Einnahmen aus unternehmensbezogenen Dienstleistungen waren im Jahr 2014 mit rund 35 Mrd EUR mehr als doppelt so hoch wie jene aus dem Reiserverkehr. Die Exportquote betrug 10,6% und erreichte damit den höchsten bislang gemessenen Wert. Die Nachfrage aus der EU, aber auch aus Drittstaaten, ist im vergangenen Jahr robust gewachsen. Zu den treibenden Dienstleistungsbeziehungen zählten jene mit Deutschland, dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, China und der Türkei. China kletterte im Vergleich zum Jahr davor vom 20. auf den 16. Rang, die Türkei sogar auf den 15. Platz. In Summe haben die Erlöse aus Schwellenländern jene aus den klassischen Überseedestinationen (einschließlich der USA) inzwischen überholt. Die Expansion der Importe unter-

Grafik 4

„Technologische Zahlungsbilanz“



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

nehmensbezogener Dienstleistungen übertraf jedoch neuerlich jene der Exporte, was auf die Bilanz drückte. In der Rangfolge der Herkunftsländer gewannen vor allem Ungarn, die USA und die Slowakei.

Was den Austausch technologischen Know-hows bzw. technologiebezogener Dienstleistungen betrifft, war Österreich im Jahr 2014 mit 3,7 Mrd EUR Nettoexporteur. Mit 1,1 % im Verhältnis zum BIP rangiert Österreich damit vor Ländern wie Finnland, Deutschland und Japan. Die Einnahmen aus dem Transfer technologiebezogenen Know-hows beliefen sich brutto – laut Definition der OECD – auf knapp 10 Mrd EUR. Zum Vergleich, das ist mehr als der gesamte Export von Gütern nach Italien. Die am schnellsten wachsende Exportkategorie sind Computerdienstleistungen (Hardware- und Softwareberatung, Entwicklung von Betriebssystemen, kundenspezifische Software, Software-Downloads, Datenbankdienste), die damit jene von Architekten und Ingenieuren als wichtigsten Technologiezweig abgelöst haben. Das Auslandsangebot von Forschungs- und Entwicklungsleistungen ist zwar langfristig ebenfalls dynamisch gewachsen, hat aber im Zuge der Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise an Bedeutung eingebüßt. Abgesehen von der IT-Branche stellt die Industrie in Österreich den dominierenden Wirtschaftszweig im internationalen Austausch technologischen Know-hows dar. Spitzenreiter ist die Elektronikindustrie, gefolgt vom Maschinenbau. In regionaler Betrachtung stellt Österreich per saldo technologiebezogenes Wissen für Deutsch-

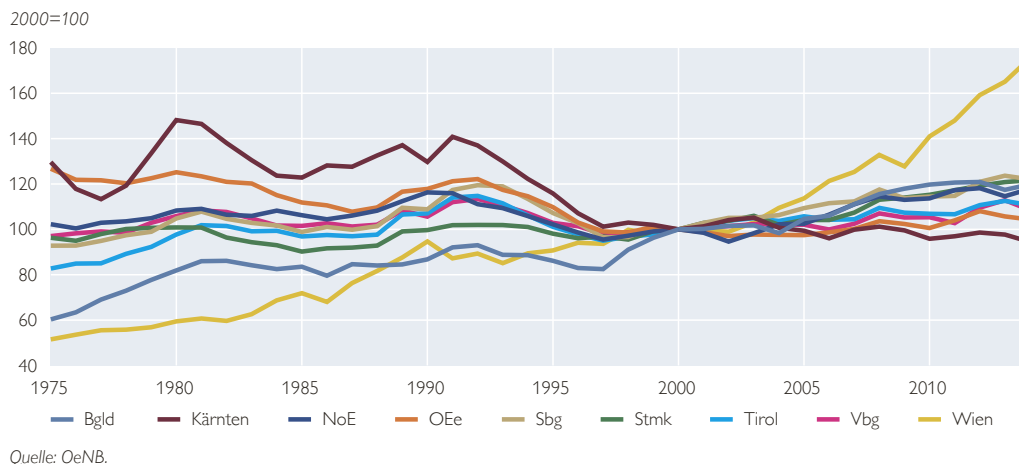
land, die Schweiz, Russland und China zur Verfügung. Umgekehrt wird per saldo technologisches Know-how aus dem angloamerikanischen Raum genutzt.

Neue Rekordwerte im Reiseverkehr

Trotz eines wirtschaftlich instabilen Umfelds verzeichnete die österreichische Tourismuswirtschaft im Jahr 2014 ein recht erfreuliches Ergebnis: Mit mehr als 25 Millionen Ankünften ausländischer Gäste konnte zum fünften Mal in ununterbrochener Reihenfolge ein neuer Rekordwert erzielt werden. Bei den Ausländernächtigungen hingegen verzeichnete Statistik Austria im Berichtsjahr 2014 mit 96,2 Millionen Nächtigungen ein leichtes Minus (–0,6%). Die Anzahl der Übernachtungen von Inländern war 2014 ebenfalls rückläufig (–0,2%). Mit 131,9 Millionen Nächtigungen erbrachte das Kalenderjahr 2014 dennoch das zweitbeste Nächtigungsergebnis der Geschichte. Die gegenläufige Entwicklung von Ankünften und Nächtigungen von Ausländern impliziert, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer weiter gesunken ist. Mit 3,8 Nächtigungen pro Ankunft hat sie 2014 einen historischen Tiefpunkt erreicht.² Der Weltmarktanteil Österreichs ist langfristig rückläufig, was angesichts einer stetig wachsenden Zahl von Wettbewerbern und mittelfristig sinkender Transportkosten nicht überrascht. 2014 betrug das Wachstum der Anzahl von Ankünften ausländischer Gäste nur 1,9%, sodass Österreich – dem langfristigen Trend entsprechend – weiter Weltmarktanteile verloren

² Um Missverständnisse zu vermeiden, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei dieser „durchschnittlichen Aufenthaltsdauer“ nicht um die durchschnittliche Dauer des Aufenthalts in Österreich handelt, sondern nur um die Dauer des Aufenthalts in ein und derselben Unterkunft gemeint ist. Es liegt nahe, dass damit auch eine rückläufige durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Österreich verbunden ist. Wie diese beiden Größen aber genau zusammenhängen, ist nicht bekannt.

Ausländernächtigungen nach Bundesland



hat. Mit 2,2% erreichte dieser einen Tiefpunkt.³

Unter den neun österreichischen Bundesländern spielen zwei Bundesländer eine herausragende Rolle für den Ausländertourismus: Tirol und Salzburg – mit Nächtigungsanteilen, die über mehrere Jahrzehnte sehr stabil bei 42% bis 44% bzw. bei 18% bis 20% liegen – vereinen deutlich mehr als die Hälfte der Nächtigungen auf sich. Verlierer ist Kärnten, dessen Marktanteil von mehr als 12% auf weniger als 8% gesunken ist. Als Sieger ist Wien hervorzuheben: Vom fünften Platz im Jahr 1991 mit einem Nächtigungsanteil von 5,9% ist Wien mittlerweile auf den dritten Rang vorgerückt und zieht nun 11,5% der Ausländernächtigungen auf sich. Beliebt bei ausländischen Gästen ist auch Vorarlberg (Anteil bei 8%), während die Steiermark, Ober- und Niederösterreich sowie das Burgenland mehr auf den inländischen Gast setzen. Auch im Berichtsjahr setzten sich diese Trends in der Tendenz fort. Kärnten hat auch 2014 knapp hinter Vorarlberg mit einem Rückgang um 4% besonders

schlecht abgeschnitten, während sich Wien (und in schwächerem Maße auch die Steiermark und Niederösterreich) gegen den Trend stemmen konnte und 6,3% zulegte. Das gute Ergebnis Wiens, wo mehr als 11 Millionen Ausländernächtigungen gezählt wurden, ist Ausdruck einer wachsenden Attraktivität des Städtetourismus, der ja auch den Kongresstourismus umfasst, wo Wien hervorragend positioniert ist. In den vergangenen zwei Dekaden ist die Bedeutung des Städtetourismus von 9,5% auf 16,1% gestiegen – ausgedrückt in Nächtigungszahlen von 9,1 auf 15,5 Millionen Nächtigungen. Ganz entscheidend wird dieser Trend von der Entwicklung Wiens beeinflusst, was sich in seinem wachsenden Anteil innerhalb des Städtetourismus (von 64% im Jahr 1994 auf 71,2% im Berichtsjahr) ableiten lässt.

Ein weiterer langfristiger Trend, der auch für die Entwicklung der Leistungsbilanz von Bedeutung ist, betrifft die wachsenden Qualitätsansprüche: Bei insgesamt leicht sinkenden Ausländernächtigungszahlen konnten im Be-

³ Vor 50 Jahren lag der Marktanteil noch bei 6% bis 7%, seit 1996 liegt er regelmäßig unter 3%.

reich der Hotels nur diejenigen der 4- und 5-Sterne-Kategorie zulegen. Die gewerblich geführten Ferienwohnungen verdrängen die Privatzimmer und – als durchaus positiver Indikator für künftige Entwicklungen – die Nächtigungen in Jugendherbergen haben zugenommen. Eine etwas längerfristige Betrachtung macht die Tendenzen deutlich ersichtlich: Der Anteil der Übernachtungen in Hotels der besten Kategorie ist innerhalb von 15 Jahren von 27% auf 35% gestiegen. Eine Betrachtung nach den Herkunftsländern zeigt, dass der dominierende Einfluss deutscher Gäste gleichsam eine Konstante im heimischen Tourismus darstellt: Die Anzahl der Nächtigungen deutscher Gäste in Österreich ging im Berichtsjahr um 1,3 Millionen (–2,6%) zurück; das ist mehr als das Doppelte des Gesamtverlusts von rund 640.000 Nächtigungen. Das manchmal sogar zweistellige Wachstum in einer Vielzahl von Herkunftsmärkten konnte diesen Verlust nicht wettmachen. Größere Ausweitungen – um mehr als 100.000 Nächtigungen – verzeichnet

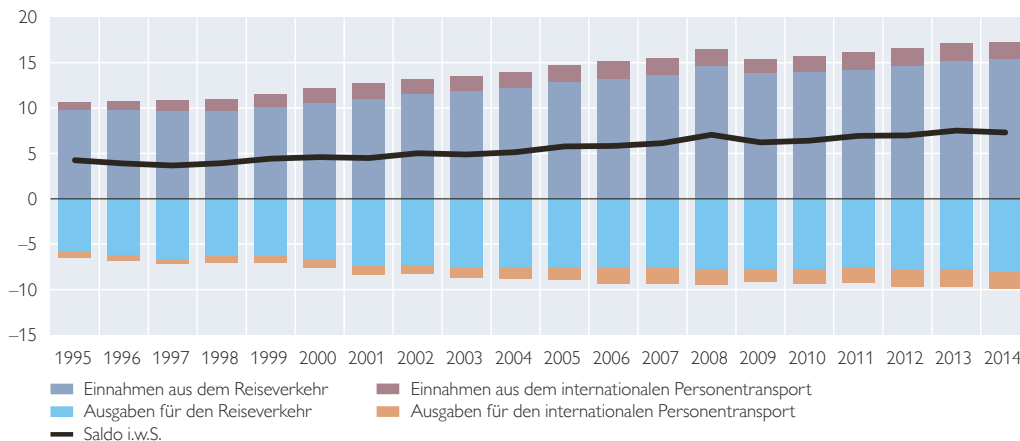
die Statistik für Gäste aus den USA, aus Polen und aus China. Mit 680.000 Nächtigungen liegt China mittlerweile auf Platz 17 der Herkunftsländer, knapp hinter Schweden und Spanien, aber bereits deutlich vor Japan. Besonders dynamisch entwickelte sich 2014 auch eine Reihe von anderen Fernmärkten. An der Spitze lagen bei Betrachtung der Wachstumsraten Taiwan und Südkorea (+30%), gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten (+25%) und Island (+20%), aber auch Saudi-Arabien und Brasilien (+12,5%) entwickeln sich dynamisch. Der Gästestrom aus Russland, der über Jahre stark expandiert hatte, brach krisenbedingt ein. Trotzdem liegt Russland unter den Herkunftsnationen mit 1,8 Millionen Nächtigungen immer noch auf Platz 8, vor Frankreich, Ungarn und Polen. Die übrigen Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas weisen positive Wachstumsraten aus und auch die Gäste aus den Krisenländern des Mittelmeerraums, die sich oft einen Urlaub in Österreich nicht mehr leisten konnten, kehren zurück. Langfristig gibt es

Grafik 6

Einnahmen und Ausgaben im Reiseverkehr

(einschließlich „Internationaler Personentransport“)

In Mrd EUR



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

natürlich auch bei der Struktur der Herkunftsmärkte Veränderungen: So nimmt die Dominanz Deutschlands kontinuierlich ab: In der Dekade von 1981 bis 1991 war der Anteil deutscher Gäste von 71 % auf 60 % gesunken. Durch die Ostöffnung und die Wiedervereinigung wurde der Trend unterbrochen und der Anteil deutscher Besucher kletterte bis 1995 sprunghaft auf 67%. Seither sank der Anteil erneut, unterschritt 2007 die Marke von 55 % und erreichte im vergangenen Jahr ein Minimum von 51,5 %. Dem wirkte in erster Linie der wachsende Zustrom von Gästen aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa entgegen. Vor dem Fall des Eisernen Vorhangs gab es pro Jahr etwa eine Million Übernachtungen von Gästen aus dem damaligen „Ostblock“. Mittlerweile hat sich ihre Zahl mehr als verzehnfacht und ihr Anteil erreichte im Berichtsjahr trotz der Krise in der Ukraine 11,1 %. Dabei handelt es sich keineswegs um „Billigtouristen“ – immerhin 25 % bis 30 % nächtigen in 4- bis 5-Sterne-Hotels. Diese Prozentsätze sind zwar niedriger als bei Österreichern (38 %) oder Deutschen (32 %), aber klar mehr als bei den sparsamen Niederländern (18 %). Vor allem in jüngster Zeit haben auch die Übernachtungen außereuropäischer Gäste stark zugenommen: In der letzten Dekade ist ihre Zahl von 4 auf 7 Millionen Nächtigungen angestiegen.

Die Einnahmen aus dem Reiseverkehr erreichten 2014 ein Volumen von 15,5 Mrd EUR; um 250 Mio EUR oder 1,6 % mehr als im Jahr davor. Aus der gegenläufigen Entwicklung von Einnahmen und Nächtigungen ergibt sich ein Wachstum der nominellen Ausgaben pro Nächtigung in Höhe von 2,2 % (von 157,3 EUR auf 160,8 EUR). Die Preise für touristische Exporte stiegen laut Angaben des Wirtschaftsforschungsinstituts im Jahr 2014 um 2,5 %, das

ergibt einen geringfügigen Rückgang der realen Ausgaben pro Nächtigung – vermutlich Ausdruck einer krisenbedingten Zurückhaltung der Reisenden bei ihren Ausgaben. Nach wie vor ist Österreich ein bedeutender Player im weltweiten Tourismusgeschäft: Der IWF führt Österreich im Jahr 2013 auf Rang 13 hinsichtlich der Tourismuseinnahmen. Nur die USA, China und die großen europäischen Destinationen sowie Thailand, Malaysia, Singapur und Australien liegen vor Österreich. Volkswirtschaften wie Indien, Kanada, Japan oder die Schweiz haben geringere Tourismuseinnahmen als Österreich. Die Reiseverkehrausgaben der Österreicher, die im Rahmen einer Haushaltsbefragung erhoben werden, stiegen 2014 nominell um 4,9 % und erreichten 8,1 Mrd EUR. Bei den Reiseverkehrausgaben liegt Österreich auf dem 23. Rang (Daten aus dem Jahr 2013). Die „Reiseweltmeister“ sind mittlerweile Chinesen vor US-Amerikanern, Deutschen und Russen. Der Überschuss aus dem Reiseverkehr im Jahr 2014 betrug somit 7,4 Mrd EUR, das ist der zweithöchste jemals verzeichnete Wert und bringt Österreich auf den weltweit achten Rang bei den Nettoeinnahmen hinter den USA, China, Spanien, Thailand, Türkei, Italien, Frankreich und Griechenland.

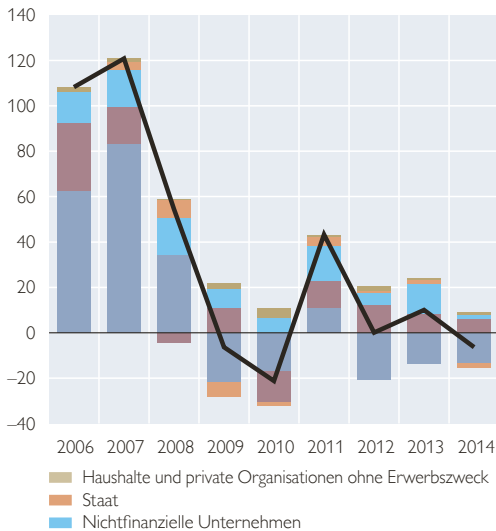
Die Regionalgliederung der Reiseverkehrseinnahmen spiegelt natürlich zum Großteil die Nächtigungsentwicklung wider. Gesunken sind die Ausgaben russischer, französischer und deutscher Gäste in Österreich, während die Einnahmen von Besuchern aus den USA, Ungarn, der Tschechischen Republik und Polen zugenommen haben. Die österreichischen Touristen haben im Jahr 2014 vor allem in den traditionellen Urlaubsgebieten Italien, Kroatien, Spanien und Griechenland, aber auch in Frankreich und dem Vereinigten

Grafik 7

Finanzbeziehungen mit dem Ausland

Finanzaktiva

in Mrd EUR



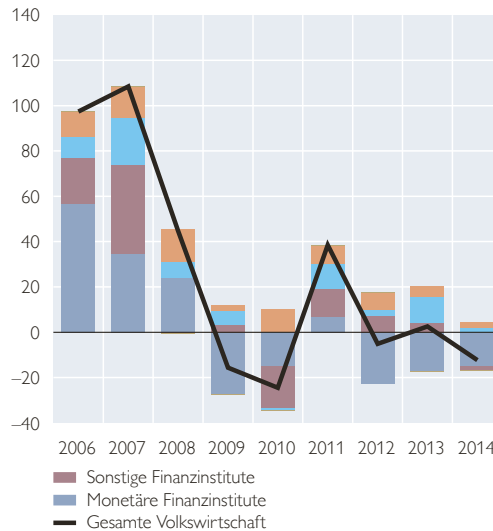
Quelle: OeNB.

Anmerkung: Monetäre Finanzinstitute inklusive OeNB.

Sonstige Finanzinstitute: Investmentfonds, Versicherungen, Pensionskassen, sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute.

Finanzpassiva

Transaktionen in Mrd EUR



Königreich mehr ausgegeben, während vor allem in Russland, aber auch in Slowenien, der Slowakei und China weniger ausgegeben wurde. Mit einem Viertel der gesamten Reisverkehrausgaben Österreichs behauptet aber Deutschland auch auf der Ausgabenseite den ersten Rang. Dabei sind allerdings der hohe Anteil von Geschäftsreisen (rund ½ Mrd EUR) und – wenngleich in geringerem Ausmaß – die Ausgaben von Pendlern und Grenzgängern (rund 70 Mio EUR) zu berücksichtigen. Dagegen sind die auf den Plätzen 2 und 3 liegenden Länder Italien und Kroatien ganz überwiegend reine Feriendestinationen.

Die Aussichten für die heimische Tourismuswirtschaft für das laufende Jahr 2015 sind trotz der anhaltenden Wachstumsschwäche in Europa positiv einzuschätzen. Die Wintersaison ist trotz nicht immer günstiger Wetterlage gut gelaufen. Der stark gefallene Wechselkurs des Euro verbilligt den Urlaub

in Österreich gegenüber der Schweiz oder den USA, was den krisenbedingten Ausfall bei den russischen Gästen mehr als kompensieren könnte.

Kapitalverkehr stagniert auf geringem Niveau

Der grenzüberschreitende Kapitalverkehr mit dem Ausland liegt weiterhin weit vom Niveau in der Zeit vor der Wirtschafts- und Finanzkrise entfernt. Per saldo zeigten grenzüberschreitende Finanzforderungen wie auch Verpflichtungen sogar einen geringfügigen Rückzug der Investoren (aktivseitig –6 Mrd EUR, passivseitig –12 Mrd EUR). Direktinvestitionen verzeichneten auf beiden Bilanzseiten mit +6 Mrd EUR bzw. +3 Mrd EUR leichte Zunahmen; Inländer kauften wie 2013 ausländische Wertpapiere (7 Mrd EUR), während ausländische Investoren im Gegensatz zu 2013 per saldo österreichische Wertpapiere in Höhe von 3,4 Mrd EUR verkauften, was hauptsächlich Anlei-

hen betraf. Die vor allem aus Bargeld, Einlagen- und Kreditgeschäft bestehenden „sonstigen Investitionen“ zeigten auf beiden Bilanzseiten Desinvestitionen im zweistelligen Milliardenbetrag (19 Mrd EUR bzw. 10 Mrd EUR).

Im Gleichklang mit den gesamten Finanzierungsströmen (In- und Ausland) gingen auch die grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen im Jahr 2014 zurück. Der Rückgang ist – wie bereits einleitend erwähnt – vor allem auf das Einlagen- und Kreditgeschäft der monetären Finanzinstitute zurückzuführen. Darüber hinaus wurde die langfristige Refinanzierung der Banken über Wertpapieremissionen (die zum Großteil im Ausland liegen) durch die Versorgung mit Zentralbankliquidität im Wege der geldpolitischen Operationen der EZB abgelöst. Die Desinvestitionen der Monetären Finanzinstitute im Jahr 2014 betragen aktivseitig 13 Mrd EUR und passivseitig fast 15 Mrd EUR.

Die sonstigen Finanzinstitute (insbesondere Investmentfonds und Versicherungen) bauten ihre grenzüberschreitenden Forderungen vor allem durch den Erwerb von langfristigen, verzinslichen Wertpapieren aus, insbesondere US-Unternehmensanleihen und europäische Staatsanleihen. Der gesamte Zuwachs betrug 2014 rund 6 Mrd EUR. Ein Anstieg, wenn auch geringer als in den Jahren 2012 und 2013, war bei der Staatfinanzierung durch ausländische Investoren (im Ausmaß von 2,2 Mrd EUR) festzustellen. Die aktiv- und passivseitigen Zuwächse in den grenzüberschreitenden Finanzbeziehungen des Unternehmenssektors in der Größenordnung von je rund 2 Mrd EUR wurden durch die geringen Direktinvestitionstätigkeiten geprägt.

Das Finanzvermögen bzw. die Verpflichtungen der gesamten Volkswirtschaft im In- und Ausland betragen

Ende 2014 jeweils rund 2.700 Mrd EUR und damit mehr als das Achtfache des BIP. Der Auslandsanteil – also die Internationale Vermögensposition – erreichte auf beiden Bilanzseiten eine Größenordnung von mehr als 850 Mrd EUR. Gegenüber dem Zeitpunkt des EU-Beitritts hat sich der Auslandsanteil verdoppelt. Die grenzüberschreitenden Finanzbestände werden vor allem durch die Banken (sowohl im Interbankengeschäft als auch im Retailgeschäft) dominiert. Der monetäre Sektor hatte zum Jahresultimo 2014 grenzüberschreitende Aktiva in Höhe von 346 Mrd EUR bzw. grenzüberschreitende Passiva in Höhe von 282 Mrd EUR. Für die „sonstigen Finanzinstitute“ – das betrifft vor allem die breit gestreuten Veranlagungsstrategien der Investmentfonds und der Versicherungen – ist das Auslandsgeschäft gegenüber den Inlandsaktiva sogar das überwiegende Investitionssegment. Das Verhältnis zwischen ausländischen und inländischen Aktiva betrug zum Jahresultimo 2014 274,7 Mrd zu 255,9 Mrd EUR. Den höchsten Auslandsanteil wies jedoch der Staat aus: Gemessen anhand von Marktwerten waren nahezu zwei Drittel der gesamten Verbindlichkeiten (vorwiegend Wertpapiere und Kredite) im Auslandsbesitz. Die Verpflichtungen (zu Marktwerten) des Staatssektors gegenüber dem Ausland betragen zum Jahresultimo 246,8 Mrd EUR. Der private Haushaltssektor in Österreich ist ein traditioneller Inlandsinvestor. Doch aufgrund der Investitionen in österreichische Investmentzertifikate wurden indirekt 25 Mrd EUR in vom Ausland emittierte Wertpapiere investiert. Der Fokus lag dabei auf Veranlagungen innerhalb Europas in Höhe von 20,5 Mrd EUR. Hauptziel sind Luxemburger Investmentzertifikate (Fonds-in-Fonds-Investitionen) mit einem Investitionsvolumen von 3 Mrd EUR

Ende 2014. Außerhalb Europas wurde von Investmentfonds vor allem in Aktien und verzinsliche Wertpapiere investiert, die von den USA emittiert wurden.

Konsolidierungen bei Direktinvestitionen

Die aktiven Direktinvestitionsströme des Jahres 2014 waren mit 5,8 Mrd EUR die niedrigsten seit dem Jahr 2001. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass zum ersten Mal überhaupt Eigenkapital – und zwar im Ausmaß von 2,3 Mrd EUR – aus dem Ausland abgezogen bzw. Beteiligungen abgestoßen wurden. Dem stehen 3,7 Mrd EUR an reinvestierten Gewinnen gegenüber, die zu einer Wertsteigerung der ausländischen Beteiligungen beitrugen. Dieser Wert beruht allerdings auf einer Gewinnsschätzung, die naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten belastet ist. Der Löwenanteil des Wachstums stammt mit 4,4 Mrd EUR aus der zusätzlichen Gewährung von Krediten, einer Finanzierungsform, die weniger stabil ist als die typische Eigenkapitalfinanzierung.

Die regionale Verteilung der aktiven Direktinvestitionen war im Jahr 2014 von der Restrukturierung eines außerordentlich großen multinationalen Konzerns mit eher geringen realwirtschaftlichen Aktivitäten in Österreich (aber deshalb keine „Special Purpose Entity“) gekennzeichnet, die sich zum Teil auch in den passiven Direktinvestitionen widerspiegelt. Sowohl der Rekordzuwachs um 6,5 Mrd EUR in den Niederlanden, als auch der Einbruch der Investitionen auf den British Virgin Islands, einem der beliebtesten Off-Shore-Zentren für Direktinvestitionen (–6 Mrd EUR) sind Folge dieses Konzernumbaus. Auch das aus Kreditgewährungen bestehende Wachstum in Frankreich (+1,9 Mrd EUR) ist Folge von Aktivitäten eines weiteren auslän-

dischen Konzerns mit Holdinggesellschaft in Österreich. China und die Tschechische Republik verdanken ihren dritten und vierten Platz vor allem den hohen reinvestierten Gewinnen (jeweils 0,6 Mrd EUR). Norwegens fünfter Platz steht mit den Aktivitäten der OMV in Zusammenhang. Erstaunlicherweise mehr als 450 Mio EUR, überwiegend in der Form von Eigenkapital, wurden trotz der Ukraine-Krise neu in Russland investiert, das 2014 damit vor den USA auf dem sechsten Platz unter den Zielländern liegt. Direktinvestitionen in Deutschland, traditionell das bedeutendste Zielland, blieben aus, oder genauer gesagt, ein Abbau von Eigenkapital wurde durch zusätzliche Kreditfinanzierungen kompensiert. Zu einem markanten Abbau von Eigenkapital kam es im Jahr 2014 im Vereinigten Königreich und in Malta, wo diverse Banken ihr Engagement reduzierten. Unter Branchensichtspunkten waren es ganz klar die Banken und die Holdinggesellschaften, die das Geschehen im Jahr 2014 dominierten, sei es durch das Abstoßen von Beteiligungen, sei es durch Refinanzierungsanstrengungen oder vereinzelt auch durch neue Beteiligungen. Aktive Investitionen des nichtfinanziellen Sektors, bzw. Investitionen in den nichtfinanziellen Sektor im Ausland gab es 2014 zwar auch, doch überschritten diese selten den einstelligen Millionenbereich, wodurch sie für das Gesamtergebnis unerheblich blieben.

Die passiven Direktinvestitionen waren im Jahr 2014 mit 3,5 Mrd EUR ähnlich niedrig wie 2012 oder 2006. Im Gegensatz zu den aktiven Direktinvestitionen haben ausländische Investoren aber tatsächlich auch Eigenkapital in Höhe von 1,6 Mrd EUR investiert. Die reinvestierten Gewinne wurden für 2014 auf 1,3 Mrd EUR geschätzt, ein Wert, der dem langjährigen Durch-

schnitt entspricht. Mit 0,7 Mrd EUR leisteten konzerninterne Kreditgewährungen nur einen untergeordneten Beitrag. Größter Kapitalgeber war 2014 ein südafrikanischer Konzern, gefolgt von Investoren mit Sitz in Luxemburg (1,5 Mrd EUR), die sowohl Eigenkapital als auch Konzernkredite bereitstellten. Deutschlands dritter Platz in der Liste der Herkunftsländer (1,1 Mrd EUR) beruht vor allem auf reinvestierten Gewinnen. Gleiches gilt für Russland, dessen Beteiligungen dank hoher reinvestierter Gewinne um 0,8 Mrd EUR an Wert gewannen. Unter Branchensichtspunkten stechen der Telekomsektor, Banken und Handelsfirmen hervor, aber auch Pharmafirmen, Elektronikunternehmen oder Verkehrsunternehmen fanden das Interesse ausländischer Investoren.

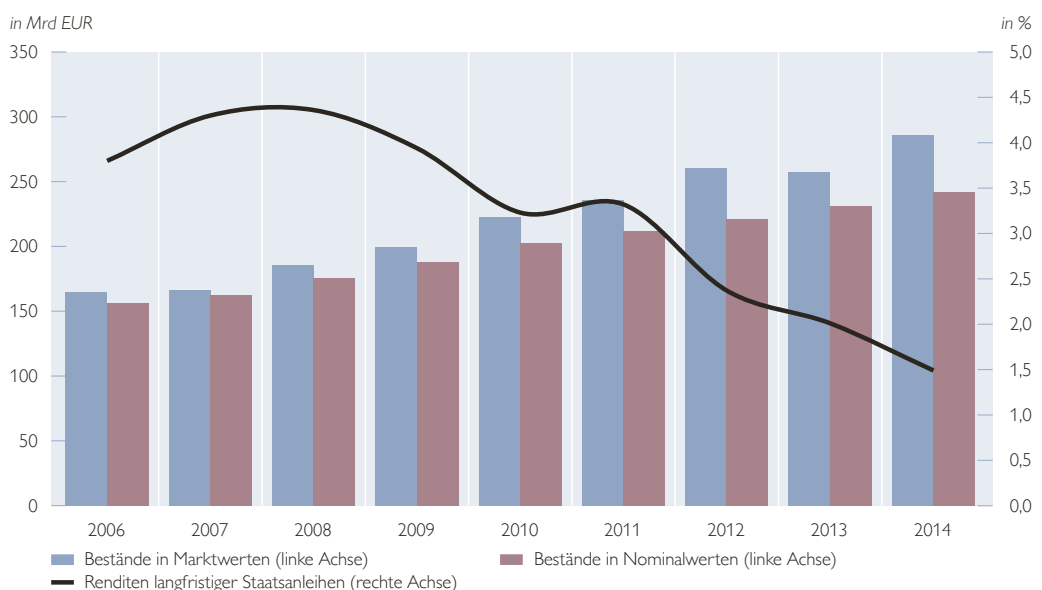
Dividenden sprudeln trotz Krise

Trotz zum Teil spektakulärer Verluste einzelner Direktinvestitionsunterneh-

men scheinen sich grenzüberschreitende Beteiligungen immer noch zu lohnen. Zwar liegen selbst für das Berichtsjahr 2013 noch keine endgültigen Gewinndaten vor, die zeitnah gemeldeten Dividendenausschüttungen zeichnen jedenfalls ein anhaltend erfreuliches Bild der Ertragslage. Mit 9,5 Mrd EUR an Gewinnausschüttungen war 2012 das bisher beste Jahr für heimische Direktinvestoren. Die Dividendenzuflüsse sind seither zwar leicht zurückgegangen, waren mit mehr als 8,5 Mrd EUR in den Jahren 2013 und 2014 aber immer noch mehr als doppelt so hoch wie etwa 2007, dem letzten Jahr vor der großen Krise. Noch besser stellt sich die Lage für die ausländischen Eigentümer österreichischer Tochterfirmen dar. Diese leisteten im Jahr 2014 Dividendenzahlungen an das Ausland in Höhe von 9,2 Mrd EUR, mehr als jemals zuvor.

Grafik 8

Österreichische Staatsanleihen



Quelle: OeNB, EZB, Thomson Reuters.

Staatsanleihen⁴ liegen hoch im Kurs

Der österreichische Staatssektor baute weiterhin seine Finanzierung durch Anleihen aus. Die Bestände zu Marktpreisen bewertet erhöhten sich seit Ende 2006 um das 1,7-Fache auf 286 Mrd EUR Ende 2014. Zwei Drittel dieses Anstiegs sind auf Transaktionen zurückzuführen, ein Drittel hingegen auf positive Preis- und Wechselkurseffekte. Diese positiven Preis- und Wechselkurseffekte basierten auf einer weiterhin guten Nachfrage nach Staatsanlei-

hen sowie auf der aktuellen Niedrigzinsphase. Die Rendite von langfristigen österreichischen Staatsanleihen reduzierte sich von 3,8% p. a. 2006 auf 1,49% p. a. im Jahr 2014.

Der Auslandsmarkt bleibt für die österreichische Staatsfinanzierung weiterhin viel wichtiger als der Inlandsmarkt. Zum Stichtag 2014Q4 wurden drei Viertel der österreichischen Staatsanleihen vom Ausland gehalten, davon mehr als die Hälfte innerhalb des Euro-raums. Hinter diesen Investitionen steht hauptsächlich der Finanzsektor.

⁴ Unter Staatsanleihen versteht man sämtliche Anleiheemissionen des Sektors Staat, d. h. Bund, Länder, Gemeinden sowie Sozialversicherungen. Seit der Umstellung auf ESVG 2010 werden auch staatsnahe Unternehmen wie z. B. die ÖBB Infrastruktur oder BIG zum Staatssektor gezählt. 86% der Staatsanleihen werden von der Republik Österreich emittiert.

Varianten der Messung von Haushaltsvermögen im HFCS in Österreich

„Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.“

Ludwig Wittgenstein, Tractatus Logico Philosophicus

Peter Lindner,
Martin Schürz¹

In dieser Studie wird die Bedeutung der Form der Datenabfrage im HFCS zu Einkommen, Vermögen und Konsum analysiert. Im HFCS-Austria 2010 wurden verschiedene Fragetechniken angewandt; daraus resultieren voneinander abweichende Ergebnisse. Variationen in der Form des Fragens ermöglichen eine bessere Kontrolle der Datenqualität und erleichtern die Durchführung von multiplen Imputationen. Die Analyse des Antwortverhaltens zeigt die Notwendigkeit einer detaillierten Abfrage. Ebenso stellt sich im finalen multiplen imputierten Datensatz heraus, dass die auf Basis der Komponenten des Nettovermögens errechnete Ungleichheit im Vergleich zur Erhebung des Gesamtnettovermögens eine niedrigere Ungleichheit ausweist.

1 Einleitung

Der Household Finance and Consumption Survey (HFCS) ist eine periodisch durchgeführte Erhebung des Eurosystems bei privaten Haushalten in allen Ländern des Euroraums (EZB, 2013). Das HFCS-Datenset umfasst Informationen zu Einkommen, Vermögen und Ausgaben privater Haushalte und ermöglicht eine vollständige Betrachtung der privaten Finanzen. Bei freiwilligen Haushaltserhebungen stellt sich aber eine Reihe bekannter Probleme (siehe Albacete et al., 2012; Albacete und Schürz, 2014a und 2014b). Der Umgang mit diesen – Haushaltsbefragungen inhärenten – Schwierigkeiten verlangt den Einsatz bestimmter statistischer Techniken (siehe Albacete et al., 2012).

In dieser Studie untersuchen wir, ob sich das Antwortverhalten bezüglich des Werts einer abgefragten Variable ändert, wenn unterschiedlich danach gefragt wird. Ist der Wert höher, wenn er sich aus der Summe der abgefragten Teilkomponenten ergibt oder höher, wenn allein nach dem Gesamtbetrag gefragt wird? Und wie sehen die Antwortverweigerungen im Zusammen-

hang mit bestimmten Komponenten bzw. dem Gesamtnettovermögen aus?

Wir unterscheiden drei zentrale Themenschwerpunkte des HFCS: Einkommen, Vermögen und Konsum. Den Lebensversicherungen schenken wir gesondert Augenmerk, um zu zeigen, wie benutzerfreundliche Abfrage zur vollständigen Erfassung der Vermögenskomponente angewandt werden kann. Dabei lässt sich auch der Einfluss unterschiedlicher Varianten der multiplen Imputationen illustrieren und die Qualität der angewandten Imputationsmodelle prüfen.

Im Gegensatz zu Einkommen gab es für Vermögen lange Zeit keine statistische Definition. Dies reflektierte einerseits die Vernachlässigung des Themas der Vermögensverteilung in der wissenschaftlichen Literatur (siehe Piketty, 2014) und andererseits die Diversität und Mangelhaftigkeit der vorhandenen Daten. Ökonomische Forscher verwendeten unterschiedliche Definitionen von Vermögen (Davies und Shorrocks, 2000). Während es für Einkommen die genauen Vorgaben der Canberra-Gruppe zur statistischen Erfassung seit 2001 gibt, erreichte die OECD erst

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, peter.lindner@oenb.at, martin.schuerz@oenb.at

2013 eine Übereinstimmung hinsichtlich der Definition von Vermögen und seiner Komponenten und erließ harmonisierte Richtlinien für Mikrostatistiken zu Vermögen (OECD, 2013). Dies bedeutete vorab, dass die Vermögensabfrage im HFCS strikt entlang der Fragenvorgabe erfolgen musste, weil kein Begriffsverständnis der Interviewten zu Vermögen vorausgesetzt werden konnte. Die Befragten hätten schlicht Unterschiedliches zu „Vermögen“ gezählt und vieles außer Acht gelassen.

Bei allen Informationen im HFCS gilt, dass es sich um Selbstangaben der Respondenten handelt und Vermögen demnach keine tatsächlich realisierten Marktwerte bezeichnet. Dies bedeutet, dass es sich zwangsläufig um Schätzungen handelt. Für Vermögen ist aber Potenzialität ein inhärentes Merkmal, denn *Vermögen vermag etwas*, wie bereits Georg Simmel in seiner „Philosophie des Geldes“ 1900 erkannte. Bei Vermögen geht es eben um Möglichkeiten und daher sind die Selbstauskünfte entscheidend. Realisierte Marktwerte würden auch nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit zeigen und vollkommen die ökonomische und gesellschaftliche Kraft von Vermögen vernachlässigen (siehe Fessler und Schürz, 2015).

Fragen Interviewer in einer Erhebung nach Euro-Werten der einzelnen Vermögens- und Einkommenskomponenten und werden diese summiert – unter Abzug allfälliger Schulden – sollte sich derselbe Wert wie bei der Frage nach dem gesamten Vermögen bzw. dem gesamten Einkommen ergeben. Dem ist aber nicht so. Verschiedene Abfrageformen zeigen unterschiedliche Ergebnisse. Es kommt auf die Art des Fragens an und die unterschiedlichen Werte indizieren eine Ungenauigkeit der Schätzungen. Da es keine objektive „wahre“ Datengrundlage zu Vermögen gibt, mit der die

HFCS-Daten insgesamt verglichen werden könnten, ist es wichtig, die jeweiligen Vor- und Nachteile der spezifischen Erhebungsmethoden separat zu untersuchen.

In dieser Studie werden zunächst die unterschiedlichen Formen der Erfassung dargelegt (Kapitel 2). Danach wird das Antwortverweigerungsverhalten untersucht (Kapitel 3) und in Kapitel 4 die Verteilung der erhobenen Werte der unterschiedlichen Formen der Erfassung verglichen. In Kapitel 5 wird die Erfassung der Vermögen in Lebensversicherungen insbesondere in Bezug auf die multiplen Imputationen untersucht. Schlussfolgerungen runden das Papier ab.

2 Warum werden Werte in unterschiedlicher Form erfragt?

Um genaue Werte zu den einzelnen Variablen (Einkommen, Vermögen, Konsum) der privaten Haushalte und seitens der Befragten möglichst vollständige Auskünfte zu erhalten, ist eine sehr detaillierte Abfrage ideal. Zudem sind die sogenannten Zusammenfassungsfragen bzw. weitere zusätzliche Fragen in verschiedenen Phasen des Erhebungsprozesses überaus hilfreich. Die Zielsetzung dieser Fragen ist eine:

- Verwendung bei den Konsistenzanalysen,
- Verwendung bei den multiplen Imputationen und
- benutzerfreundliche Erfassung von Informationen, die die befragte Person üblicherweise geben kann.

Für den Core-Datensatz, welcher der Forschungsgemeinschaft von der EZB zur Verfügung gestellt wird, wurden die Einzelvariablen verwendet. Die Fragen zu Gesamtvermögen und gesamtem Einkommen (siehe Anhang) sind nur Kontrollfragen. Die in dieser Studie verwendeten zusätzlichen Variab-

len sind folglich nicht im veröffentlichten Datensatz enthalten.

2.1 Nettovermögen

Gemäß Vereinbarung im Forschungsverbund des Eurosystems werden im HFCS alle einzelnen Komponenten des Haushaltsvermögens abgefragt. Hierzu zählen im Wesentlichen (für eine detaillierte Aufstellung siehe auch Fessler et al., 2012) alle Sachvermögensbestände (Immobilien, Fahrzeuge, Unternehmensbeteiligungen und sonstige reale Wertgegenstände) und finanziellen Aktiva (Giro- und Sparkonten, Bausparverträge, Lebensversicherungen, Fonds, Anleihen, Aktien und alle sonstigen finanziellen Anlagen) abzüglich der Verbindlichkeiten (besicherte sowie unbesicherte Verpflichtungen) eines Haushalts. Zusätzlich wird im HFCS in Österreich eine Einschätzung des Gesamtnettovermögens des Haushalts abgefragt. Der genaue Wortlaut dieser Frage ist in Anhang 1 zu finden. Diese Information wird insbesondere bei den Konsistenzanalysen und den Plausibilitätsprüfungen im HFCS verwendet. Im Fall von unerklärlichen Differenzen zwischen dem errechneten und dem direkt gefragten Gesamtnettovermögen bestand in der ersten Welle des HFCS die Möglichkeit einer telefonischen Nachrecherche. Bei der Angabe des Gesamtnettovermögens waren seitens der Respondenten nur nicht negative Werte zulässig.²

2.2 Haushaltseinkommen

Das Einkommen wird im HFCS auf zwei Arten erfasst. Die Befragung be-

ginnt mit der Abfrage des gesamten monatlichen Haushaltsnettoeinkommens (zum genauen Wortlaut der Frage siehe Anhang 2). Im weiteren Verlauf wird das jährliche Bruttoeinkommen jeder Person mit einem Mindestalter von 16 Jahren aus unselbstständiger und selbstständiger Beschäftigung, aus öffentlicher und privater Altersvorsorge und aus Arbeitslosenunterstützung abgefragt. Der Kompetenzträger beantwortet zusätzlich Fragen zum jährlichen Bruttoeinkommen aus Sozial- bzw. Privattransfers, Vermietungen und Verpachtungen, Finanzanlagen, Unternehmen und sonstigen Einkommensquellen auf Haushaltsebene. Die Abfrage des gesamten monatlichen Haushaltsnettoeinkommens wird, ebenso wie die Abfrage des Gesamtnettovermögens, für Konsistenzprüfungen und Plausibilitätsanalysen verwendet.

2.3 Konsum

In der Literatur zur Methodologie von Haushaltserhebungen wird eine detaillierte Erhebung zu einzelnen Variablen wie etwa Konsum befürwortet (Browning et al., 2003 und 2014). Dies impliziert idealiter eine Vielzahl und realiter eine Mindestzahl von Fragen, um den Befragten die verschiedenen Dimensionen des Konsums zu verdeutlichen. Kann keine umfassende Liste von Konsumpositionen abgefragt werden, schlagen Browning et al. (2003) Fragen in der in Überblick 1 angegebenen Reihenfolge vor (linke Spalte; die rechte Spalte zeigt die im HFCS-Fragebogen enthaltenen Fragen).

² In der zweiten Welle des HFCS in Österreich sind auch negative Werte bei der Erfassung des Gesamtnettovermögens eines Haushalts zulässig.

Überblick 1

Vorschlag gemäß Browning et al. (2003)	HFCS Fragebogen (erste Welle)
Essen zu Hause	Essen zu Hause (monatliche Ausgaben) [im Core-Fragebogen enthalten]
Essen außer Haus	Essen außer Haus (monatliche Ausgaben) [im Core-Fragebogen enthalten]
Wohnnebenkosten	In AT abgefragt, im Core-Fragebogen nicht enthalten
Spezifische Konsumgüter von großem Interesse in einem bestimmten Survey	Private Transfers [im Core-Fragebogen enthalten]
Gesamte Konsumausgaben	In AT abgefragt, im Core-Fragebogen nicht enthalten

Doch eine Nebenbedingung erfolgreicher Haushaltserhebungen sind angemessene Kosten und eine Minimierung der Belastung bei den Befragten. Eine Befragung, die zu lange dauert, ermüdet Respondenten und Interviewer, kann die Antwortqualität reduzieren und die Antwortverweigerungen erhöhen.

3 Abfrageformen und Item Non-Response

Die abgefragten Beträge konnten exakt, in frei gewählten oder in ex ante vorgegebenen Intervallen angegeben werden. Eine weitere wichtige Unterscheidung bei den Antwortkategorien erfolgt zwischen „Weiß nicht“ und „Keine Angaben“. Während die erste Kategorie Unwissenheit der Respondenten bei der Wertangabe anzeigt, ist Letztere eher ein Indikator für Unwillen, die betreffende Frage zu beantworten (bewusste Entscheidung, die Auskunft zu verweigern).

Manche Beobachtungen mussten aufgrund zusätzlicher Informationen editiert werden. Dabei wird zwischen Editierungen unterschieden, bei denen ein Wert gelöscht und danach imputiert werden musste („Editiert I“), und jenen, wo ein Wert – zum Beispiel auf-

grund von Informationen aus Verbatim-Erfassungen – korrigiert werden konnte („Editiert II“).

3.1 Nettovermögen

Vermögen ist noch schwieriger als Einkommen angemessen in einer Haushaltserhebung zu erfassen. Denn Respondenten verweigern bei Vermögensfragen häufiger die Antwort. Dies bedeutet, dass die Abfrage des geschätzten Gesamtvermögens noch wichtiger ist als die des Einkommens (vgl. Tabelle 1a und 3a).

Innerhalb des Bereichs der Vermögenskomponenten werden die Werte mancher Vermögenspositionen bereitwilliger und häufiger angegeben als die Werte anderer Vermögenspositionen. Das Kfz etwa ist ein Vermögensgegenstand, über dessen Wert bereitwillig Auskunft gegeben wird. Über den Wert ihrer Autos sprechen die Respondenten gerne. Fast niemand verweigert hier die Angaben (siehe Tabelle 1a). Das Kfz liegt aber im unteren Wertbereich hinsichtlich der Vermögenshöhe.

Den Marktwert der (wichtigsten) Unternehmensbeteiligung geben 14,3% („Weiß nicht“) und 7,4% („Keine Angabe“) der Haushalte mit Unternehmensbeteiligung nicht an (siehe

Tabelle 1a

Item Non-Response Gesamtvermögensabfrage und reale Vermögensbestände

	Abfrage des Gesamtnettovermögens		HWS		Wichtigste Immobilie neben HWS		Auto		Wichtigste Unternehmensbeteiligung	
	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %
Angegeben	1.515	63,7	883	74,8	207	67,6	1.704	94,1	66	30,4
Weiß nicht	105	4,4	56	4,7	25	8,2	23	1,3	31	14,3
Keine Angabe	193	8,1	20	1,7	4	1,3	5	0,3	16	7,4
Higher Order Missing	0	0,0	0	0,0	5	1,6	1	0,1	2	0,9
Intervallsangabe	466	19,6	181	15,3	46	15,0	76	4,2	46	21,2
Editiert I	92	3,9	32	2,7	3	1,0	0	0,0	48	22,2
Editiert II	9	0,4	9	0,8	16	5,2	2	0,1	8	3,8
Total	2.380	100,0	1.181	100,0	306	100,0	1.811	100,0	217	100,0

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkungen: Als „Higher Order Missing“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die aufgrund einer Antwortverweigerung der Head-Variable nicht erhoben wurden. Als „Editiert I“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die während der Editierungen auf Missing gesetzt wurden. Hierunter fallen insbesondere nicht plausible Werte, die nicht durch telefonische Nachrecherchen korrigiert werden konnten. Als „Editiert II“ werden alle Beobachtungen bezeichnet, die aufgrund der Editierungsmaßnahmen korrigiert werden konnten.

Tabelle 1a). Dies ist bei der Abfrage aller Vermögenskomponenten der vergleichsweise höchste Wert. Es kann bedeuten, dass es am schwierigsten ist, den Wert des Unternehmensvermögens zu kennen oder dass die Bereitschaft darüber zu sprechen am geringsten ist.

Mit rund 6,5% (Immobilie des Hauptwohnsitzes, HWS) und 9,5% (wichtigste Immobilie neben dem Hauptwohnsitz) liegen die Antwortverweigerungsraten insgesamt bei Immobilien³ deutlich unter jenen bei Unternehmensbeteiligungen. Die Mehrheit dieser Haushalte kann den Wert der Immobilie nicht einschätzen und nur wenige (1,7% und 1,3% respektive) entscheiden sich dazu „Keine Angabe“ zu machen.

Insgesamt verdeutlicht Tabelle 1a – sofern exakte Beträge nicht genannt werden – die Wichtigkeit der Abfrage eines Intervalls, da bei diesen Assets

(exklusive Auto) zwischen rund 15% und 20% der Beobachtungen lediglich Intervalle erfasst werden können. Für die multiplen Imputationen ist die Intervallserfassung jedenfalls von wesentlicher Bedeutung.

Tabelle 1b zeigt das Antwortverhalten für eine Auswahl finanzieller Vermögensbestände. Klar zu erkennen ist hier der im Vergleich zu den Sachvermögenskomponenten höhere Anteil bei den Antwortverweigerungen in Form von „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.

Insbesondere finanzielle Komponenten der Haushaltsbilanz werden als sensitiv eingestuft und daher ist hier die Verschwiegenheit am größten. Bei der Frage nach der Höhe der Sparguthaben verweigern rund 12% der Haushalte die Auskunft, indem sie die Option „Keine Angabe“ wählen. Unbekannt ist dieser Wert lediglich bei 4% der Haushalte. Mit den Intervallserfassungen

³ Hierbei werden die Haushalte mit Immobilienvermögen untersucht. Die Angabe über Eigentum einer oder mehrerer Immobilien (Ja/Nein – Frage) wird nicht explizit ausgewiesen. Jedoch sind die Antwortverweigerungsraten dieser Fragen sehr gering. So gibt es im HFCS zur Frage nach dem Eigentumsverhältnis des HWS keine imputierten Beobachtungen. Bei der Ja / Nein – Frage nach weiterem Immobilienbesitz neben dem Hauptwohnsitz liegt die Antwortverweigerungsrate („Weiß nicht“ und „Keine Angabe“ zusammen) bei lediglich 0,1%.

Tabelle 1b

Item Non-Response finanzielle Vermögensbestände

	Giro-/Gehaltskonto		Sparkonto		Anleihen		Aktien	
	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %
Angegeben	1.663	70,7	1.275	61,2	56	53,3	91	65,9
Weiß nicht	85	3,6	83	4,0	6	5,7	6	4,3
Keine Angabe	255	10,8	244	11,7	13	12,4	15	10,9
Higher Order Missing	0	0,0	38	1,8	17	16,2	10	7,2
Intervallsangabe	314	13,3	381	18,3	12	11,4	16	11,6
Editiert I	6	0,2	16	0,8	0	0,0	0	0,0
Editiert II	30	1,3	48	2,3	1	1,0	0	0,0
Total	2.353	100,0	2.085	100,0	105	100,0	138	100,0

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkungen: Als „Higher Order Missing“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die aufgrund einer Antwortverweigerung der Head-Variable nicht erhoben wurden. Als „Editiert I“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die während der Editierungen auf Missing gesetzt wurden. Hierunter fallen insbesondere nicht plausible Werte, die nicht durch telefonische Nachrecherchen korrigiert werden konnten. Als „Editiert II“ werden alle Beobachtungen bezeichnet, die aufgrund der Editierungsmaßnahmen korrigiert werden konnten.

können wichtige Information bei rund 18% der Haushalte erhoben werden. Eine Hypothese wäre, dass der gesellschaftliche Diskurs über die Sinnhaftigkeit des Bankgeheimnisses die hohen Antwortverweigerungen begünstigt hat. Infolge einer möglichen Lockerung des Bankgeheimnisses im Zuge der derzeit geplanten Steuerreform könnten wir eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz der Offenheit in Finanzbelangen

erwarten und demnach in Zukunft weniger Antwortverweigerungen sehen.

Tabelle 1c belegt das Antwortverhalten im Bereich Verschuldung. Das Antwortverhalten zum Überziehen des Girokontos zeigt ein ähnliches Muster wie das zu einem positiven Saldo. Bei beiden besicherten Verbindlichkeiten haben Respondenten Schwierigkeiten, einen exakten Betrag anzugeben. Oft scheint die Ursache jedoch Unwissen-

Tabelle 1c

Item Non-Response Verbindlichkeiten

	Größter mit dem HWS besicherter Kredit		Überzug auf dem Giro-/Gehaltskonto		Größter unbesicherter Kredit	
	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %
Angegeben	210	53,6	249	75,0	158	69,6
Weiß nicht	27	6,9	4	1,2	8	3,5
Keine Angabe	17	4,3	7	2,1	2	0,9
Higher Order Missing	33	8,4	44	13,3	20	8,8
Intervallsangabe	76	19,4	26	7,8	22	9,7
Editiert I	11	2,8	0	0,0	2	0,9
Editiert II	18	4,6	2	0,6	15	6,7
Total	392	100,0	332	100,0	227	100,0

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkungen: Als „Higher Order Missing“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die aufgrund einer Antwortverweigerung der Head-Variable nicht erhoben wurden. Als „Editiert I“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die während der Editierungen auf Missing gesetzt wurden. Hierunter fallen insbesondere nicht plausible Werte, die nicht durch telefonische Nachrecherchen korrigiert werden konnten. Als „Editiert II“ werden alle Beobachtungen bezeichnet, die aufgrund der Editierungsmaßnahmen korrigiert werden konnten.

heit („Weiß nicht“) oder Unsicherheit (Intervallsangaben) zu sein. Respondenten entscheiden sich weniger häufig, keine Information preiszugeben („Keine Angabe“). Die Verschuldung ärmerer Haushalte erfolgt eher in Form von Girokontoüberziehungen oder durch Aufnahme unbesicherter Kredite. Hier ist die Rate der Angaben zu exakten Beträgen höher als bei eher vermögenden Haushalten, die einen hypothekarisch besicherten Kredit haben.

Tabelle 2 zeigt das Antwortverweigerungsverhalten bei der Gesamtnettovermögensabfrage über sozioökonomische Indikatoren. Die Quintileinteilung der Haushalte (sowohl Vermögen als auch Einkommen) basiert auf imputierten Daten. Das Quintil jedes Haushalts wurde in jedem Implicate⁴ errechnet und dann für die nicht imputierten Daten der Durchschnitt über diese Quintile verwendet. Bei allen sozioökonomischen Indikatoren spielen die Imputationen keine große Rolle.

Es lässt sich erkennen, dass jüngere Menschen häufiger einen exakten Betrag nennen als ältere. Bezüglich des Gesamtnettovermögens eines Haushalts scheinen Respondentinnen unsicherer zu sein – der Anteil mit einer „Weiß nicht“-Antwort ist fast doppelt so hoch wie bei Respondenten. Kompetenzträger⁵ mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss nennen weniger häufig einen exakten Betrag als höher gebildete Respondenten. Zum einen besteht in dieser Gruppe höherer Unwillen zu antworten („Keine Angabe“), zum anderen werden häufiger Intervalle genannt.

Auffällig ist in Tabelle 2, dass selbstständig Beschäftigte weniger häufig einen exakten Betrag zum Gesamtnettovermögen angeben. Bei Haushalten mit einer Landwirtschaft ist das Ergebnis äußerst stark ausgeprägt: Lediglich rund 44% geben einen exakten Betrag zur Einschätzung ihrer Gesamtnettovermögensposition an. Nahezu 13% der Befragten entscheiden sich für die Antwortverweigerung in Form von „Keine Angabe“ und rund 35% der Haushalte mit einer Landwirtschaft geben nur ein Intervall an. Zum einen ist die Bewertung insbesondere der Sachvermögensbestände bei Landwirtschaften schwierig, jedoch scheinen auch andere Gründe eine nicht zu unterschätzende Rolle zu spielen. Landwirtschaftliches Vermögen hat andere Charakteristika als etwa Finanzvermögen. Nutztiere und Traktoren stellen auch Gebrauchsgüter dar. Bei allfälligen Vermögenssteuern werden dementsprechend Ausnahmen und hohe Freibeträge vorgesehen (wie etwa in den USA). Doch wie Unternehmensbeteiligungen erfüllen auch landwirtschaftliche Vermögen die wesentlichen Charakteristika von Vermögen: die Möglichkeit der Liquidierbarkeit und der Weitergabe.

Darüber hinaus ist zu erkennen, dass Haushalte im untersten Nettovermögensquintil häufiger Auskunft zu exakten Beträgen geben. Sie weisen eine geringere Antwortverweigerung auf als Haushalte im obersten Nettovermögensquintil.

Ein weniger stark ausgeprägtes, aber ähnliches Muster zeigt sich auch bei einer Einteilung nach Einkommens-

⁴ Wie beschrieben werden fehlende Beobachtungen aufgrund von Antwortverweigerung (Item Non-Response) im HFCS durch multiple Imputationen bearbeitet. Dadurch entstehen fünf Datensätze, die als Implicates bezeichnet werden.

⁵ Als Kompetenzträger wird im HFCS jene Person im Haushalt bezeichnet, die sich am besten mit den Finanzen auskennt und die Haushaltsfragen beantwortet.

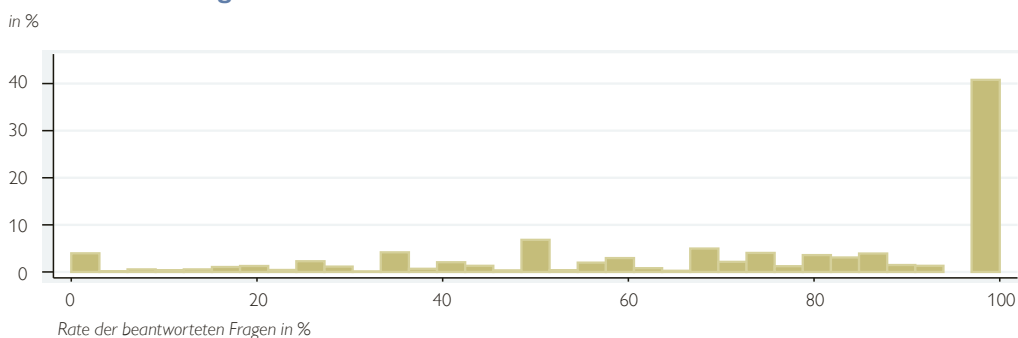
Tabelle 2

Item Non-Response der Gesamtnettvermögensabfrage über sozioökonomische Indikatoren

		Angegeben	Weiß nicht	Keine Angabe	Intervallsangabe	Gelöscht	Editiert	Total
Alter (Kompetenzträger)								
0-35	Anzahl der Haushalte	315	31	39	88	10	1	484
	Anteil in %	65,1	6,4	8,1	18,2	2,1	0,2	100,0
36-59	Anzahl der Haushalte	691	39	80	217	49	4	1.080
	Anteil in %	64,0	3,6	7,4	20,1	4,5	0,4	100,0
60+	Anzahl der Haushalte	509	35	73	161	33	4	815
	Anteil in %	62,5	4,3	9,0	19,8	4,0	0,5	100,0
Geschlecht (Kompetenzträger)								
Mann	Anzahl der Haushalte	686	31	81	214	42	8	1.062
	Anteil in %	64,6	2,9	7,6	20,2	4,0	0,8	100,0
Frau	Anzahl der Haushalte	829	74	112	252	50	1	1.318
	Anteil in %	62,9	5,6	8,5	19,1	3,8	0,1	100,0
Bildung (Kompetenzträger)								
Max. Pflichtschule	Anzahl der Haushalte	245	20	47	104	25	2	443
	Anteil in %	55,3	4,5	10,6	23,5	5,6	0,5	100,0
Lehre	Anzahl der Haushalte	608	35	76	180	33	5	937
	Anteil in %	64,9	3,7	8,1	19,2	3,5	0,5	100,0
Mittlere Schule	Anzahl der Haushalte	467	38	51	127	23	1	707
	Anteil in %	66,1	5,4	7,2	18,0	3,3	0,1	100,0
Hochschule	Anzahl der Haushalte	195	12	19	55	11	1	293
	Anteil in %	66,6	4,1	6,5	18,8	3,8	0,3	100,0
Haushaltsgröße								
Single	Anzahl der Haushalte	576	37	67	165	32	5	882
	Anteil in %	65,3	4,2	7,6	18,7	3,6	0,6	100,0
2- Personen	Anzahl der Haushalte	553	40	75	173	28	1	870
	Anteil in %	63,6	4,6	8,6	19,9	3,2	0,1	100,0
3+ Personen	Anzahl der Haushalte	386	28	51	128	32	3	628
	Anteil in %	61,5	4,5	8,1	20,4	5,1	0,5	100,0
Beschäftigung (Kompetenzträger)								
Selbstständig	Anzahl der Haushalte	88	9	12	36	14	1	160
	Anteil in %	55,0	5,6	7,5	22,5	8,8	0,6	100,0
Unselbstständig	Anzahl der Haushalte	709	41	86	199	36	4	1.075
	Anteil in %	66,0	3,8	8,0	18,5	3,3	0,4	100,0
Pension	Anzahl der Haushalte	552	34	74	182	37	4	883
	Anteil in %	62,5	3,9	8,4	20,6	4,2	0,5	100,0
Rest	Anzahl der Haushalte	164	20	20	48	5	0	257
	Anteil in %	63,8	7,8	7,8	18,7	1,9	0,0	100,0
Landwirtschaft								
Kein Landwirt	Anzahl der Haushalte	1.481	99	183	439	91	9	2.302
	Anteil in %	64,3	4,3	7,9	19,1	4,0	0,4	100,0
Landwirt	Anzahl der Haushalte	34	6	10	27	1	0	78
	Anteil in %	43,6	7,7	12,8	34,6	1,3	0,0	100,0
Vermögensquintile								
Erstes	Anzahl der Haushalte	302	19	27	71	12	1	432
	Anteil in %	69,9	4,4	6,3	16,4	2,8	0,2	100,0
Zweites	Anzahl der Haushalte	342	23	41	74	9	3	492
	Anteil in %	69,5	4,7	8,3	15,0	1,8	0,6	100,0
Drittes	Anzahl der Haushalte	280	26	42	108	30	0	486
	Anteil in %	57,6	5,3	8,6	22,2	6,2	0,0	100,0
Viertes	Anzahl der Haushalte	331	12	42	113	12	3	513
	Anteil in %	64,5	2,3	8,2	22,0	2,3	0,6	100,0
Fünftes	Anzahl der Haushalte	260	25	41	100	29	2	457
	Anteil in %	56,9	5,5	9,0	21,9	6,3	0,4	100,0
Einkommensquintile								
Erstes	Anzahl der Haushalte	293	23	38	75	10	0	439
	Anteil in %	66,7	5,2	8,7	17,1	2,3	0,0	100,0
Zweites	Anzahl der Haushalte	296	17	35	116	20	3	487
	Anteil in %	60,8	3,5	7,2	23,8	4,1	0,6	100,0
Drittes	Anzahl der Haushalte	337	26	46	106	18	2	535
	Anteil in %	63,0	4,9	8,6	19,8	3,4	0,4	100,0
Viertes	Anzahl der Haushalte	329	29	43	93	17	2	513
	Anteil in %	64,1	5,7	8,4	18,1	3,3	0,4	100,0
Fünftes	Anzahl der Haushalte	260	10	31	76	27	2	406
	Anteil in %	64,0	2,5	7,6	18,7	6,7	0,5	100,0

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Histogramm zur Rate der beantworteten Fragen der Komponenten des Nettovermögens



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

quintilen. Doch das Antwortverhalten reflektiert stärker unterschiedliche Vermögenssituationen als divergierende Einkommenssituationen. (Ein ähnliches Muster kann in Tabelle 4 erkannt werden.) Eine Hypothese dafür ist, dass Einkommensunterschiede leichter als Vermögensunterschiede über das Leistungsprinzip legitimiert werden können. Dies bedeutet, dass Auskünfte über hohes Einkommen leichter gegeben werden als über hohes Vermögen.

In Grafik 1 wird das Histogramm des Anteils der beantworteten Fragen in Relation zu den gestellten Fragen für alle Komponenten des Nettovermögens dargestellt. Nur rund 40% der Haushalte sind bereit, die Beträge aller Vermögenskomponenten exakt anzugeben. Ein sehr geringer Anteil von Haushalten verweigert die Antwort auf sämtliche gestellten Vermögensfragen. Dabei handelt es sich zumeist um Haushalte mit sehr wenigen Vermögenskomponenten (mehr als die Hälfte dieser Haushalte hat drei oder weniger der großen Anzahl an im HFCS abgefragten Vermögenskomponenten).

3.2 Einkommen

Tabelle 3a zeigt das Antwortverhalten der Respondenten auf die Fragen nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und den drei wesentlichsten Einkommensformen auf Personenebene (unselbstständiges Einkommen, selbstständiges Einkommen und öffentliche Pensionen). Es ist für die Respondenten einfacher das Nettoeinkommen zu nennen als das Bruttoeinkommen. Augenscheinlich sind auch die Antwortraten bei Fragen zum Einkommen höher als bei Fragen zum Vermögen. Gaben lediglich 64% der Respondenten einen exakten Betrag auf die Fragen nach dem Gesamtnettovermögen (siehe Tabelle 1a) an, so sind es beim monatlichen Haushaltsnettoeinkommen über 90%. Dies verdeutlicht die Schwierigkeiten der Vermögensforschung und die anhaltende Sensitivität bei der Vermögenserfassung. Des Weiteren ist die Antwortverweigerung beim Einkommen aus selbstständiger Beschäftigung erheblich höher (rund 9% „Keine Angabe“). In der Kategorie „Editiert II“ wurde die Netto-Brutto-Umrechnung (für eine genaue Dokumentation siehe Albacete et al., 2012) subsumiert. Dies erklärt die relativ hohen Werte.

Tabelle 3a

Item Non-Response Haushaltsnettoeinkommen und Einkommen auf Personenebene

	Abfrage des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens		Einkommen aus unselbstständiger Beschäftigung		Einkommen aus selbstständiger Beschäftigung		Einkommen aus öffentlicher Altersvorsorge	
	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %
Angegeben	2.145	90,1	1.263	58,3	250	54,5	842	62,6
Weiß nicht	10	0,4	49	2,3	16	3,5	20	1,5
Keine Angabe	50	2,1	76	3,5	40	8,7	50	3,7
Higher Order Missing	0	0,0	14	0,6	21	4,6	20	1,5
Intervallsangabe	144	6,1	248	11,4	89	19,4	131	9,7
Editiert I	24	1,0	212	9,8	28	6,1	31	2,3
Editiert II	7	0,3	304	14,1	15	3,2	251	18,7
Total	2.380	100,0	2.166	100,0	459	100,0	1.345	100,0

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkungen: Als „Higher Order Missing“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die aufgrund einer Antwortverweigerung der Head-Variable nicht erhoben wurden. Als „Editiert I“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die während der Editierungen auf Missing gesetzt wurden. Hierunter fallen insbesondere nicht plausible Werte, die nicht durch telefonische Nachrecherchen korrigiert werden konnten. Als „Editiert II“ werden alle Beobachtungen bezeichnet, die aufgrund der Editierungsmaßnahmen korrigiert werden konnten. Hierunter sind insbesondere auch die Netto-Brutto-Umrechnungen (siehe Albacete et al., 2012) subsumiert.

Darüber hinaus kann man in Tabelle 3b erkennen, dass insbesondere das Einkommen aus Zinsen und Finanzanlagen sowie aus Unternehmen weniger oft angegeben wird. Liegt bei den Sozialtransfers und den privaten Transfers der Anteil der „Weiß nicht“-Antworten unter 4% („Keine Angabe“ unter 3%), so zeigen die arbeitsferneren Einkommensarten (Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Zinsen

und Finanzanlagen) deutlich höhere Antwortverweigerungsraten. Rund 19% der Respondenten wählen die Option „Keine Angabe“ bei der Frage nach der Höhe des Einkommens aus Unternehmen. Dies deutet ebenso darauf hin, dass das Antwortverhalten nicht nur mit Wissen zu tun hat, sondern auch mit dem gesellschaftlichen Diskurs in Bezug auf Angaben über Vermögen.

Tabelle 3b

Item Non-Response Einkommen auf Haushaltsebene

	Einkommen aus Sozialtransfers		Einkommen aus privaten Transfers		Einkommen aus Vermietung und Verpachtung		Einkommen aus Zinsen und Finanzanlagen		Einkommen aus Unternehmungen	
	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %
Angegeben	471	78,4	122	71,8	83	76,1	579	31,4	33	25,6
Weiß nicht	23	3,8	1	0,6	7	6,4	258	14,0	14	10,9
Keine Angabe	17	2,8	5	2,9	8	7,3	147	8,0	24	18,6
Higher Order Missing	5	0,8	9	5,3	2	1,8	158	8,6	31	24,0
Intervallsangabe	70	11,6	20	11,8	3	2,8	687	37,2	12	9,3
Editiert I	6	1,0	3	1,8	3	2,8	16	0,8	5	3,9
Editiert II	9	1,5	10	5,9	3	2,8	0	0,0	10	7,8
Total	601	100,0	170	100,0	109	100,0	1.845	100,0	129	100,0

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkungen: Als „Higher Order Missing“ werde jene Beobachtungen eingestuft, die aufgrund einer Antwortverweigerung der Head-Variable nicht erhoben wurden. Als „Editiert I“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die während der Editierungen auf Missing gesetzt wurden. Darunter fallen insbesondere nicht plausible Werte, die nicht durch telefonische Nachrecherchen korrigiert werden konnten. Als „Editiert II“ werden alle Beobachtungen bezeichnet, die aufgrund der Editierungsmaßnahmen korrigiert werden konnten.

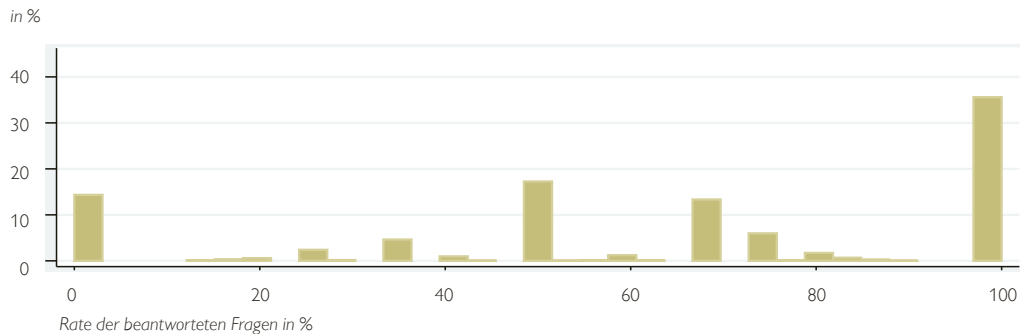
Item Non-Response über sozioökonomische Indikatoren des Gesamthaushaltsnettoeinkommens

		Angegeben	Weiß nicht	Keine Angabe	Intervalls- angabe	Gelöscht	Editiert	Total
Alter (Kompetenzträger)								
0-35	Anzahl der Haushalte	436	4	13	25	4	2	484
	Anteil in %	90,1	0,8	2,7	5,2	0,8	0,4	100,0
36-59	Anzahl der Haushalte	966	4	23	73	12	2	1.080
	Anteil in %	89,4	0,4	2,1	6,8	1,1	0,2	100,0
60+	Anzahl der Haushalte	742	2	14	46	8	3	815
	Anteil in %	91,0	0,2	1,7	5,6	1,0	0,4	100,0
Geschlecht (Kompetenzträger)								
Mann	Anzahl der Haushalte	963	3	20	61	11	4	1.062
	Anteil in %	90,7	0,3	1,9	5,7	1,0	0,4	100,0
Frau	Anzahl der Haushalte	1.182	7	30	83	13	3	1.318
	Anteil in %	89,7	0,5	2,3	6,3	1,0	0,2	100,0
Bildung (Kompetenzträger)								
Max Pflichtschule	Anzahl der Haushalte	403	3	6	24	7	0	443
	Anteil in %	91,0	0,7	1,4	5,4	1,6	0,0	100,0
Lehre	Anzahl der Haushalte	850	3	19	57	4	4	937
	Anteil in %	90,7	0,3	2,0	6,1	0,4	0,4	100,0
Mittlere Schule	Anzahl der Haushalte	624	3	19	51	7	3	707
	Anteil in %	88,3	0,4	2,7	7,2	1,0	0,4	100,0
Hochschule	Anzahl der Haushalte	268	1	6	12	6	0	293
	Anteil in %	91,5	0,3	2,0	4,1	2,0	0,0	100,0
Haushaltsgröße								
Single	Anzahl der Haushalte	813	1	14	39	12	3	882
	Anteil in %	92,2	0,1	1,6	4,4	1,4	0,3	100,0
2- Personen	Anzahl der Haushalte	770	6	22	59	9	4	870
	Anteil in %	88,5	0,7	2,5	6,8	1,0	0,5	100,0
3+ Personen	Anzahl der Haushalte	562	3	14	46	3	0	628
	Anteil in %	89,5	0,5	2,2	7,3	0,5	0,0	100,0
Beschäftigung (Kompetenzträger)								
Selbständig	Anzahl der Haushalte	137	1	0	17	4	1	160
	Anteil in %	85,6	0,6	0,0	10,6	2,5	0,6	100,0
Unselbständig	Anzahl der Haushalte	967	0	32	64	10	2	1.075
	Anteil in %	90,0	0,0	3,0	6,0	0,9	0,2	100,0
Pension	Anzahl der Haushalte	804	3	14	50	8	4	883
	Anteil in %	91,1	0,3	1,6	5,7	0,9	0,5	100,0
Rest	Anzahl der Haushalte	234	6	3	12	2	0	257
	Anteil in %	91,1	2,3	1,2	4,7	0,8	0,0	100,0
Landwirtschaft								
Kein Landwirt	Anzahl der Haushalte	2.085	10	46	131	23	7	2.302
	Anteil in %	90,6	0,4	2,0	5,7	1,0	0,3	100,0
Landwirt	Anzahl der Haushalte	60	0	4	13	1	0	78
	Anteil in %	76,9	0,0	5,1	16,7	1,3	0,0	100,0
Vermögensquintile								
Erstes	Anzahl der Haushalte	411	1	6	10	4	0	432
	Anteil in %	95,1	0,2	1,4	2,3	0,9	0,0	100,0
Zweites	Anzahl der Haushalte	442	1	14	23	9	3	492
	Anteil in %	89,8	0,2	2,8	4,7	1,8	0,6	100,0
Drittes	Anzahl der Haushalte	436	2	9	37	2	0	486
	Anteil in %	89,7	0,4	1,9	7,6	0,4	0,0	100,0
Viertes	Anzahl der Haushalte	457	2	11	37	5	1	513
	Anteil in %	89,1	0,4	2,1	7,2	1,0	0,2	100,0
Fünftes	Anzahl der Haushalte	399	4	10	37	4	3	457
	Anteil in %	87,3	0,9	2,2	8,1	0,9	0,7	100,0
Einkommensquintile								
Erstes	Anzahl der Haushalte	410	1	4	20	4	0	439
	Anteil in %	93,4	0,2	0,9	4,6	0,9	0,0	100,0
Zweites	Anzahl der Haushalte	453	2	6	19	5	2	487
	Anteil in %	93,0	0,4	1,2	3,9	1,0	0,4	100,0
Drittes	Anzahl der Haushalte	472	3	20	31	6	3	535
	Anteil in %	88,2	0,6	3,7	5,8	1,1	0,6	100,0
Viertes	Anzahl der Haushalte	452	1	14	43	2	1	513
	Anteil in %	88,1	0,2	2,7	8,4	0,4	0,2	100,0
Fünftes	Anzahl der Haushalte	358	3	6	31	7	1	406
	Anteil in %	88,2	0,7	1,5	7,6	1,7	0,2	100,0

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Grafik 2

Histogramm zur Rate der beantworteten Fragen über Einkommensformen zum jährlichen Bruttohaushaltseinkommen



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Darüber hinaus zeigt Tabelle 4 die Item Non-Response des monatlichen Gesamthaushaltsnettoeinkommens über sozioökonomische Indikatoren. Im Vergleich zu Tabelle 2 zum Gesamtnettovermögen kommt deutlich der Unterschied im Antwortverhalten bezüglich Einkommen und Vermögen zum Ausdruck. Abgesehen von selbstständig Beschäftigten, Haushalten mit Landwirtschaft und Vermögenden ist der Unterschied nach sozioökonomischen Indikatoren relativ gering und die Antwortbereitschaft hoch. Mit rund 86% respektive 77% der Haushalte, die einen exakten Betrag nennen, sind selbstständig Beschäftigte und Landwirte die Berufsgruppen mit den niedrigsten Werten bei den Betragsangaben zum monatlichen Haushaltsnettoeinkommen.

In Grafik 2 wird das Histogramm des Anteils der beantworteten Fragen in Relation zu den gestellten Fragen für alle Komponenten des Haushaltsbruttoeinkommens (inklusive Einkommen aller Haushaltsmitglieder mit einem Mindestalter von 16 Jahren) dargestellt. Im Gegensatz zur Rate der beantworteten Fragen der Vermögenskomponenten zeigt sich hier ein anderes Bild. Mehr als 10% der Respondenten nennen auf sämtliche gestellten Einkommens-

fragen keinen Betrag. Oft wird genau die Hälfte der Einkommensfragen beantwortet. Die Haushalte beantworten die Fragen nach dem arbeitsbezogenen Einkommen, aber nicht jene nach dem Einkommen aus Finanzanlagen.

3.3 Konsum

Fragen zum Konsum werden vergleichsweise am häufigsten beantwortet. Dies bedeutet, dass sie in der Fragenabfolge im HFCS-Fragebogen einen guten Einstieg in die Thematik der Finanzen bieten und die Respondenten damit gleichsam auf schwierigere Fragenabschnitte vorbereitet werden können. Es gab kaum Antwortverweigerung; nur 0,5% machten „Keine Angabe“ und nur 1,1% gaben „Weiß nicht“ an (siehe Tabelle 5, Spalte „Gesamte Konsumausgaben“). Ebenso war bei den Fragen nach den Konsumausgaben die Angabe in Intervallen relativ gering.

4 Erhebungsformen und Verteilung der erfassten Werte

4.1 Nettovermögen

Nicht nur das Antwortverweigerungsverhalten, sondern auch die Verteilung gibt Aufschluss über die Unterschiede der Fragevarianten im HFCS Österreich. Tabelle 6 zeigt die Verteilung des Nettovermögens. In Spalte 1 und 2

Item Non-Response Konsumfragen

	Gesamte Konsumausgaben		Ausgaben für Essen zu Hause		Ausgaben für Essen außer Haus		Ausgaben für regelmäßige private Transfers	
	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %
Angegeben	2.216	93,1	2.292	96,3	2.300	96,6	216	94,3
Weiß nicht	25	1,1	3	0,1	8	0,3	1	0,4
Keine Angabe	12	0,5	5	0,2	4	0,2	3	1,3
Higher Order Missing	0	0,0	0	0,0	0	0,0	3	1,3
Intervallsangabe	116	4,9	80	3,4	67	2,8	6	2,6
Editiert I	11	0,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Editiert II	0	0,0	0	0,0	1	0,0	0	0,0
Total	2.380	100,0	2.380	100,0	2.380	100,0	229	100,0

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkung: Als „Higher Order Missing“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die aufgrund einer Antwortverweigerung bei der Head-Variable nicht erhoben wurden. Als „Editiert I“ werden jene Beobachtungen eingestuft, die während der Editierungen auf Missing gesetzt wurden. Darunter fallen insbesondere nicht plausible Werte, die nicht durch telefonische Nachrecherchen korrigiert werden konnten. Als „Editiert II“ werden alle Beobachtungen bezeichnet, die aufgrund der Editierungsmaßnahmen korrigiert werden konnten.

werden die angegebenen Werte bei der Frage des Gesamtnettovermögens und des auf Basis der Komponenten errechneten Nettovermögens (beides ungewichtet) dargestellt. Haushalte, die eine Wertangabe verweigern (siehe Kapitel 3) bzw. die Angabe aller Werte bei den Komponenten verweigern, werden hier nicht berücksichtigt (Case-wise Deletion). Haushalte, die nur teilweise Wertangaben machten, die zur Berechnung des Nettovermögens notwendig sind, wurden in die Berechnung einbezogen. Die ungewichteten Ergebnisse der ersten Welle zeigen, dass die angegebenen Gesamtnettovermögenswerte höher sind als der aufsummierte Gesamtbetrag der abgefragten Vermögenskomponenten. Dies kann zwei unterschiedliche Gründe haben. Entweder rechnen die Befragten etwas dazu, was sie bei der detaillierten Abfrage nicht angegeben haben, oder sie korrigieren ihre Detailangaben im Gesamtbefund. Wichtig ist, dass es sich in den ersten beiden Spalten um eine

Analyse der Haushalte der Nettostichprobe des HFCS und nicht der Haushaltsbevölkerung Österreichs handelt, weshalb keine Gewichte verwendet werden.⁶

Betrachtet man nun die Ergebnisse der österreichischen Haushaltsbevölkerung (die beiden letzten Spalten), die sowohl Gewichtung als auch Imputationsstruktur in angemessener Weise berücksichtigen, lässt sich erkennen, dass das aus den Komponenten errechnete Nettovermögen tendenziell über jenem aus der Abfrage des Gesamtnettovermögens liegt. Wie in der Literatur bereits dokumentiert, liegt die Summe der Teile über dem Ergebnis einer Gesamtabfrage. Der Durchschnitt ist bei beiden Erhebungsvarianten nahezu identisch. Insgesamt ist die Verteilung im Wesentlichen ähnlich. Der obere Teil der Verteilung ist aufgrund der Imputationen sowohl bei der Gesamtabfrage als auch bei der Summe der Komponenten höher. Dies zeigt, dass das Antwortverhalten nicht unabhängig

⁶ Bei der Abfrage des Gesamtnettovermögens waren nur nicht negative Werte zulässig. Die Möglichkeit, negative Werte anzugeben, besteht erst seit der zweiten Welle des HFCS.

Tabelle 6

von der Höhe des Vermögens ist (siehe auch Tabelle 2). Insbesondere bei relativ hohen Werten wird häufiger entweder in einem Intervall geantwortet oder die Antwort verweigert. Das höchste Perzentil liegt sowohl bei den nicht imputierten als auch bei den imputierten Werten in der Gesamtnettovermögensabfrage höher als im errechneten Nettovermögen. Dies weist darauf hin, dass die Spitze der Vermögensverteilung im HFCS nicht auf den Imputationen bestimmter Werte beruht, sondern durch die alternative Abfragemethode bestätigt wird. Es stellt sich heraus, dass die Verteilung gemessen am Gini-Koeffizienten der Gesamtnettovermögensabfrage im Vergleich zur errechneten Summe aller Komponenten ungleicher ist.

4.2 Einkommen

Analog zum Vermögen werden in Tabelle 7 die Verteilungen der Werte der unterschiedlichen Varianten zur Abfrage des Einkommens gegenüberge-

Verteilung der unterschiedlichen Fragen zum Nettovermögen

	Nicht imputiert		Multipel imputiert	
	Abfrage des Gesamtnettovermögens	Errechnetes Nettovermögen auf Basis der Komponenten	Abfrage des Gesamtnettovermögens	Errechnetes Nettovermögen auf Basis der Komponenten
P1	0	-29.500	0	-38.020
P5	100	0	325	-194
P10	2.000	600	1.782	977
P25	9.000	6.700	8.000	10.315
P50	50.000	36.818	50.100	76.445
Mean	180.025	157.621	265.767	265.033
P75	210.000	198.900	220.000	250.470
P90	400.000	382.200	464.512	542.163
P95	600.000	554.600	807.427	934.550
P99	2.000.000	1.511.400	3.988.835	3.239.591

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

stellt. Aufgrund der unterschiedlichen Fragestellung zu monatlichem und jährlichem sowie Netto- bzw. Bruttoeinkommen und um einen einfacheren Vergleich zu ermöglichen, wurde das Bruttoeinkommen auf Basis folgender einfacher Formel⁷ umgerechnet:

Tabelle 7

Verteilung der unterschiedlichen Fragen zum Haushaltseinkommen

	Nicht imputiert			Multipel imputiert		
	Abfrage des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens	Errechnetes jährliches Haushaltsbruttoeinkommen auf Basis aller Einkommensarten	Haushaltsbruttoeinkommen jährlich umgerechnet in monatliches Haushaltsnettoeinkommen	Abfrage des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens	Errechnetes jährliches Haushaltsbruttoeinkommen auf Basis aller Einkommensarten	Haushaltsbruttoeinkommen jährlich umgerechnet in monatliches Haushaltsnettoeinkommen
P1	600	200	10	600	4.263	203
P5	800	5.400	257	792	10.056	479
P10	956	10.000	476	950	12.275	585
P25	1.300	16.000	762	1.300	19.493	928
P50	2.000	26.985	1.285	2.000	32.296	1.538
Mean	2.279	34.221	1.630	2.306	43.929	2.092
P75	3.000	44.000	2.095	3.000	53.500	2.548
P90	4.000	66.400	3.162	4.000	79.480	3.785
P95	4.500	82.100	3.910	4.822	107.544	5.121
P99	6.900	124.500	5.929	6.960	227.188	10.818

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

⁷ Diese Umrechnung stellt keine adäquate Schätzung des Nettoeinkommens einzelner Haushalte dar, ist jedoch für einen grundlegenden Vergleich ausreichend und erlaubt eine transparente Gegenüberstellung.

$$\text{Nettoeinkommen monatlich} = \frac{\text{Bruttoeinkommen jährlich} * \frac{2}{3}}{14}$$

Tabelle 8

Verteilung der unterschiedlichen Fragen zum Konsum

	Nicht imputiert		Multipl imputiert	
	Abfrage der gesamten Konsumausgaben	Errechnete Konsumausgaben auf Basis der Komponenten	Abfrage der gesamten Konsumausgaben	Errechnete Konsumausgaben auf Basis der Komponenten
P1	240	0	231	130
P5	350	150	350	200
P10	450	200	407	236
P25	600	310	600	334
P50	800	450	800	500
Mean	919	525	931	562
P75	1.104	640	1.200	652
P90	1.500	900	1.500	921
P95	1.800	1.100	1.870	1.111
P99	3.000	1.700	3.000	2.116

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Die Angaben auf die Frage nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen liegen – wie bei der Vermögenserfassung – über jenen des aus Komponenten errechneten Gesamteinkommens. Dies ist jedoch nicht nur über die gesamte Verteilung der nicht imputierten Werte der Fall, sondern auch nach den Imputationen bis zum 90. Perzentil. Festzuhalten ist ebenso, dass sich die Perzentile des Haushaltsnettoeinkommens aufgrund der geringen Antwortverweigerungsrate durch die Imputationen nur geringfügig ändern. Insbesondere im oberen Teil der Einkommensverteilung werden jedoch häufig zumindest Teile des Einkommens nur in Intervallen bzw. nicht angegeben. Dies zeigt die große Bedeutung der bestmöglichen Korrektur einer Antwortverweigerung. Eine Beschränkung auf vollständig erfasste Haushalte (oder eine mangelhafte Imputation der fehlenden Werte) würde eine Verzerrung der Einkommensverteilung be-

deuten. Wiederum kann jedoch die Imputation der einzelnen Einkommensformen durch die Abfrage des gesamten Einkommens auf Konsistenz geprüft und im HFCS für angemessen erachtet werden.

4.3 Konsum

Beim Konsum haben die Respondenten im Gesamten mehr angegeben als nur die Teile, die zur Berechnung verwendet werden. Die nicht imputierten und die imputierten Ergebnisse sind ähnlich. Dies liegt an der niedrigen Item-Non-Response-Rate in diesem Fragenblock.

5 Multiple Imputationen am Beispiel der Lebensversicherungen

Eine wichtige Form der finanziellen Vorsorge der privaten Haushalte in Österreich stellt die Geldanlage in Lebensversicherungen dar. Fessler et al. (2012) zeigen, dass 38 % der Haushalte in Österreich wenigstens eine Lebensversicherung haben und dass der durchschnittliche Gesamtwert über alle Lebensversicherungen eines Haushalts bei rund 27.000 EUR liegt.

Das Ziel des HFCS ist es, den Gesamtwert der Lebensversicherung abzubilden. Nach dem aktuellen Wert der Lebensversicherung zu fragen, wäre aber nicht zielführend, da viele Menschen Schwierigkeiten bei der Einschätzung des derzeitigen Gesamtwerts ihrer Lebensversicherungen haben. Im Fragebogen des HFCS wird daher darauf geachtet, bei der Abfrage der Informationen zu den Lebensversicherungen alle notwendigen Informationen zur Berechnung des aktuellen Werts zu erheben, die den Inhabern einer Lebensversicherungspolizze in der Regel bekannt sind. So wurde in der ersten Welle des HFCS in Österreich wie folgt

vorgegangen (siehe auch Albacete et al. 2012):

- Frage nach dem Abschluss einer Lebensversicherung (Ja/Nein)
- Abfrage der Anzahl der Lebensversicherungen
- Für jede Lebensversicherung:
 - Jahr des Abschlusses der Lebensversicherung
 - Laufzeit der Lebensversicherung
 - Periodizität der Einzahlungen
 - Höhe der Prämie

Durch diese Art der Abfrage kann auf Basis der akkumulierten Summe aller Einzahlungen bis zum Erhebungszeitpunkt der Wert⁸ der jeweiligen Lebensversicherung ermittelt werden. Auch ist sichergestellt, dass nur Informationen abgefragt werden, die den Respondenten mit Lebensversicherungsverträgen in der Regel bekannt sind.

Wie in jeder Frage des HFCS besteht auch bei den einzelnen Fragen zu den Lebensversicherungen die Möglichkeit der Antwortverweigerung („Weiß nicht“ oder „Keine Angabe“). Wird die Angabe zum Jahr des Abschlusses bzw. zur Periodizität oder Höhe der Einzahlung verweigert, ist die Berechnung des Gesamtwerts der Anlagen in Lebensversicherungen erschwert. Wie bei allen anderen Komponenten kommt hier ein iterativer Bayesscher Ansatz zur multiplen Imputation zur Anwendung. Details werden in Kapitel 5 in Albacete et al. (2012) erläutert.⁹ Aufgrund der benutzerfreundlichen Erfassung der Informationen zu den Lebensversicherungen können sowohl die einzelnen Variablen als auch der ex post berechnete Gesamtwert der in Lebensversicherungen gehaltenen Vermögen imputiert werden. In der ersten Welle des HFCS in Öster-

reich wurden beide Varianten durchgeführt.

Tabelle 9 zeigt die Ergebnisse der zwei unterschiedlichen Varianten. Da es sich um einen Vergleich der gesamten Verteilung bereits imputierter Variablen handelt, wurden bei der Berechnung die finalen Haushaltsgewichte und die Imputationsstruktur des HFCS miteinbezogen. Dies bedeutet, dass in Tabelle 9 die gewichteten Perzentile des Vermögens in Lebensversicherungen für alle Haushalte mit einer Lebensversicherung (i.e. konditional) dargestellt werden.

In dieser Tabelle wird erkennbar, dass die Verteilung in beiden Varianten ähnlich ist. Betrachtet man alle Perzentile unterhalb des Medians, so liegt die absolute Differenz unter 400 EUR. Beim Median ergibt sich eine Differenz von rund 660 EUR (rund 6% des Werts). Bei den höheren Perzentilen ergeben sich größere absolute Unterschiede. So beträgt die absolute Differenz des 90. Perzentsils rund 11.000 EUR. Dies ist insbesondere auf die höhere Variabilität der Imputation der

Tabelle 9

Konditionale Verteilung des Vermögens in Lebensversicherungen

	Gesamtwert imputiert	Einzelne Variablen imputiert	Differenz absolut	Differenz in %
P10	1.529	1.330	-199	-13,0
P20	3.106	3.191	85	2,7
P30	5.139	5.470	331	6,4
P40	7.718	8.111	393	5,1
P50	11.137	11.799	662	5,9
P60	15.702	16.655	953	6,1
P70	22.137	23.539	1.402	6,3
P80	30.769	34.114	3.345	10,9
P90	54.551	65.328	10.777	19,8

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

⁸ Etwaige Kursschwankungen der Folgeinvestitionen von Lebensversicherungen werden hierbei nicht berücksichtigt.

⁹ Zu einer weiterführenden Thematisierung der multiplen Imputationen siehe Albacete (2014) und Little und Rubin (2002).

einzelnen Variablen zurückzuführen. Der durchschnittliche Wert in den Lebensversicherungen für die Haushalte, die Lebensversicherungen halten, beläuft sich auf rund 27.000 EUR, betrachtet man die Daten, bei denen die Gesamtwerte imputiert sind, und auf rund 49.000 EUR, wenn die einzelnen Variablen imputiert sind. Dies zeigt die Sensitivität dieser Maßzahl in Bezug auf extrem hohe Werte.

Beide Formen der Imputation ergeben über den größten Teil der Verteilung ähnliche Werte. Dies zeigt, wie eine benutzerfreundliche Abfrage, die gleichzeitig eine relativ niedrige Item Non-Response gewährleistet, genutzt werden kann, um einen relativ komplex zu erfassenden Wert von Lebensversicherungen durch verschiedene Versionen zu plausibilisieren.

6 Schlussfolgerungen

Menschen würden zu ihrem Einkommen und insbesondere zu ihrem Vermögen gerne schweigen. Im HFCS wurde ein großer methodischer Aufwand getätigt, um trotzdem valide Betragsangaben zu den Finanzen privater Haushalte zu erhalten. Nach denselben Betragsvariablen in unterschiedlicher Weise gefragt, sollte sich idealiter derselbe Wert ergeben. Dem ist aber nicht so. Bei Vermögen und Einkommen ergeben sich durchaus beachtliche Abweichungen. Die Gründe sind vielfältig und reichen von Verschweigen, Vergessen bis hin zu Unwissenheit.

Dies zeigt die Notwendigkeit einer detaillierten Abfrage. Schlicht nach dem Vermögen von privaten Haushalten zu fragen, würde dazu führen, dass niedrigere Werte angegeben werden. Über einen großen Teil der Nettovermögensverteilung sind die Perzentile der Vermögenswerte in der Gesamt-nettovermögensabfrage niedriger. Der Median beim Nettovermögen läge um rund 35 % niedriger als bei der detaillierten Abfrage.

Die multiplen Imputationen der einzelnen Vermögenskomponenten mit anschließender Aggregation auf das Nettogesamtvermögen führen im HFCS Austria dazu, dass die gemessene Ungleichheit im Vergleich zu der imputierten Gesamtnettovermögensabfrage sinkt. Dies belegt neuerlich die besonders vorsichtige Einschätzung der Vermögensungleichheit im HFCS Austria 2010.

In Haushaltserhebungen variiert der Grad der fehlenden Auskunftsbereitschaft markant über die verschiedenen Vermögenskomponenten. Gerne wird über den Wert von PKWs im Eigentum gesprochen, nur ungern über Finanzvermögen. Die Selbstständigen und insbesondere die Landwirte geben nur ungern Auskunft zu ihren Finanzen. Wir belegen zudem deutliche Unterschiede in der Bereitschaft über Einkommen oder über Vermögen zu sprechen. Dies belegt, dass Vermögensfragen ein noch komplexeres Forschungsgebiet darstellen als Einkommenserhebungen.

Literaturverzeichnis

- Albacete, N., P. Lindner, K. Wagner und S. Zottel. 2012.** Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Methodische Grundlagen für Österreich. Addendum zu Geldpolitik und Wirtschaft Q3/12.
- Albacete, N. und M. Schürz. 2014a.** Paradata im HFCS Austria 2010 – Teil 1: Evaluierung von Non-Response-Fehlern. Statistiken – Daten & Analysen Q1/14. OeNB. 81–97.
- Albacete, N. und M. Schürz. 2014b.** Paradata im HFCS Austria 2010 – Teil 2: Evaluierung von Messfehlern. Statistiken – Daten & Analysen Q3/14. OeNB. 54–64.
- Albacete, N. 2014.** Multiple Imputation in the Austrian Household Survey on Housing Wealth. Austrian Journal of Statistics, 43, 5–28.
- Andreasch, M., Fessler, P. und M. Schürz. 2012.** Spareinlagen in Österreich – Sicherheitsanker in Krisenzeiten in: OeNB Geldpolitik und Wirtschaft Q2/2012 86–99.
- Browning, M., Crossley, T.F. und G. Weber. 2003.** Asking Consumption Questions in General Purpose Surveys. The Economic Journal, 113, 491. 540–567.
- Browning, M., Crossley, T.F. und J. Winter. 2014.** The Measurement of Household Consumption Expenditures. The Annual Review of Economics, 6. 475–501.
- Canberra Group on Income. 2001.** Expert Group on Household Income Statistics Final Report and Recommendations.
- Davies, J. B., und A. F. Shorrocks. 2000.** The Distribution of Wealth. In: Atkinson, A. und F. Bourguignon (Hrsg.). Handbook of Income Distribution, Elsevier, 605–675.
- ECB. 2013.** The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey: Methodological Report for the First Wave. Februar.
- Fessler, P., P. Mooslechner und M. Schürz. 2012.** Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010: Erste Ergebnisse für Österreich. Monetary Policy & the Economy Q3/12.
- Fessler, P. und M. Schürz. 2015.** Private Wealth across European Countries: The Role of Income, Inheritance and the Welfare State. Mimeo.
- Kish, L. 1995.** Survey Sampling. New York: Wiley.
- Little, R. J. A. und D. B. Rubin. 2002.** Statistical Analysis with Missing Data. Wiley Series in Probability and Statistics. New York: Wiley. 2. Auflage.
- OECD. 2013.** Guidelines for Micro Statistics on Household Wealth.
- Piketty, T. 2014.** Kapital im 21. Jahrhundert. C.H.Beck Verlag, München.
- Simmel, G. 1989.** Philosophie des Geldes. Suhrkamp. Erstveröffentlichung im Jahr 1900.

Anhang 1: Frage nach dem Gesamtnettovermögen eines Haushalts

Was denken Sie, wie hoch ist Ihr Gesamtnettovermögen/das Gesamtnettovermögen Ihres Haushalts ungefähr?

Das Gesamtnettovermögen ist die Summe aller Vermögensbestände (inklusive Immobilien- und Sachvermögen) abzüglich der Summe aller Verbindlichkeiten.

Numerische Angabe in Euro,
10-stellig (positive Werte)

- 1 Weiß nicht
- 2 Keine Angaben

**Anhang 2:
Frage nach dem gesamten
monatlichen Nettoeinkommen
eines Haushalts**

Wie hoch, schätzen Sie, ist Ihr monatlich verfügbares Nettoeinkommen/das monatlich verfügbare Nettoeinkommen Ihres Haushalts insgesamt?

Ich meine dabei die Summe, die sich aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Rente oder Pensionen ergibt. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung,

Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu und ziehen Sie dann Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ab.

Hier ist das gesamte Nettoeinkommen für alle Haushaltsmitglieder zusammen gemeint.

Nettoeinkommen = Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben

Interviewerhinweis: Lister verschiedener Einkommensarten, die nicht vergessen werden dürfen, ist im Kartenbuch.

Numerische Angabe in Euro,
6-stellig

- 1 Weiß nicht
- 2 Keine Angaben

DATEN

Redaktionsschluss: 17. April 2015

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website (www.oenb.at) unter „Statistik und Meldeservice/Statistische Daten“ abgerufen werden.

Statistische Daten: www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html

Dynamische Abfrage: www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie

Veröffentlichungskalender: www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE

Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	73
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	74
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	75
4 Konsolidierte Bilanz der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	76
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	77
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	78
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	79
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	80
9 Sonstige Finanzintermediäre	81
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	82
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	83
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	84
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	85
14 Direktinvestitionen	86

Tabelle 1

Österreichischer Beitrag¹ zu den Euro-Geldmengen M3

Periodenstand	2012	2013	2014	Okt. 14	Nov. 14	Dez. 14	Jän. 14	Feb. 14
	<i>in Mio EUR</i>							
M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)	267.546	273.114	284.740	280.998	278.741	284.740	286.616	286.761
1. Einlagen aus Repo Geschäften ⁵	74	292	227	157	155	227	298	226
2. Begebene Geldmarktfondsanteile ²	399	182	46	54	57	46	78	40
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren ²	5.145	4.435	4.731	5.290	4.792	4.731	5.145	4.833
M2 (M1 + 4. + 5.)	261.928	268.205	279.736	275.497	273.737	279.736	281.095	281.662
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	125.144	119.292	118.276	117.078	117.543	118.276	118.027	117.492
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	34	492	3.401	3.727	3.530	3.401	3.787	3.804
M1 (6.)	136.750	148.421	158.059	154.692	152.664	158.059	159.281	160.366
6. Täglich fällige Einlagen	136.750	148.421	158.059	154.692	152.664	158.059	159.281	160.366
Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten								
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	58.459	58.471	54.528	54.972	55.014	54.528	54.081	53.742
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	0	0	0	0	0	0	0	0
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren ²	146.602	139.977	122.279	122.597	122.395	122.279	122.482	122.824
Kapital und Rücklagen ³	105.703	100.149	97.056	103.626	104.101	97.056	100.013	98.594
Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum⁴								
Öffentliche Haushalte	75.991	79.104	91.552	85.053	85.257	91.552	96.003	94.979
Sonstige Nicht-MFIs	420.063	414.852	392.620	415.691	415.599	392.620	386.967	387.270
Buchkredite	345.189	339.296	336.532	339.897	339.726	336.532	338.683	339.366
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	90.152	88.748	94.219	88.298	89.443	94.219	100.063	98.722

Quelle: OeNB.

¹ Ohne Bargeldumlauf.

² Positionen sind um entsprechende Forderungen an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

³ Die Position „Kapital und Rücklagen“ ist um Aktien und sonstige Anteilsrechte an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

⁴ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für nicht titrierte Kredite der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

⁵ Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

Ausleihungen¹ innerhalb und außerhalb des Euroraums

Periodenendstand	2012	2013	2014	Aug. 14	Sep. 14	Okt. 14	Nov. 14	Dez. 14	Jän. 15	Feb. 15
	<i>in Mio EUR</i>									
Ausleihungen im Euroraum										
Nichtbanken Finanzintermediäre	34.845	30.603	30.258	30.522	30.457	28134	26755	30520	29481	30.490
Vertragsversicherungen und Pensionskassen	186	250	92	107	111	114	179	104	111	123
Nichtfinanzielle Unternehmen	165.646	164.308	160.283	166.907	167.408	165.705	166.561	159.560	160.158	160.548
Private Haushalte	144.511	144.136	145.899	145.440	146.239	145.943	146.232	145.867	149.049	148.207
Ausleihungen für Konsumzwecke	22.739	21.792	20.753	21.381	21.474	21.037	21.074	20.753	20.773	20.434
Ausleihungen für Wohnbau	86.281	87.622	90.703	89.185	89.681	89.992	90.259	90.702	93.513	93.165
Sonstige Ausleihungen	35.492	34.723	34.443	34.874	35.085	34.914	34.898	34.412	34.762	34.607
Öffentliche Haushalte	29.676	27.457	28.785	26.764	26.862	26.679	26.981	29.261	30.000	293.24
Ausleihungen außerhalb des Euroraums										
Banken	56.875	50.788	48.425	57.151	48.160	51.891	53.725	48.425	56.234	54.858
Nichtbanken	61.226	62.660	57.063	62.738	61.670	56.371	57.052	57.063	59.076	58.581
Öffentliche Haushalte	4.536	3.589	3.326	3.386	3.360	3.161	3.175	3.326	3.385	3.409

Quelle: OeNB.

¹ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für Ausleihungen der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

Tabelle 3

Kundenzinssätze¹ – Neugeschäft

	2012	2013	2014	Aug. 14	Sep. 14	Okt. 14	Nov. 14	Dez. 14	Jän. 15	Feb. 15
Einlagenzinssätze²										
von privaten Haushalten³										
mit vereinbarten Laufzeiten										
bis 1 Jahr	1,25	0,73	0,58	0,54	0,55	0,53	0,49	0,45	0,43	0,41
1 bis 2 Jahre	1,69	0,96	0,81	0,69	0,65	0,60	0,66	0,61	0,57	0,53
über 2 Jahre	2,16	1,56	1,4	1,29	1,25	1,23	1,26	1,5	1,01	0,88
von nichtfinanziellen Unternehmen³										
mit vereinbarten Laufzeiten										
bis 1 Jahr	0,81	0,42	0,42	0,39	0,36	0,31	0,36	0,41	0,25	0,27
Kreditzinssätze²										
an private Haushalte³										
für Konsum	4,77	4,73	4,93	4,96	4,98	4,93	4,83	4,68	4,75	4,84
Effektivzinssatz ⁴	6,38	6,47	6,9	7,01	7,14	7,03	6,84	6,66	6,65	6,83
Wohnbau	2,71	2,39	2,29	2,28	2,27	2,12	2,11	2,14	1,98	2,07
Effektivzinssatz ⁴	3,21	2,84	2,73	2,74	2,72	2,54	2,53	2,52	2,35	2,5
für sonstige Zwecke	2,64	2,48	2,47	2,57	2,49	2,35	2,40	2,31	2,28	2,31
freie Berufe	2,91	2,73	2,67	2,71	2,64	2,54	2,60	2,41	2,38	2,36
an nichtfinanzielle Unternehmen³										
Kredite bis 1 Mio EUR	2,46	2,28	2,27	2,23	2,18	2,13	2,11	2,15	2,13	2,13
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,99	1,99	2,04	2,02	1,89	1,94	1,91	2,05	1,92	1,86
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,86	2,56	2,47	2,44	2,45	2,27	2,24	2,22	2,27	2,35
Kredite über 1 Mio EUR	1,98	1,77	1,74	1,66	1,55	1,58	1,53	1,72	1,62	1,55
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,65	1,48	1,43	1,41	1,32	1,28	1,26	1,47	1,29	1,32
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,76	2,43	2,38	2,25	2,12	2,03	2,09	2,02	2,09	2,01

Quelle: OeNB.

¹ Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

² In Euro.

³ Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

⁴ Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Konsolidierte Bilanz der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute

	2011	2012	2013	Q4 11	Q4 12	Q4 13	Q4 14
<i>in Mio EUR</i>							
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	33.254	38.789	32.040	33.254	38.789	32.040	40.508
Kredite und Forderungen inklusive Finanzierungsleasing	814.638	813.023	782.074	814.638	813.023	782.074	763.844
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) und andere nicht festverzinsten Wertpapiere	197.657	193.404	179.336	197.657	193.404	179.336	178.672
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert ¹	39.317	42.090	26.698	39.317	42.090	26.698	41.239
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	19.790	20.831	19.954	19.790	20.831	19.954	18.820
Materielle Vermögenswerte	23.539	19.229	18.498	23.539	19.229	18.498	13.333
Immaterielle Vermögenswerte	8.308	7.399	4.646	8.308	7.399	4.646	3.144
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	29.810	28.829	26.467	29.810	28.829	26.467	19.439
Aktiva insgesamt	1.166.313	1.163.595	1.089.713	1.166.313	1.163.595	1.089.713	1.079.000
Einlagen von Zentralbanken	10.692	15.367	10.286	10.692	15.367	10.286	13.772
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	207.511	199.901	167.805	207.511	199.901	167.805	158.677
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	518.779	537.859	541.454	518.779	537.859	541.454	556.285
Schuldverschreibungen und andere finanzielle Verbindlichkeiten gemäß IAS 39	230.724	212.975	196.230	230.724	212.975	196.230	176.835
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	36.721	37.159	25.489	36.721	37.159	25.489	34.098
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1.249	1.093	919	1.249	1.093	919	949
Nachrangige Verbindlichkeiten	25.542	24.190	22.681	25.542	24.190	22.681	21.376
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	103	0	0	103	0	0	0
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	8.796	3.845	2.248	8.796	3.845	2.248	1.546
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	35.176	31.910	27.861	35.176	31.910	27.861	23.917
Rückstellungen	11.330	12.859	13.300	11.330	12.859	13.300	15.338
Eigenkapital und Fremdanteile ²	79.690	86.436	81.440	79.690	86.436	81.440	76.207
Passiva insgesamt	1.166.313	1.163.595	1.089.713	1.166.313	1.163.595	1.089.713	1.079.000

Quelle: OeNB.

¹ Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt.² Darin enthalten sind auch „Fonds für allgemeine Bankrisiken“.

Tabelle 5

Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors¹ gemäß Teil 2 und 3 CRR

	Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14
<i>in Mio EUR</i>				
Eigenmittel	91.209	90.287	88.664	87.801
Kernkapital	70.589	68.780	68.023	66.559
Hartes Kernkapital	70.178	68.357	67.628	66.334
Zusätzliches Kernkapital	411	423	395	225
Ergänzungskapital (T2)	20.619	21.507	20.640	21.242
Gesamtrisikobetrag	584.096	581.498	572.356	563.197
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	502.925	504.473	498.610	491.699
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	0	0	0	1
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	16.343	14.010	13.889	13.875
Gesamtbetrag der Risikopositionen für operationelle Risiken	55.728	55.059	52.864	51.302
Zusätzlicher Risikopositionsbeitrag aufgrund fixer Gemeinkosten ²	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung	8.015	7.870	6.897	6.236
Gesamtbetrag der Risikopositionen in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch ³	75	85	97	84
Sonstige Risikopositionsbeträge ⁴	1.011	0	0	0
<i>in %</i>				
Harte Kernkapitalquote (CET1)	12,01	11,76	11,82	11,78
Kernkapitalquote (T1)	12,09	11,83	11,88	11,82
Gesamtkapitalquote	15,62	15,53	15,49	15,59
<i>Anzahl</i>				
Anzahl der Banken	562	559	556	549

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Consolidated Banking Data) 67“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Eigenmittelausstattung des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Nur von Investmentfirmen zu melden.

³ Artikel 92(3) Punkt (b) (ii) und 395 bis 401 CRR.

⁴ Artikel 3, 458, 459.

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute

	Q4 13	Q4 14
	in Mio EUR	
Zinsergebnis	18.598	19.325
Zinsen und ähnliche Erträge	35.978	35.383
(Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	17.380	16.058
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) ¹	0	0
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	661	812
Provisionsergebnis	7.590	7.740
Provisionserträge	10.071	10.592
(Provisionsaufwand)	2.481	2.852
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	932	478
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto ¹	670	462
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS ¹	738	555
Sonstige betriebliche Erträge	6.059	3.142
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	5.779	3.858
Betriebserträge, netto	29.470	28.656
(Verwaltungsaufwendungen)	17.007	16.175
(davon: Personalaufwendungen)	10.378	9.545
(davon: Sachaufwendungen)	6.628	6.630
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inklusive Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	4.532	3.191
Betriebsergebnis	7.953	9.290
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	-7.004	6.179
(Sonstige Rückstellungen) ¹	230	247
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-336	97
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert ¹	20	1
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ¹	553	284
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuft langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen ¹	-6	-11
Außerordentliches Ergebnis	325	-10
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	1.276	3.029
(Ertragssteuern)	1.281	1.773
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	-5	1.257
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern ¹	-473	-179
(Fremdanteile) ¹	557	-346
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	-1.035	1.423

Quelle: OeNB.

¹ Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Anmerkung: Abzugsposten sind in Klammern dargestellt.

Tabelle 7

Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)

	2011		2012		2013		Q3 14		Q4 14	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	550	0,3	512	0,3	553	0,3	501	0,3	559	0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	400	0,2	440	0,3	454	0,3	487	0,3	430	0,3
Herstellung von Waren	22.443	13,9	23.225	14,2	22.571	13,8	22.620	13,8	21.887	14,0
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	6.443	4,0	6.304	3,9	6.334	3,9	6.840	4,2	6.653	4,3
Bau	10.463	6,5	10.551	6,5	10.308	6,3	10.840	6,6	10.574	6,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	18.915	11,7	18.183	11,1	17.256	10,6	16.913	10,3	16.347	10,5
Beherbergung und Gastronomie	7.093	4,4	7.308	4,5	7.480	4,6	6.691	4,1	6.942	4,4
Verkehr und Lagerei	9.014	5,6	9.188	5,6	9.566	5,8	9.627	5,9	7.347	4,7
Information und Kommunikation	1.364	0,8	1.446	0,9	1.531	0,9	1.346	0,8	1.450	0,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	49.436	30,7	50.982	31,2	52.337	32,0	53.056	32,3	51.168	32,7
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.754	7,9	12.800	7,8	12.565	7,7	12.870	7,8	11.939	7,6
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	6.378	4,0	5.982	3,7	5.999	3,7	5.986	3,6	5.782	3,7
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	3.265	2,0	3.170	1,9	3.149	1,9	3.117	1,9	1.628	1,0
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.788	1,1	1.782	1,1	1.607	1,0	1.425	0,9	1.293	0,8
Solidarkreditnehmergruppen	10.963	6,8	11.335	6,9	11.823	7,2	11.846	7,2	12.330	7,9
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	161.269	100	163.209	100	163.533	100	164.167	100	156.329	100
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	161.269	18,7	163.209	20,0	163.533	20,8	164.167	21,0	156.329	20,2
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.061	3,1	26.541	3,3	25.992	3,3	26.061	3,3	26.160	3,4
Öffentlicher Sektor	55.529	6,4	58.787	7,2	59.085	7,5	62.128	8,0	69.395	9,0
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	283.769	32,8	270.938	33,2	245.107	31,2	228.545	29,3	223.650	28,9
Ausland¹	185.212	21,4	167.700	20,6	164.850	21,0	162.516	20,8	164.021	21,2
Euroraum ohne Österreich	151.753	17,6	128.173	15,7	126.189	16,1	136.912	17,5	134.360	17,4
Summe Kredite gem. ZKR – alle Sektoren	864.593	100	815.348	100	784.755	100	780.327	100	773.915	100

Quelle: OeNB.

¹ Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt

	2011		2012		2013		Q3 14		Q4 14	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	545	99,1	505	98,6	549	99,3	474	94,6	553	98,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	379	94,8	423	96,1	436	96,0	466	95,7	412	95,8
Herstellung von Waren	21.079	93,9	21.838	94,0	21.271	94,2	21.272	94,0	20.586	94,1
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	6.089	94,5	5.842	92,7	5.894	93,1	6.278	91,8	6.077	91,3
Bau	10.058	96,1	10.167	96,4	9.954	96,6	10.491	96,8	10.251	96,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	17.520	92,6	16.644	91,5	15.787	91,5	15.549	91,9	15.129	92,5
Beherbergung und Gastronomie	6.871	96,9	7.110	97,3	7.292	97,5	6.435	96,2	6.695	96,4
Verkehr und Lagerei	7.316	81,2	7.449	81,1	7.529	78,7	7.375	76,6	5.826	79,3
Information und Kommunikation	1.127	82,6	1.138	78,7	1.187	77,5	996	74,0	1.111	76,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	46.551	94,2	48.351	94,8	49.829	95,2	50.343	94,9	48.139	94,1
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.024	94,3	11.931	93,2	11.648	92,7	11.940	92,8	10.899	91,3
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.765	90,4	5.446	91,0	5.442	90,7	5.419	90,5	5.184	89,7
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	2.906	89,0	2.808	88,6	2.772	88,0	2.754	88,4	1.370	84,2
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.624	90,8	1.599	89,7	1.481	92,2	1.323	92,8	1.195	92,4
Solidarkreditnehmergruppen	10.909	99,5	11.269	99,4	11.752	99,4	11.731	99,0	12.266	99,5
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	150.765	93,5	152.520	93,5	152.824	93,5	152.847	93,1	145.692	93,2
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	150.765	93,5	152.520	93,5	152.824	93,5	152.847	93,1	145.692	93,2
Sonstige inländische Kreditnehmer	26.691	98,6	26.180	98,6	25.659	98,7	25.537	98,0	25.877	98,9
Öffentlicher Sektor	50.168	90,3	52.621	89,5	52.484	88,8	55.537	89,4	61.332	88,4
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	267.727	94,3	254.347	93,9	227.140	92,7	210.386	92,1	200.815	89,8
Ausland ²	176.444	95,3	159.272	95,0	156.464	94,9	153.336	94,4	149.222	91,0
Euroraum ohne Österreich	132.615	87,4	110.124	85,9	104.879	83,1	114.115	83,3	106.786	79,5
Summe Kredite gem. ZKR – Kreditinstitute insgesamt	804.410	93,0	755.063	92,6	719.451	91,7	711.756	91,2	689.724	89,1

Quelle: OeNB.

¹ Bezogen auf alle Sektoren (siehe Tabelle 7).² Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Tabelle 9

Sonstige Finanzintermediäre

Periodenstand	2011	2012	2013	Q2 13	Q3 13	Q4 13	Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14
<i>in Mio EUR</i>										
Investmentfonds										
Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in-Fonds“-Veranlagungen)	116.747	126.831	128.444	127.454	129.452	128.444	129.591	133.570	136.996	138.630
Veränderung des bereinigten Fondsvolumens	-2.607	14.374	6.338	-1.843	2.590	1.656	1.938	4.613	3.974	3.923
Bereinigte Nettomittelveränderung	-1.767	1.443	345	71	199	-1.244	-441	708	1.960	837
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	2.220	2.145	2.362	323	296	1.332	395	317	274	1.144
Kapitalveränderung durch Kurswertveränderungen und Erträge	-3.060	10.786	3.631	-2.237	2.095	1.568	1.984	3.588	1.740	1.942
Pensionskassen										
Vermögensbestand	14.798	16.335	17.299	16.564	17.028	17.299	17.797	18.363	18.553	19.059
in Euro	14.381	15.931	16.870	16.146	16.596	16.870	17.384	17.915	18.066	18.543
in Fremdwährung	416	404	429	418	433	429	413	448	486	516
Inländische Investmentzertifikate	12.420	13.143	13.522	13.184	13.643	13.522	14.416	15.335	15.546	15.450
Ausländische Investmentzertifikate	1.096	2.013	1.928	2.186	2.129	1.928	2.199	1.864	1.924	2.364
Versicherungen										
Inländische Rentenwertpapiere	15.453	17.330	17.150	16.954	16.880	17.150	17.226	17.160	16.812	16.821
Ausländische Rentenwertpapiere	26.125	25.195	27.429	25.600	26.281	27.428	28.969	29.819	30.155	30.477
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wert- papiere	25.583	28.119	28.067	28.146	28.257	28.066	26.911	26.426	26.699	26.987
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	5.206	5.435	5.653	5.647	5.754	5.655	5.632	5.829	5.950	6.114
Summe der Aktiva	104.815	108.504	110.748	109.031	109.617	110.391	112.584	113.324	113.554	113.661

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im vierten Quartal 2014

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
Geldvermögen										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	10.793	10.793	x	x	x	x	x	x	2.070
Bargeld	1.717	3.326	3.325	0	0	1	0	20.600	0	2.816
Täglich fällige Einlagen	39.389	86.716	66.237	6.136	11.767	2.066	510	91.603	1.033	65.284
Sonstige Einlagen	17.712	204.001	193.701	1.979	6.402	1.819	100	126.188	596	73.145
Kurzfristige Kredite	27.283	77.696	74.650	0	2.941	105	0	873	0	17.435
Langfristige Kredite	85.719	377.876	353.495	17	19.567	4.797	0	652	0	68.722
Handelskredite	39.575	27	6	0	20	0	0	18	3	15.101
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	113	5.414	4.854	523	28	5	4	751	1	15.628
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	8.049	301.018	158.433	84.445	2.938	54.756	446	39.507	1.899	341.038
Börsennotierte Aktien	26.474	44.038	3.574	21.183	18.338	943	0	18.466	653	34.471
Nicht börsennotierte Aktien	40.068	129.740	26.071	69	95.360	8.212	29	2.980	26	36.591
Investmentzertifikate	10.786	123.966	14.723	45.431	12.961	32.972	17.878	47.795	2.357	18.457
Sonstige Anteilsrechte	144.189	95.672	30.083	1.533	59.447	4.605	3	89.774	1.199	178.574
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	72.001	x	2.234
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.365	6.359	0	0	0	6.359	0	11.822	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	37.005	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1.736	14.873	10.951	32	2.332	1.520	39	12.374	36	14.562
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	449.175	1.481.514	950.896	161.348	232.102	118.159	19.008	572.410	7.803	886.127

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

Geldvermögensbildung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	-214	-214	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	1	-7	-8	0	0	1	0	826	0	1.101
Täglich fällige Einlagen	-33	3.677	6.112	-72	-2.223	456	-596	9.224	-83	-5.817
Sonstige Einlagen	524	-35.915	-36.616	-93	1.617	-778	-45	-5.812	-7	-3.608
Kurzfristige Kredite	-280	1.145	711	0	294	141	0	873	0	-1.310
Langfristige Kredite	4.978	1.083	-164	1	1.547	-300	0	652	0	-1.374
Handelskredite	1.886	1	1	0	0	0	0	2	0	-1.499
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	45	-1.194	-630	43	-25	-573	-9	-294	0	81
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-277	4.533	2.158	960	-1.132	2.569	-22	-4.030	-115	-4.255
Börsennotierte Aktien	1.232	328	-352	86	742	-122	-25	599	-1	3.964
Nicht börsennotierte Aktien	-3.189	-270	3.509	-18	-3.965	205	0	9	-12	337
Investmentzertifikate	592	4.524	1.157	2.239	1.337	-983	775	3.339	160	-330
Sonstige Anteilsrechte	2.505	-6.595	-9.687	112	3.127	-141	-5	1.685	18	1.277
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	468	x	-75
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	279	85	0	0	0	85	0	607	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	880	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	750	788	583	271	-44	-25	4	692	34	-849
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	9.012	-28.029	-33.442	3.528	1.274	535	77	9.721	-7	-12.357
Nettogeldvermögen	-220.271	8.479	25.147	-1.782	-17.177	1.980	310	405.965	6.851	-7.058
Finanzierungssaldo	-1	6.639	7.388	-1.307	951	157	-551	8.227	6	-6.018

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im vierten Quartal 2014

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	2.070	2.070	x	x	x	x	x	x	10.793
Bargeld	x	27.975	27.975	x	x	x	x	x	x	493
Täglich fällige Einlagen	x	262.004	262.004	x	x	x	x	x	x	34.754
Sonstige Einlagen	x	339.786	339.786	x	x	x	x	x	x	93.671
Kurzfristige Kredite	46.464	11.828	0	786	10.513	529	0	12.545	146	51.254
Langfristige Kredite	218.030	31.919	74	159	30.866	818	1	153.186	788	125.947
Handelskredite	37.624	9	0	0	9	0	0	47	1	17.019
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	413	10.538	10.531	x	7	0	0	x	x	3.771
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	42.298	192.549	176.622	x	12.688	3.239	0	x	x	201.327
Börsennotierte Aktien	62.641	21.935	14.582	x	203	7.149	x	x	x	43.616
Nicht börsennotierte Aktien	41.045	71.108	55.878	x	6.570	8.486	175	x	x	122.253
Investmentzertifikate	x	162.316	156	162.160	0	0	x	x	x	49.229
Sonstige Anteilsrechte	198.916	193.740	16.682	x	175.926	1.132	0	x	x	117.646
Lebensversicherungsansprüche	x	70.686	x	x	0	70.686	x	x	x	3.549
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	21.512	x	x	0	21.512	x	x	x	3.034
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	9.576	27.429	7.079	x	0	1.829	18.521	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	12.439	25.630	12.310	24	12.497	799	0	667	7	14.830
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	669.446	1.473.035	925.750	163.130	249.279	116.179	18.698	166.446	952	893.186
Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR										
Finanzierung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	0	0	x	x	x	x	x	x	-214
Bargeld	x	1.924	1.924	x	x	x	x	x	x	-3
Täglich fällige Einlagen	x	-1.437	-1.437	x	x	x	x	x	x	5.539
Sonstige Einlagen	x	-23.060	-23.061	x	x	x	x	x	x	-20.879
Kurzfristige Kredite	1.272	-356	0	-425	440	-371	0	-554	0	396
Langfristige Kredite	2.802	-345	-464	-50	312	-143	0	2.087	-20	267
Handelskredite	-20	52	0	0	52	0	0	-4	0	-467
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	12	-2.135	-2.131	x	-4	0	0	x	x	-837
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-406	-13.085	-13.022	x	91	-144	-11	x	x	6.658
Börsennotierte Aktien	3.426	2.678	2.701	x	-23	0	0	x	x	13
Nicht börsennotierte Aktien	-2.007	-5.223	-4.670	x	23	-576	0	x	x	2.079
Investmentzertifikate	x	5.133	-28	5.161	0	0	0	x	x	3.596
Sonstige Anteilsrechte	2.748	-2.720	1.031	x	-4.233	483	0	x	x	-184
Lebensversicherungsansprüche	x	73	0	x	0	73	0	x	x	320
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	972	0	x	0	972	0	x	x	-1
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	74	807	75	x	0	93	639	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1.114	2.053	-1.750	149	3.664	-10	0	-34	6	-2.624
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	9.014	-34.668	-40.830	4.835	322	377	628	1.495	-13	-6.339
Nettogeldvermögen	-220.271	8.479	25.147	-1.782	-17.177	1.980	310	405.965	6.851	-7.058
Finanzierungssaldo	-1	6.639	7.388	-1.307	951	157	-551	8.227	6	-6.018

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.

Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global

		2012	2013	2014	Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14
		<i>in Mio EUR</i>						
Leistungsbilanz	Netto	4.725	3.060	2.555	1.050	-900	269	2.136
	Credit	205.784	202.489	205.400	51.580	49.561	51.455	52.805
	Debet	201.059	199.429	202.845	50.529	50.460	51.186	50.670
Güter	Netto	-3.162	-1.908	-2.346	-1.440	-309	-446	-152
	Credit	124.660	123.150	123.723	30.427	30.913	30.914	31.470
	Debet	127.822	125.058	126.070	31.866	31.222	31.360	31.622
Dienstleistungen	Netto	10.670	10.766	10.360	4.841	1.050	1.725	2.744
	Credit	45.053	48.273	50.472	13.651	10.824	13.081	12.916
	Debet	34.382	37.507	40.112	8.810	9.775	11.355	10.172
Primäreinkommen	Netto	405	-1.961	-1.905	-1.004	-793	-460	352
	Credit	33.525	28.528	28.785	6.944	7.180	6.874	7.787
	Debet	33.119	30.489	30.690	7.948	7.973	7.334	7.435
Sekundäreinkommen	Netto	-3.189	-3.837	-3.553	-1.347	-847	-550	-809
	Credit	2.547	2.538	2.420	558	644	586	632
	Debet	5.736	6.375	5.973	1.905	1.491	1.136	1.441
Vermögensübertragungen	Netto	-448	-473	-452	-112	-111	-66	-163
	Credit	74	88	66	12	12	16	26
	Debet	523	561	518	124	123	81	189
Kapitalbilanz	Netto	5.224	7.526	6.019	2.265	340	2.816	598
Direktinvestitionen i.w.S.	Netto	10.208	4.233	3.123	2.064	159	1.806	-905
Forderungen	Netto	14.216	15.532	6.807	2.850	1.391	558	2.007
Verpflichtungen	Netto	4.008	11.298	3.684	787	1.232	-1.247	2.913
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	7.098	4.399	2.273	2.459	-330	1.354	-1.211
Im Ausland	Netto	10.203	12.213	5.797	2.591	920	1.582	704
In Österreich	Netto	3.105	7.814	3.524	132	1.250	228	1.914
Portfolioinvestitionen	Netto	-5.751	-2.310	10.483	5.048	-6.917	9.231	3.120
Forderungen	Netto	-11.269	2.433	7.114	4.290	445	503	1.875
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	3.426	3.272	3.421	923	1.238	613	648
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-13.986	-2.017	4.641	3.379	432	-857	1.687
Geldmarktpapiere	Netto	-710	1.178	-948	-12	-1.224	747	-459
Verpflichtungen	Netto	-5.519	4.742	-3.369	-758	7.362	-8.728	-1.245
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	582	1.616	805	1.795	1.196	-1.054	-1.132
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-3.566	1.794	-4.255	-4.587	4.862	-5.148	618
Geldmarktpapiere	Netto	-2.535	1.333	81	2.034	1.305	-2.526	-731
Sonstige Investitionen	Netto	882	8.999	-8.307	-4.505	5.337	-8.289	-850
Forderungen	Netto	-1.261	-3.461	-18.899	-3.700	7.332	-11.453	-11.079
davon Handelskredite	Netto	-174	29	-194	320	147	65	-726
davon Kredite	Netto	1.369	3.754	-3.661	-2.571	2.751	-4.527	686
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-4.248	-8.544	-15.536	-1.326	4.062	-7.094	-11.179
Verpflichtungen	Netto	-2.143	-12.460	-10.591	806	1.995	-3.163	-10.229
davon Handelskredite	Netto	27	202	-351	200	-340	-161	-50
davon Kredite	Netto	6.891	-407	-1.314	-551	-434	-322	-7
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-9.077	-12.487	-8.869	1.301	2.773	-2.638	-10.305
Finanzderivate	Netto	-1.051	-3.792	-1.408	-370	682	-1.115	-605
Offizielle Währungsreserven	Netto	935	395	2.129	28	1.078	1.184	-161
Statistische Differenz	Netto	947	4.939	3.916	1.326	1.350	2.613	-1.374

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

Tabelle 13

Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q1 13 –Q4 13			Q1 14–Q4 14		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
Dienstleistungen	48.273	37.507	10.766	50.472	40.112	10.360
Gebühren für Lohnveredelung	666	1.519	-853	758	1.638	-880
Reparaturdienstleistungen	491	431	59	474	453	22
Transport	11.730	11.788	-58	12.382	12.632	-250
Internationaler Personentransport	1.908	1.877	30	1.835	1.866	-32
Frachten	8.088	8.787	-699	8.580	9.562	-980
Transporthilfsleistungen	1.324	854	470	1.477	913	566
Post- und Kurierdienste	412	269	142	489	293	197
Reiseverkehr	15.237	7.738	7.500	15.475	8.113	7.362
Geschäftsreisen	2.298	1.389	908	2.280	1.457	824
Urlaubsreisen	12.939	6.348	6.591	13.195	6.656	6.538
Bauleistungen	658	651	7	583	663	-81
Versicherungsdienstleistungen	869	786	84	703	842	-139
Finanzdienstleistungen	2.235	1.197	1.038	2.549	1.518	1.032
Finanzdienstleistungen im engeren Sinn	808	393	415	1.000	700	299
unterstellte Bankgebühr (FISIM)	1.429	804	624	1.549	818	731
Patente, Lizenzen, Franchise und Handelsmarken	803	1.480	-677	811	1.423	-612
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	4.358	2.946	1.411	4.840	3.250	1.590
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	10.406	8.074	2.333	11.065	8.653	2.413
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	1.641	614	1.027	1.909	674	1.235
Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung	2.656	2.761	-107	2.923	3.136	-213
Technische Dienstleistungen	3.105	1.645	1.461	3.163	1.612	1.550
Dienstleistungen für Landwirtschaft, Bergbau und Recycling	51	75	-25	60	57	1
Operational Leasing	482	200	283	484	191	294
Handelsleistungen	940	929	11	967	990	-24
Übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen	1.532	1.852	-319	1.561	1.990	-431
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	341	801	-459	359	837	-477
Regierungsleistungen, a.n.g.	479	96	383	472	93	379
Dienstleistungsverkehr nach Regionen						
EU-28	36.787	29.148	7.638	38.225	31.491	6.733
davon Euroraum-18	29.235	20.961	8.275	30.270	22.666	7.604
davon Deutschland	19.675	11.476	8.200	20.379	12.443	7.936
davon Italien	2.422	2.179	245	2.398	2.350	48
davon Vereinigtes Königreich	1.782	1.754	28	1.945	1.892	54
davon Ungarn	1.258	1.326	-67	1.366	1.373	-6
Extra-EU-28	11.487	8.359	3.128	12.248	8.621	3.627
davon Schweiz	3.192	1.557	1.634	3.410	1.724	1.686
davon USA	1.374	1.363	13	1.427	1.370	56
davon Russische Föderation	1.123	757	366	1.135	648	488
davon China	352	332	17	587	323	264

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

Direktinvestitionen Österreichs im Ausland (aktiv)

		2010	2011	2012	2013	2014	Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14
<i>in Mio EUR</i>										
Direktinvestitionen i.w.S.¹	Netto	-10.619	23.381	15.943	12.324	5.996	4.159	-863	1.641	1.060
abzüglich SPEs ³	Netto	-17.829	7567	5782	87	129	1487	-1720	-43	406
abzüglich Grundstücke	Netto	-27	51	-42	24	71	82	-63	102	-50
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	7.237	15.763	10.203	12.213	5.797	2.591	920	1.582	704
Eigenkapital ¹	Netto	3.239	12.341	5.523	6.918	-2.342	-622	-848	-822	-50
Reinvestierte Gewinne	Netto	2.210	2.091	947	2.467	3.692	2.240	-433	982	903
Sonstiges DI-Kapital	Netto	1.788	1.332	3.733	2.828	4.447	973	2.201	1.423	-149
Forderungen	Netto	1697	-1.261	1415	4.564	3737	351	2073	1.339	-26
Verbindlichkeiten	Netto	-90	-2592	-2.318	1736	-710	-622	-128	-84	123

Direktinvestitionen i.e.S. (Gesamtkapital) nach Zielregion

EU-28		1.137	7.125	3.215	10.610	7.705	1.207	158	-279	6.618
Deutschland		673	3.476	-952	2448	5	-144	18	645	-514
Italien		131	-137	699	150	-279	-195	26	-191	81
Vereinigtes Königreich		-45	1090	-208	1731	-695	-25	240	-968	58
Niederlande		856	-44	-4.352	5960	6458	118	-161	226	6275
Ungarn		136	390	227	-555	67	25	-171	321	-108
Tschechische Republik		692	371	1400	578	626	390	191	-151	196
Rumänien		461	744	825	315	129	265	-190	-54	108
Extra-EU-28		6101	8638	6988	1603	-1909	1383	762	1861	-5915
Schweiz		651	590	1294	-390	341	25	-277	564	29
Türkei		1.251	1676	1540	-1.596	164	-41	22	149	33
USA		165	791	537	608	404	154	-214	156	308
Russland		1.235	1386	686	257	465	169	-63	60	299
China ⁵		690	624	-263	81	650	336	348	245	-279
Europa		4.823	12.114	8.659	11.469	9.531	1.654	222	935	6.720
Euroraum-18		1.463	3.390	84	8.229	7.101	119	188	513	6.281
Zentral-, Ost- und Südosteuropa ⁴		3.168	6.165	4.928	1.351	1.994	1.306	-73	386	375

Direktinvestitionen des Auslands in Österreich (passiv)

		2010	2011	2012	2013	2014	Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14
<i>in Mio EUR</i>										
Direktinvestitionen i.w.S.²	Netto	-16.379	12.350	5.735	8.091	2.873	2.096	-1.022	-165	1.965
abzüglich SPEs ³	Netto	-18.439	4572	2.621	205	-810	1836	-2.277	-399	30
abzüglich Grundstücke	Netto	116	141	10	71	159	128	5	6	21
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	1.945	7.636	3.105	7814	3.524	132	1.250	228	1.914
Eigenkapital ²	Netto	1.619	7.418	1.753	5.031	1.582	-488	-980	1.304	1.745
Reinvestierte Gewinne	Netto	964	1.839	237	1.267	1.228	569	665	-647	641
Sonstiges DI-Kapital	Netto	-639	-1620	1.114	1.517	714	51	1.564	-430	-472
Forderungen	Netto	596	4012	-279	-321	505	-137	-268	381	529
Verbindlichkeiten	Netto	-43	2392	835	1196	1.219	-85	1.296	-49	57

Direktinvestitionen i.e.S. (Gesamtkapital) nach Herkunftsregionen

EU-28		3.795	3.846	2.962	452	1.599	-211	227	-80	1.664
Deutschland		-255	2.490	2.466	2.282	1.143	1.259	-248	508	-376
Italien		2.418	273	-689	-361	525	106	107	50	262
Vereinigtes Königreich		538	433	-325	-694	-1.233	50	-10	-1.471	199
Niederlande		1.340	-235	485	468	414	-373	-218	225	781
Luxemburg		134	74	147	1569	1441	29	868	35	508
Belgien		238	63	-281	-320	1	9	-45	11	27
Spanien		289	64	320	0	-490	3	-507	9	5
Frankreich		197	123	110	-719	457	90	240	9	117
Extra-EU-28		-1.850	3.791	142	7.363	1.924	343	1.022	308	251
Schweiz		556	701	-355	296	0	-33	15	-100	119
USA		-1.441	-559	-609	654	-773	115	-127	-263	-499
Russland		254	591	624	3943	835	62	364	237	173
Japan		-161	174	51	290	383	-46	70	85	274
Europa		4.400	5.990	3.061	4.703	2.685	-148	724	189	1.921
Euroraum-18		3.318	3.116	3.038	2.620	4.004	1.106	278	1.080	1.541
Zentral-, Ost- und Südosteuropa ⁴		24	824	603	3886	821	116	356	261	89

Quelle: OeNB.

¹ Aktivseite: (+) Zunahme / (-) Abnahme österreichischer Direktinvestitionen im Ausland.² Passivseite: (+) Zunahme / (-) Abnahme ausländischer Direktinvestitionen in Österreich.³ „Special Purpose Entities“ ohne Aktivität in Österreich.⁴ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.⁵ Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

Hinweise

Übersicht zu den Analysen in Statistiken – Daten & Analysen

Nähere Informationen zu den folgenden Publikationen finden Sie unter www.oenb.at.

Heft Q2/14

Dienstleistungserfolge beflügeln Außenwirtschaft

René Dell'mour, Matthias Fuchs, Bianca Ully, Patricia Walter

Kreditinstitute: Rückläufige Bilanzsumme, gebremstes Kreditwachstum,
steigende Einlagen

Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im Jahr 2013

Norbert Schuh

Entwicklung der Vermögens-, Refinanzierungs- und Zinsstruktur
österreichischer Kreditinstitute

Norbert Ernst

Unveränderte Richtlinien der Banken für Kredite an KMU und private Haushalte
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft
vom April 2014

Walter Waschiczek

Strukturentwicklungen im österreichischen Bankwesen

Barbara Krysztofiak, Lukas Simhandl

Gemanagte Finanzinvestitionen der Haushalte und Auslandsaktivitäten des
Unternehmenssektors bestimmten das Finanzverhalten des privaten Sektors
im Jahr 2013

Michael Andreasch, Stefan Wiesinger

Entwicklung der inländischen Investmentfonds im Gesamtjahr 2013

Verstärktes Interesse der privaten Haushalte an österreichischen Investmentfonds

Christian Probst, Bianca Ully

Banken reduzieren Refinanzierung über Anleihemärkte

Entwicklung der Wertpapieremissionsstatistik im Jahr 2013

Andrea Haas

Heft Q3/14

Kreditinstitute: Rückläufige Bilanzsumme und gebremstes Kreditwachstum –
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im ersten Quartal 2014

Norbert Schuh

Entwicklung des Geldmengenwachstums im Euroraum

Martin Bartmann

Eine Bilanzrezession in Europa – nur eine Hypothese?

Reinhard Konczer, Stefan Löschenbrand

Internationaler Datenaustausch zwischen Kreditregistern

Elizabeth Bachmann, Markus Hameter

Kreditstandards der österreichischen Banken für KMU-Finanzierungen und Wohnbaukredite unverändert – Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Juli 2014

Walter Waschiczek

Paradaten im HFCS Austria 2010 – Teil 2: Evaluierung von Messfehlern

Nicolás Albacete, Martin Schürz

Heft Q4/14

Auswirkungen der ESVG 2010-Umstellung auf die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung

Michael Andreasch, Nicole Schnabl, Matthias Wicho, Stefan Wiesinger, Gerald Wimmer

Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2014

René Dell'mour, Patricia Walter

Trotz Bilanzkonsolidierung der Kreditinstitute geringfügiges Wachstum von Einlagen und Krediten von privaten Haushalten

Norbert Schuh

Kreditrichtlinien der österreichischen Banken leicht gelockert – Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2014

Walter Waschiczek

ITS on Supervisory Reporting/COREP: Ordnungsnormen NEU

Bernhard Hirsch

Methodische Verbesserungen des HFCS Austria

Peter Lindner, Martin Schürz, Jun Chao Zhan

Heft Q1/15

Kreditinstitute: Leicht positives Kreditwachstum im Umfeld niedriger Zinssätze – Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im dritten Quartal 2014

Martin Bartmann, Christian Probst, Patrick Thienel

Entwicklungen auf dem österreichischen Kapitalmarkt – Systematische Umstellung auf das adaptierte Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) und aktuelle Entwicklungen

Michael Andreasch, Andrea Haas, Bianca Ully

Kreditvergabepolitik der österreichischen Banken zu Jahresende stabil – Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Jänner 2015

Walter Waschiczek

Sonderhefte

Mai 2012

Bankenstatistisches Jahrbuch 2011

Juni 2012

Sektorale VGR in Österreich 2011

November 2012

Direktinvestitionen 2010

Juni 2013

Sektorale VGR in Österreich 2012

September 2013

Direktinvestitionen 2011

September 2014

Direktinvestitionen – Stand per Ende 2012

Periodische Publikationen

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at.

Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht) Annual Report (Sustainability Report)

deutsch | jährlich
englisch | jährlich

Der Bericht informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, die allgemeine Wirtschaftslage sowie die Rolle der OeNB bei der Gewährleistung von Preis- und Finanzmarktstabilität und gibt einen Überblick zu den wichtigsten Aktivitäten in den einzelnen Kerngeschäftsfeldern. Der Jahresabschluss der OeNB ist zentraler Bestandteil des Geschäftsberichts.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Geschaeftsbericht.html>

Konjunktur aktuell

deutsch | 7-mal jährlich

Die Online-Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Konjunktur-aktuell.html>

Monetary Policy & the Economy

englisch | vierteljährlich

Die Publikation erläutert insbesondere die nationale Konjunktorentwicklung und präsentiert regelmäßig Prognosen der OeNB zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Sie enthält zentralbankrelevante wirtschaftspolitische Analysen und Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Monetary-Policy-and-the-Economy.html>

Fakten zu Österreich und seinen Banken Facts on Austria and Its Banks

deutsch | halbjährlich
englisch | halbjährlich

Die Online-Publikation gibt einen kompakten Überblick über real- und finanzwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich und stellt diese in den internationalen Kontext. Sie enthält Strukturdaten und Indikatoren zur österreichischen Realwirtschaft und des Bankensektors.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Fakten-zu-Oesterreich-und-seinen-Banken.html>

Financial Stability Report

englisch | halbjährlich

Der Berichtsteil enthält Analysen und Einschätzungen der OeNB zur Stabilität des österreichischen Finanzsystems und zu finanzmarktstabilitätsrelevanten Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Im Schwerpunktteil folgen Analysen und Studien, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Finanzmarktstabilitaetsbericht.html>

Focus on European Economic Integration

englisch | vierteljährlich

Die Publikation konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und bringt Konjunkturberichte, Prognosen und analytische Studien zu makroökonomischen und makrofinanziellen Themen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Focus-on-European-Economic-Integration.html>

Statistiken – Daten & Analysen

deutsch | vierteljährlich

Die Publikation enthält Analysen zu österreichischen Finanzinstitutionen sowie zu Finanzströmen und zur Außenwirtschaft sowie eine englischsprachige Kurzfassung. 14 Tabellen informieren über finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren. Diese sind auch auf der OeNB-Website abrufbar.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken---Daten-und-Analysen.html>

Statistiken – Daten & Analysen: Sonderhefte Statistiken – Daten & Analysen: Special Issues

deutsch | unregelmäßig
englisch | unregelmäßig

Die unregelmäßig erscheinenden Sonderhefte der Serie „Statistiken – Daten & Analysen“ berichten ausführlich über spezielle statistische Themen (z. B. Sektorale VGR, Direktinvestitionen und Dienstleistungshandel).

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken-Sonderhefte.html>

Research Update

englisch | vierteljährlich

Der Online-Newsletter präsentiert einem internationalen Adressatenkreis ausgewählte Ergebnisse der Forschung und Tätigkeit der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB. Er informiert über aktuelle Publikationen, Forschungsschwerpunkte, Veranstaltungen, Konferenzen, Vorträge und Workshops. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/research-update.html>

CESEE Research Update

englisch | vierteljährlich

Dieser Online-Newsletter informiert speziell über Forschungsschwerpunkte sowie Publikationen, Veranstaltungen und Termine mit dem regionalen Fokus auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/CESEE-Research-Update.html>

Workshops – Proceedings of OeNB Workshops

deutsch, englisch | unregelmäßig

Die Bände dokumentieren seit 2004 Beiträge von Workshops, die von der OeNB mit österreichischen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zu geld- und wirtschaftspolitisch relevanten Themen abgehalten wurden.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Workshopbaende.html>

Working Papers

englisch | unregelmäßig

Diese Publikationsreihe (nur online verfügbar) dient der Diskussion und Verbreitung von wirtschaftswissenschaftlichen Studien und Forschungsergebnissen. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Working-Papers.html>

Konferenzband zur Volkswirtschaftlichen Tagung

englisch | jährlich

Die jährlich stattfindende Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch über währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitische Fragen von Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktakteuren und Vertretern der universitären Forschung dar. Der Konferenzband dokumentiert alle Beiträge.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Volkswirtschaftliche-Tagung.html>

Konferenzband zur

Conference on European Economic Integration

englisch | jährlich

Im Zentrum der jährlich stattfindenden CEEI-Konferenz der OeNB stehen aktuelle zentralbankrelevante Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem europäischen EU-Erweiterungs- und Integrationsprozess.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Conference-on-European-Economic-Integration-CEEI.html>

Der Band erscheint seit der Konferenz 2001 jährlich im Verlag Edward Elgar, Cheltenham, UK, Northampton, MA.

<http://www.e-elgar.com/>

Bankenaufsichtliche Publikationen

deutsch, englisch | unregelmäßig

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Bankenaufsichtliche-Publikationen.html>

Sie können aktuelle Veröffentlichungen direkt herunterladen oder kostenfrei bestellen.

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at

Adressen

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon/Fax/E-Mail</i>
Hauptanstalt Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	Tel.: (+43-1) 404 20-6666 Fax: (+43-1) 404 20-042399 <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>
Zweiganstalten		
Zweiganstalt Österreich Nord Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	Tel.: (+43-732) 65 26 11-0 Fax: (+43-732) 65 26 11-046399 <i>E-Mail: regionnord@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich Süd Brockmanngasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	Tel.: (+43-316) 81 81 81-0 Fax: (+43-316) 81 81 81-046799 <i>E-Mail: regionsued@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich West Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Tel.: (+43-512) 908 100-0 Fax: (+43-512) 908 100-046599 <i>E-Mail: regionwest@oenb.at</i>
Repräsentanzen		
Repräsentanz New York Oesterreichische Nationalbank 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA		Tel.: (+1-212) 888-2334 Fax: (+1-212) 888-2515
Repräsentanz Brüssel Oesterreichische Nationalbank Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 1040 Brüssel, Belgien		Tel.: (+32-2) 285 48-41, 42, 43 Fax: (+32-2) 285 48-48